
Inhaltsverzeichnis

Editorial	<i>Christine Hoffmann</i>
1. Mit all ihren Projekten stärken die pax christi-Bistumsstellen die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“	<i>Josef Roberg</i>
2. Erster Bundesweiter Aktionstag gegen Waffenhandel am 26.2.2012 in Berlin	<i>Christine Hoffmann</i>
3. Zweiter Bundesweiter Aktionstag gegen Waffenhandel am 26.2.2013 in Berlin – Unsere Waffen töten	<i>Bruder Jürgen Neitzert Christine Hoffmann Monty Schädel</i>
4. Stuttgarter Friedenspreis 2012	<i>Thomas Gebauer</i>
5. Zum Zusammenhang von Kapitalismus und Rüstungsexporten	<i>Dominic Kloos</i>
6. Eine Beobachtung zur ethischen Debatte über Rüstungsexporte	<i>Ottfried Nassauer</i>
7. „Den Opfern Stimme geben, den Tätern Name und Gesicht“ Interview mit Christine Hoffmann (erschieden in Amosinternational)	<i>Christine Hoffmann</i>
8. Pressemeldungen der Kampagne	
9. Material zur Kampagne	
10. Wahlprüfsteine der Kampagne zur Bundestagswahl 2013	<i>Christine Hoffmann Paul Russmann Jürgen Grässlin</i>
11. Trägerorganisationen und Mitglieder im Aktionsbündnis der Kampagne	

Impressum

pax christi Bewegung | Deutsche Sektion
Hedwigskirchgasse 3
10117 Berlin
T: 030.200 76 78-0 | F: 030.200 76 78-19
Email: sekretariat@paxchristi.de

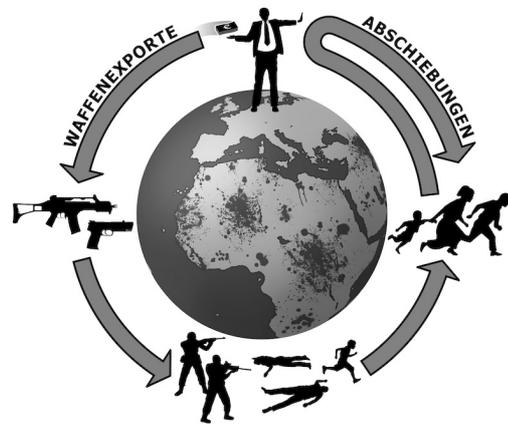
Fotos: S. 2/S.12 Annette Rausch, S. 3 HNA, S.13/14/15/18 Dominik Butzmann, S. 21 Horst Rude, S. 28 Arbeiter-
fotografie

Editorial

*„Es ist eine Frage der politischen Ethik, ob, wie viel und wohin Deutschland Waffen liefert.“
pax christi-Präsident Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda*

Liebe pax christi-Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

Deutschlands Position als weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur ist ein Skandal ohne Grenzen. Wir setzen uns ein für eine friedens- und entwicklungspolitisch ausgerichtete Rüstungsexportkontrolle und für wirtschaftliches Umsteuern der Rüstungsproduktion hin zu zivilem Nutzen. Deshalb arbeitet die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ seit Mai 2011 daran, die aktuelle deutsche Genehmigungspraxis für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern politisch, ethisch und juristisch zu delegitimieren. Die Strategie der Kampagne ist es, den Opfern Stimme und den Tätern Name und Gesicht zu geben.



Grafik "Full Circle" von www.nottsantimilitarism.wordpress.com

Viele pax christi-Gruppen und Bistumsstellen haben die Kampagne aufgegriffen und mit Leben gefüllt. Viele haben regionale Netzwerke geschmiedet und gemeinsam Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen und Informationsveranstaltungen gestaltet. Da haben sich die vielfältigen Kontakte und Kooperationen in der pax christi-Bewegung wieder einmal bewährt und gezeigt, dass pax christi kampagnenfähig ist. Von meiner Perspektive im Sekretariat in Berlin aus, kann ich nur sagen: Das begeistert mich und bedeutet für jeden Schritt, den ich als Sprecherin der Kampagne tue, eine riesige Unterstützung.

„Auch Rüstungsexporte an Nato-Staaten sollten kritisch im Sinne der deutschen Grundsätze und der Kriterien des EU-Gemeinsamen Standpunktes behandelt werden. Zum Beispiel braucht es klare Endverbleibsregelungen, damit Waffen nicht in Spannungsgebieten auftauchen. Denn sonst können die deutschen Regeln nicht wirken.“ Prälat Jüsten, Katholisches Büro Berlin

Das ist die Basis für die ich dann sprechen darf und die ist so wertvoll – nicht nur im politischen Geschäft. Mit dieser Kampagne tragen wir dazu bei, dass eine gesellschaftlich notwendige Debatte geführt wird. Auf diesem Weg können wir einige Erfolge erkennen. Es ist gelungen, Rüstungsexporte zum Wahlkampfthema zu machen. Parteien nehmen in ihren Programmen zur Bundestagswahl

Stellung zu ihren Plänen für die künftige Rüstungsexportpolitik. Nun geht es darum, den Kandidatinnen, die ab Herbst die Bevölkerung im Deutschen Bundestag vertreten wollen, die Wichtigkeit des Themas nahe zu bringen.

„Rüstungsexport an Regimes, welche die Menschenrechte mit Füßen treten, ist legal. Illegal ist, wenn die Opfer zu uns fliehen.“ Sabine Kaldorf, pax christi-Präsidium

Dieses Impulse-Heft will Dokumentieren, Informieren und Anspornen. Mit Blick auf die Bundestagswahl geht es jetzt um den Endspurt. Dabei geht es uns nicht darum eine Partei stark zu machen, sondern darum, alle Parlamentarier für das Thema und die Dringlichkeit politischer und gesetzlicher Umkehr in Sachen Export von Gewalt und Tod aus Deutschland zu sensibilisieren. Das Heft bietet dazu ausgewählte Texte aus der Kampagne und weist auf die Materialien hin, die zur Unterstützung im Sekretariat bestellt werden können. Empfehlenswert ist auch immer wieder ein Besuch der Kampagnen-Homepage www.aufschrei-waffenhandel.de und das Eintragen in den Newsletter der Kampagne, denn dann erfahren Sie regelmäßig, was es in der Kampagne/auf der Homepage Neues gibt.

Ich sage Danke für das viele Engagement in der Kampagne und toi, toi, toi für unsere weiteren Schritte.

Eure
Christine Hoffmann
pax christi-Generalsekretärin



Diskutierten am 4.10.2011 im Kulturbahnhof über deutsche Rüstungsexporte:
Bremens ehemaliger Bürgermeister Henning Scherf (von links),
Hauptgeschäftsführer des Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Georg
Wilhelm Adamowitsch, HNA-Redakteur Peter Ochs, pax-christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann und
Ullrich Meßmer, MdB SPD.



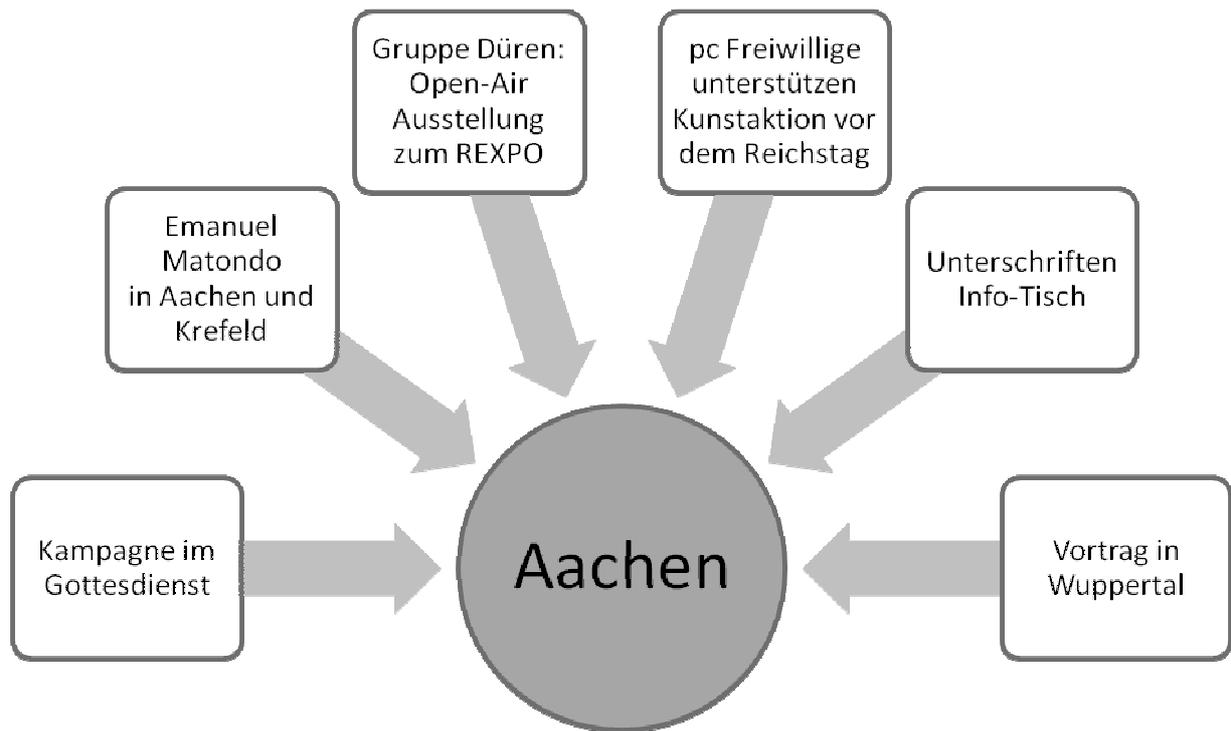
Proteste beim Katholikentag in Mannheim 2012 zum Empfang von Bundeskanzlerin Angela Merkel

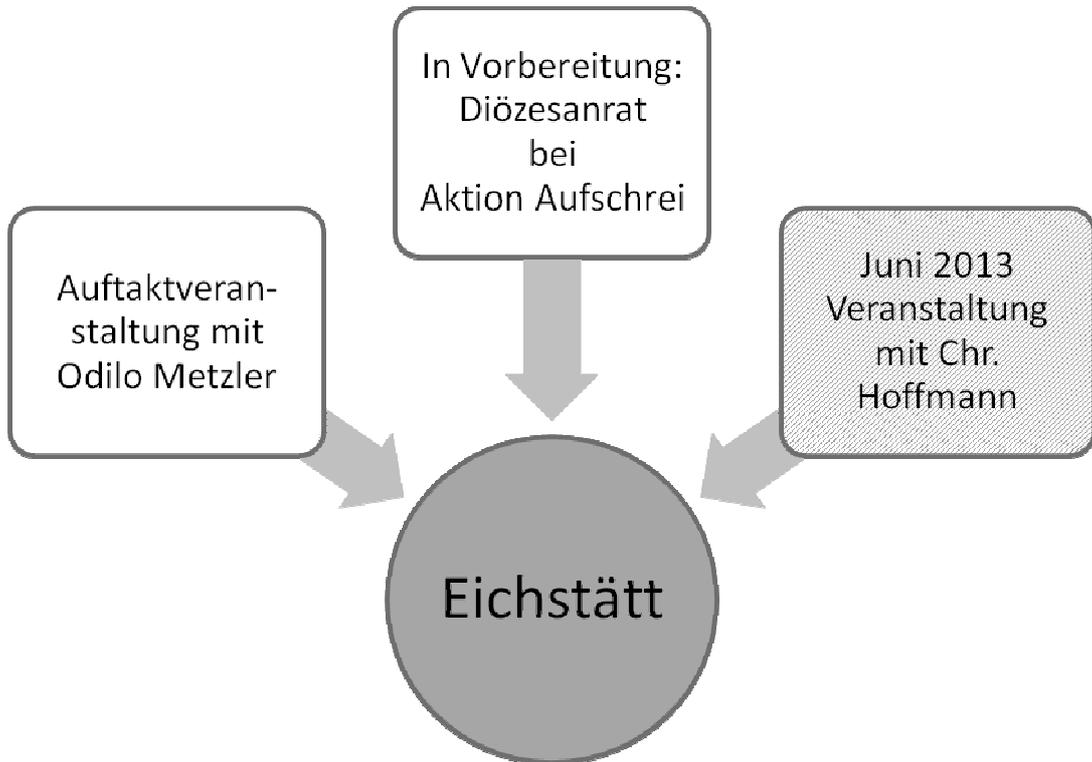
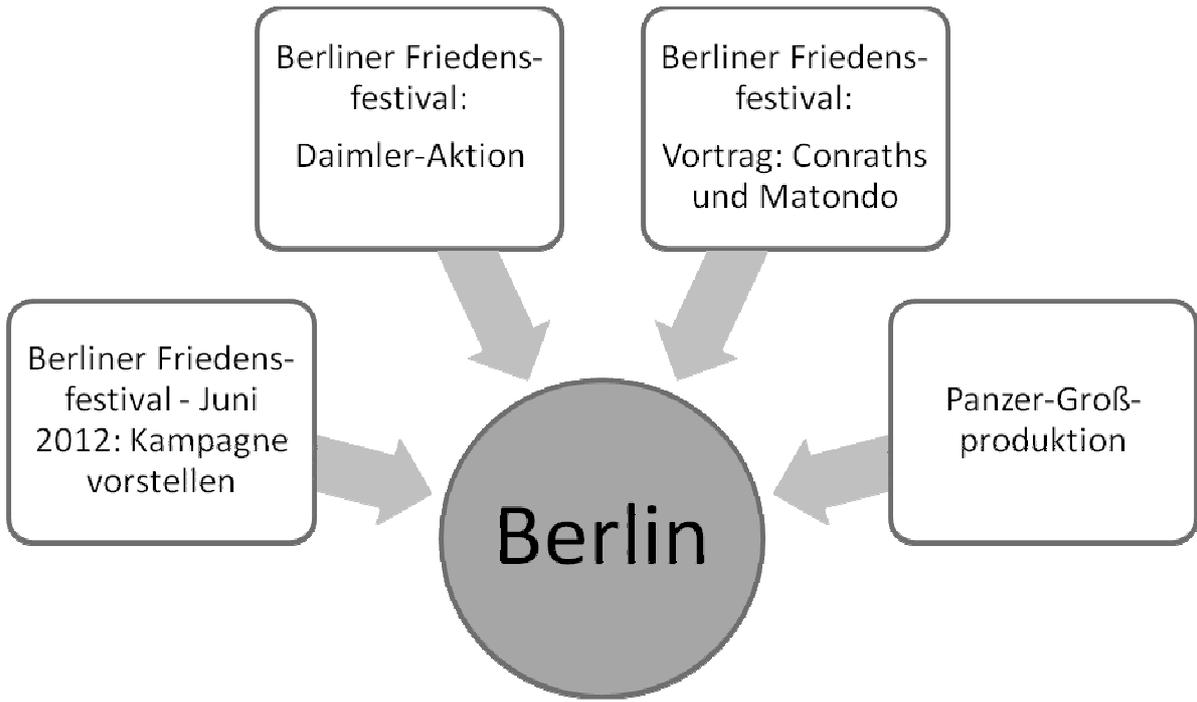
„Den Panzerexport nach Saudi- Arabien stoppen

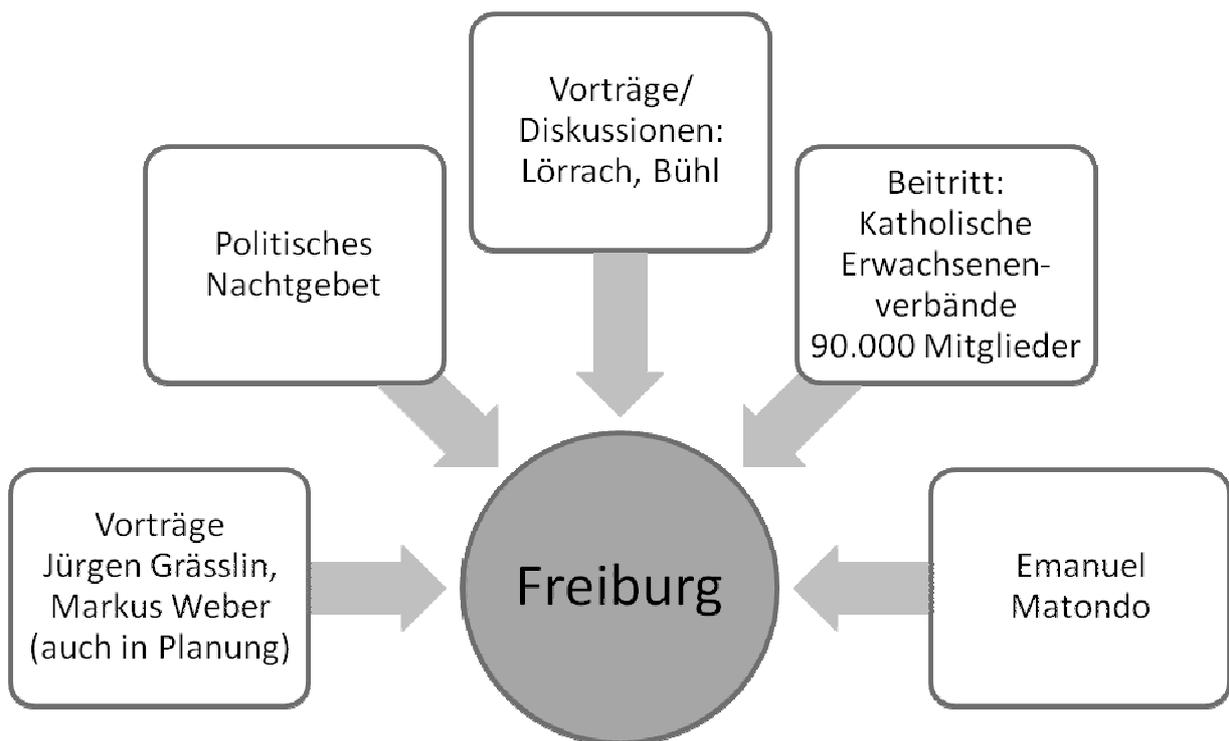
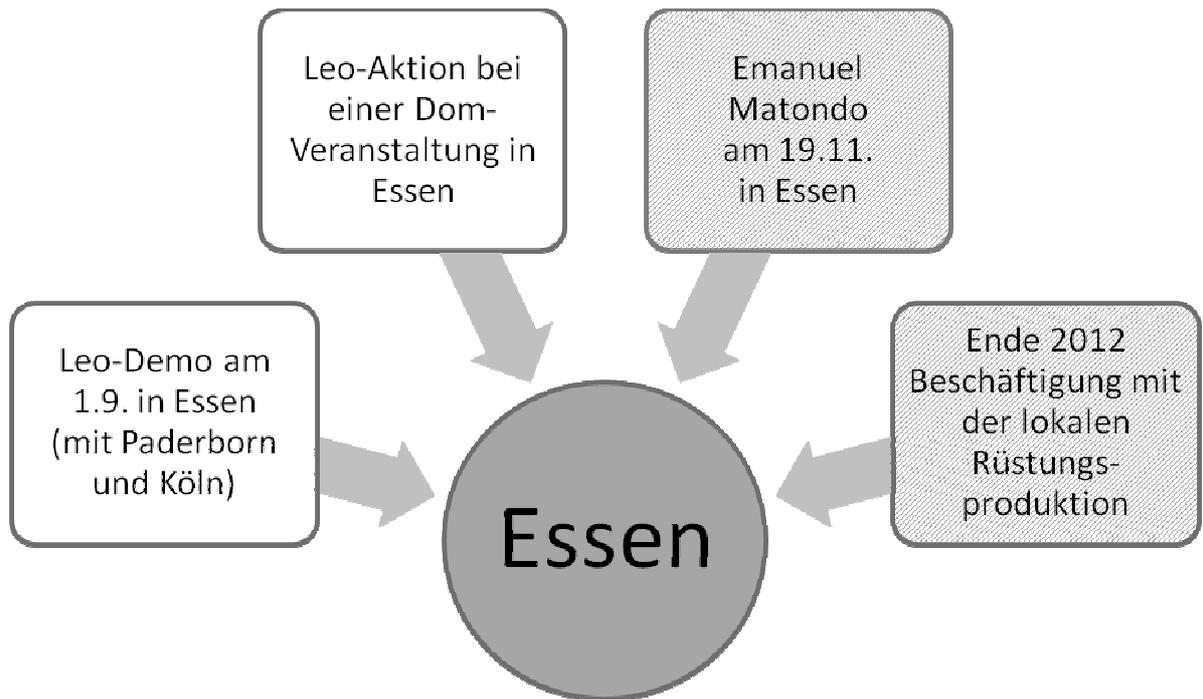
Die Bundesregierung hat eine Entscheidung des Bundessicherheitsrates zur Genehmigung der Lieferung von bis zu 270 Panzern nach Saudi Arabien bislang nicht dementiert. Die Panzer, um die es geht, sind speziell für den Einsatz in Städten optimiert – also auch für den Einsatz gegen Demonstrierende, die ihre Rechte wahrnehmen und einfordern.

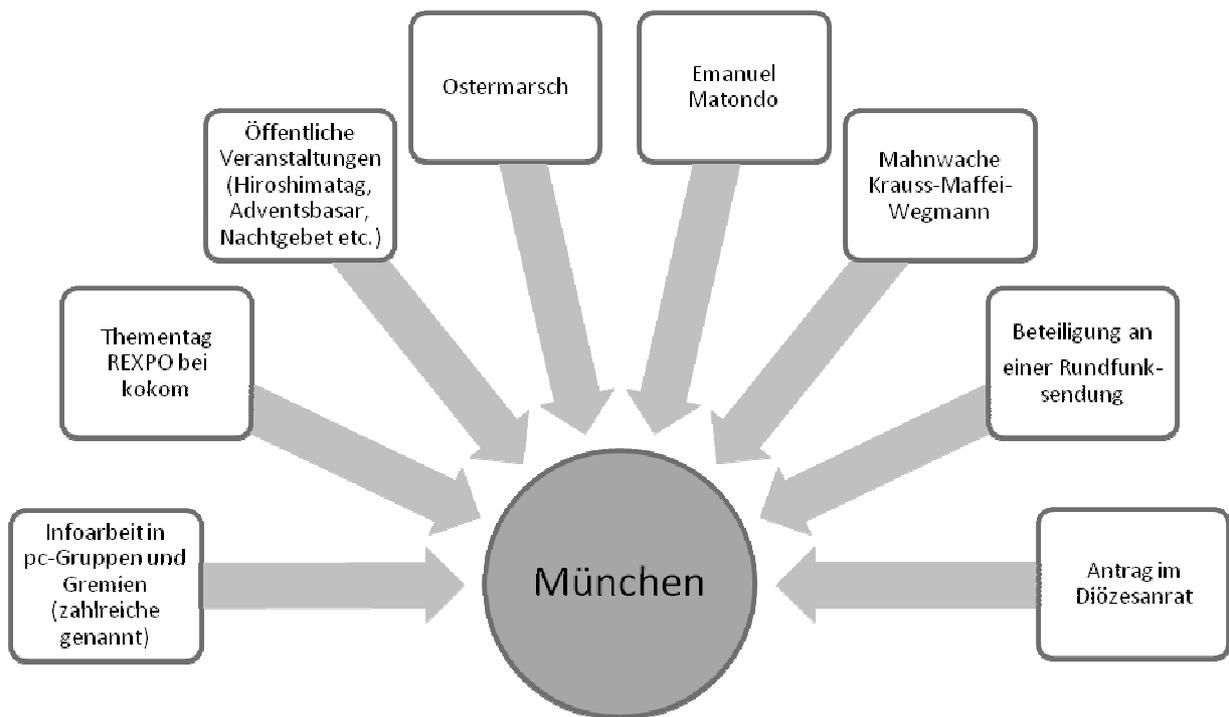
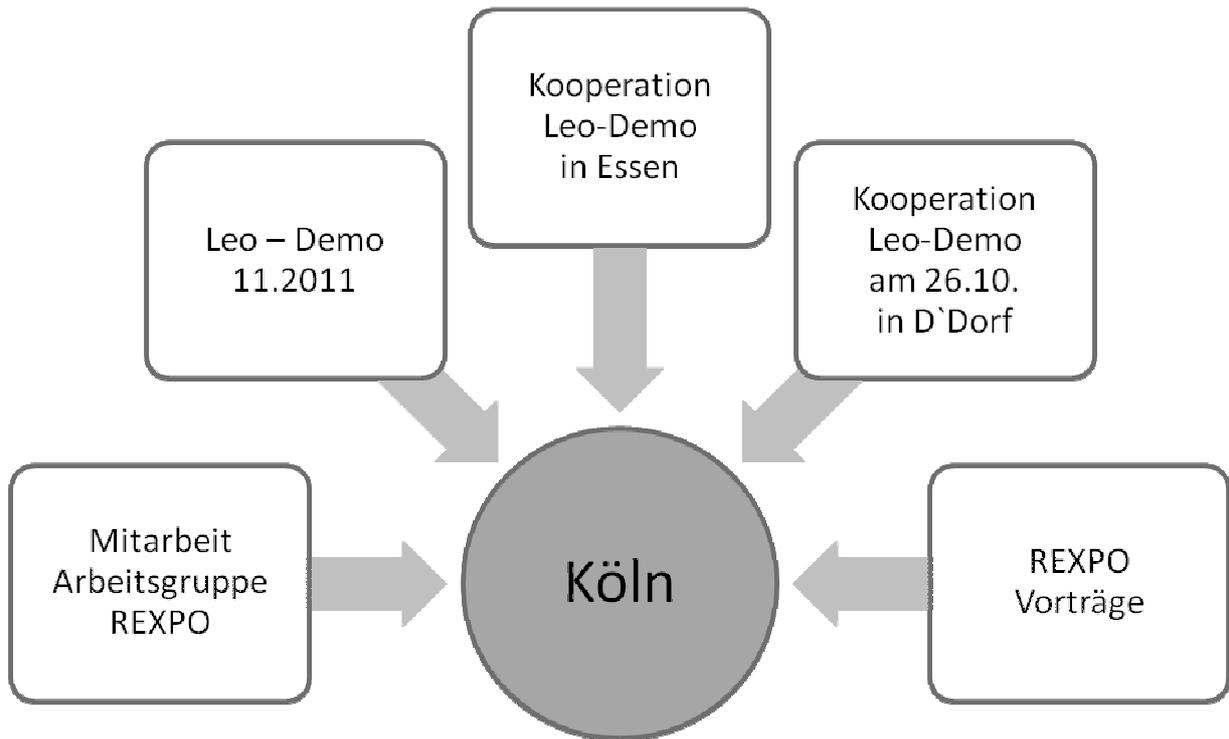
1. Mit all ihren Projekten stärken die pax christi-Bistumsstellen die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

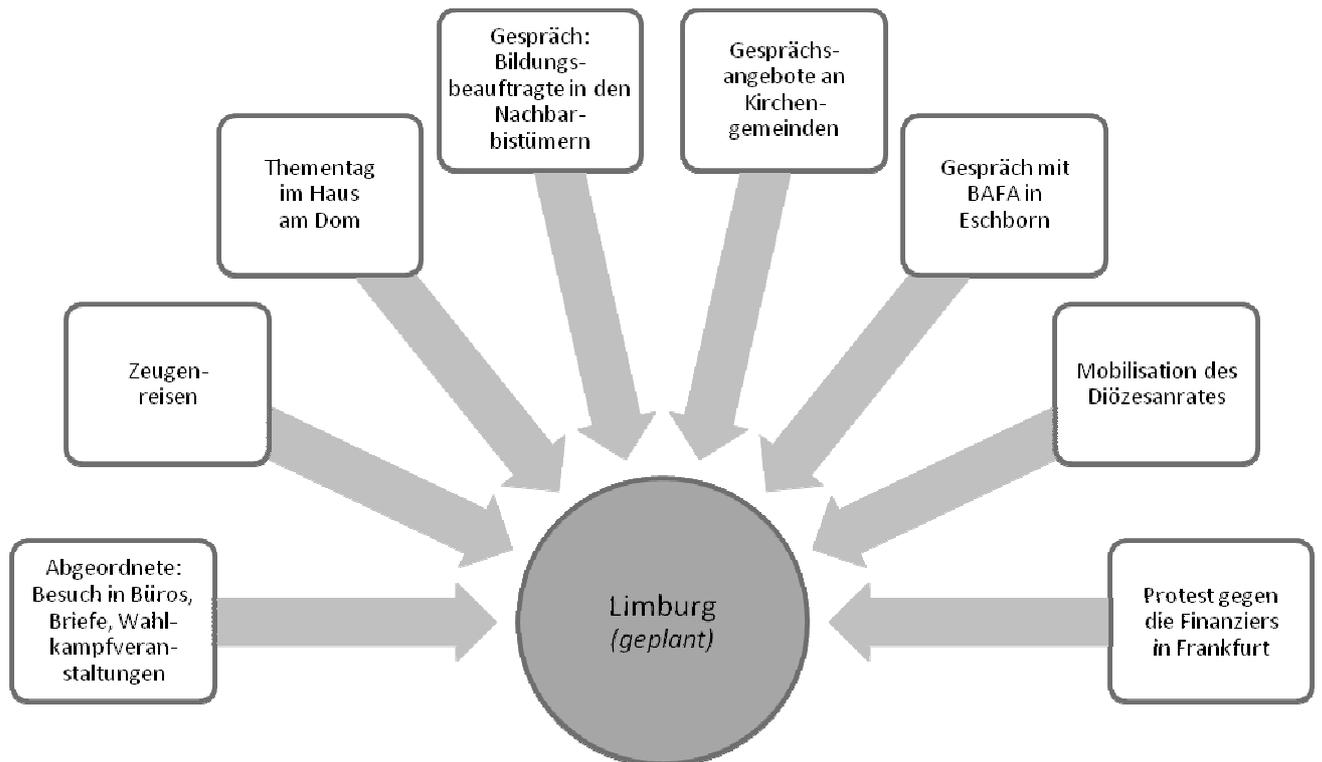
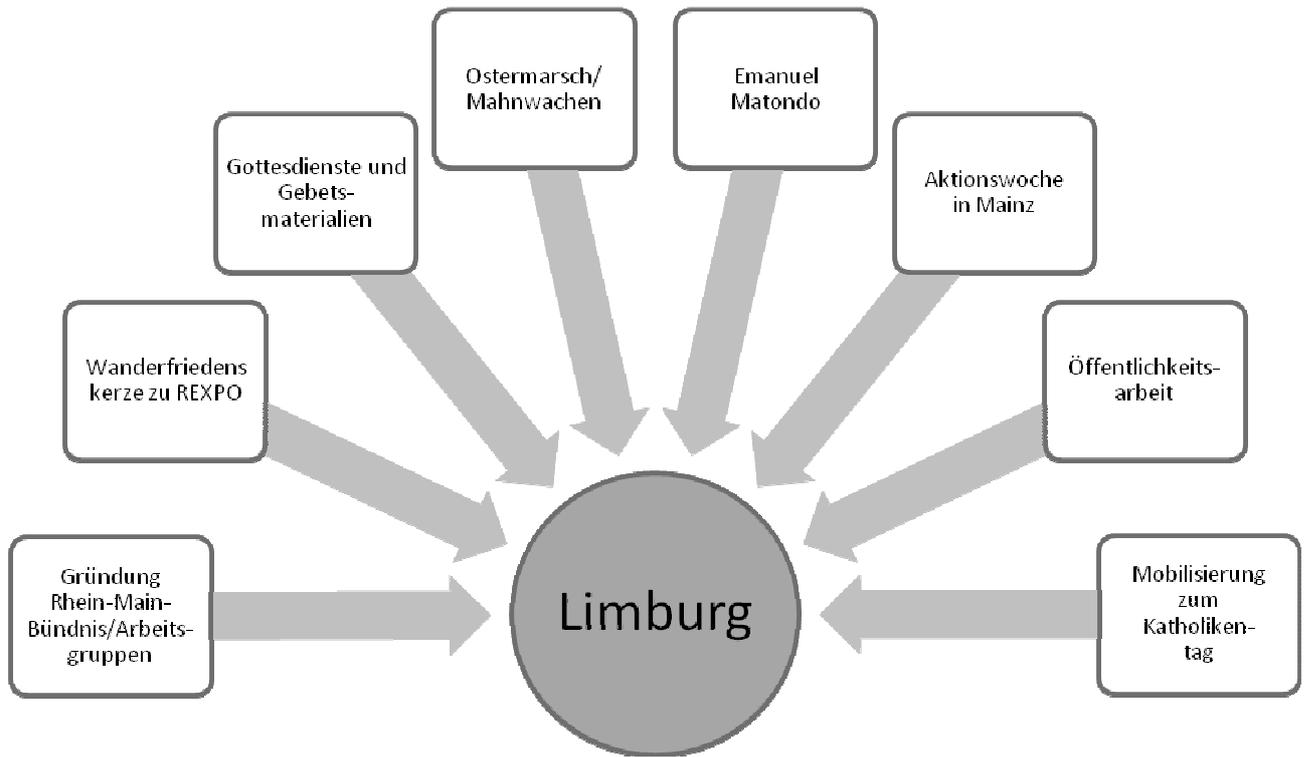
Ohne dieses immense Engagement wäre die Kampagne gar nicht möglich! Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten die Zusammenstellung, die die AG Rüstungsexporte der pax christi- Delegiertenversammlung im Oktober 2012 in Fulda vorgelegt hat. Für das kreative Symbol des Protestes gegen die geplante Genehmigung von Lieferungen des Panzers Leopard II an Saudi-Arabien an dieser Stelle ein herzliches „Danke schön!“ an Rita und Egon Jöckel aus Gelnhausen im Bistum Fulda. Auf Grundlage des Entwurfs von Josef Roberg aus Monheim in der Erzdiözese Köln – auch an ihn tausend Dank! – haben die beiden die mittlerweile bundesweit bei allen Protestaktionen beliebten Panzerat-trappen „Legt den Leo an die Kette“ lackiert und per Schablone die Schrift darauf gebracht.

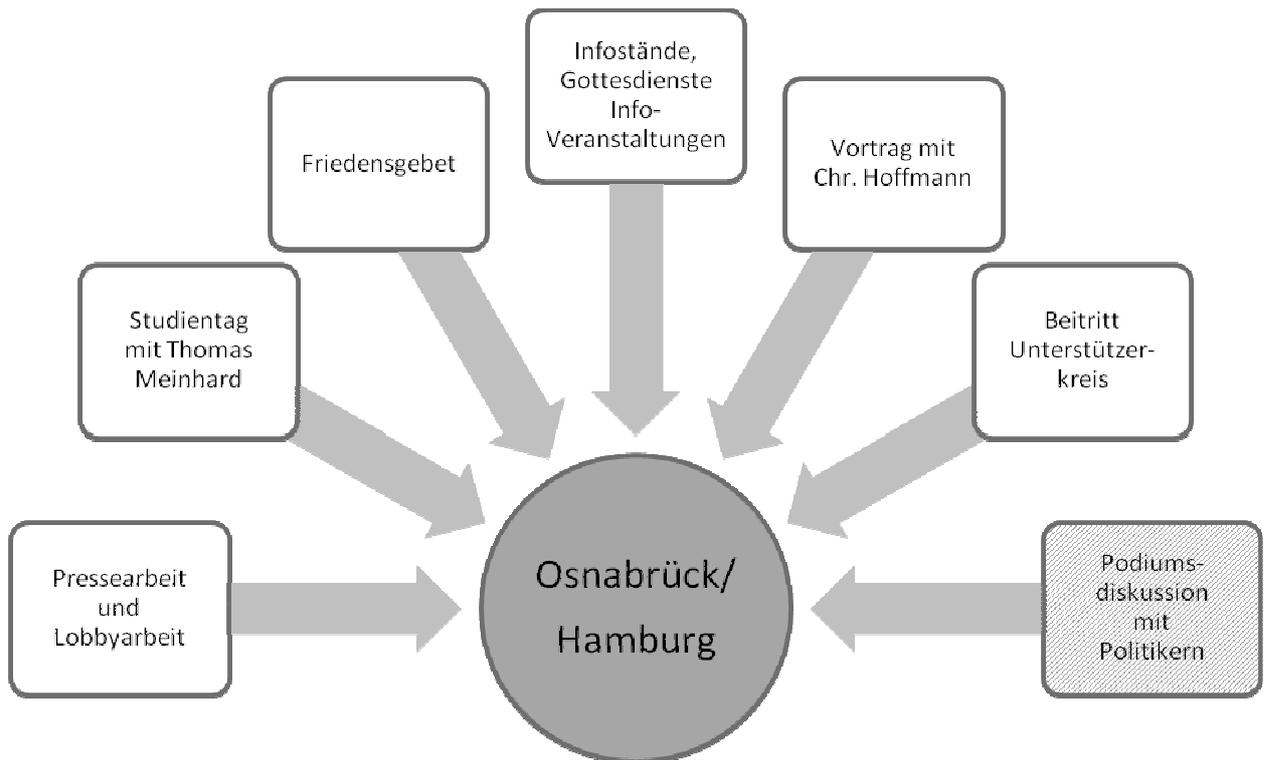
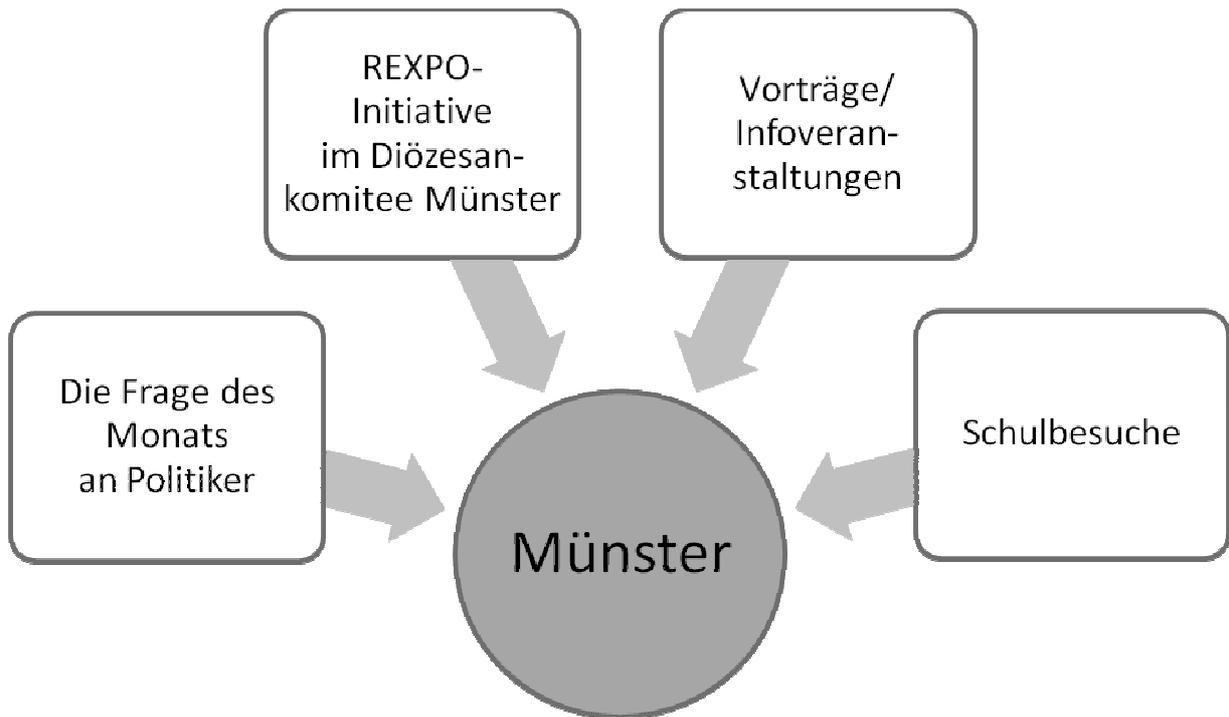


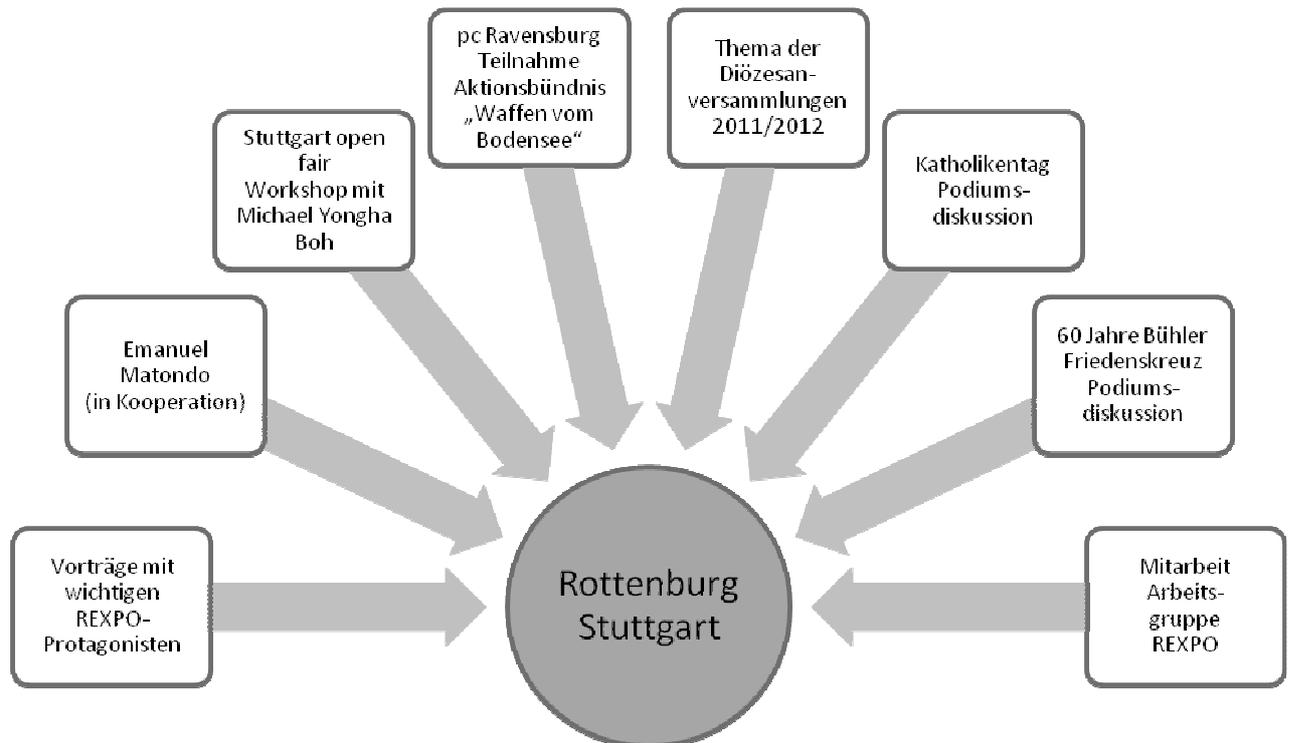
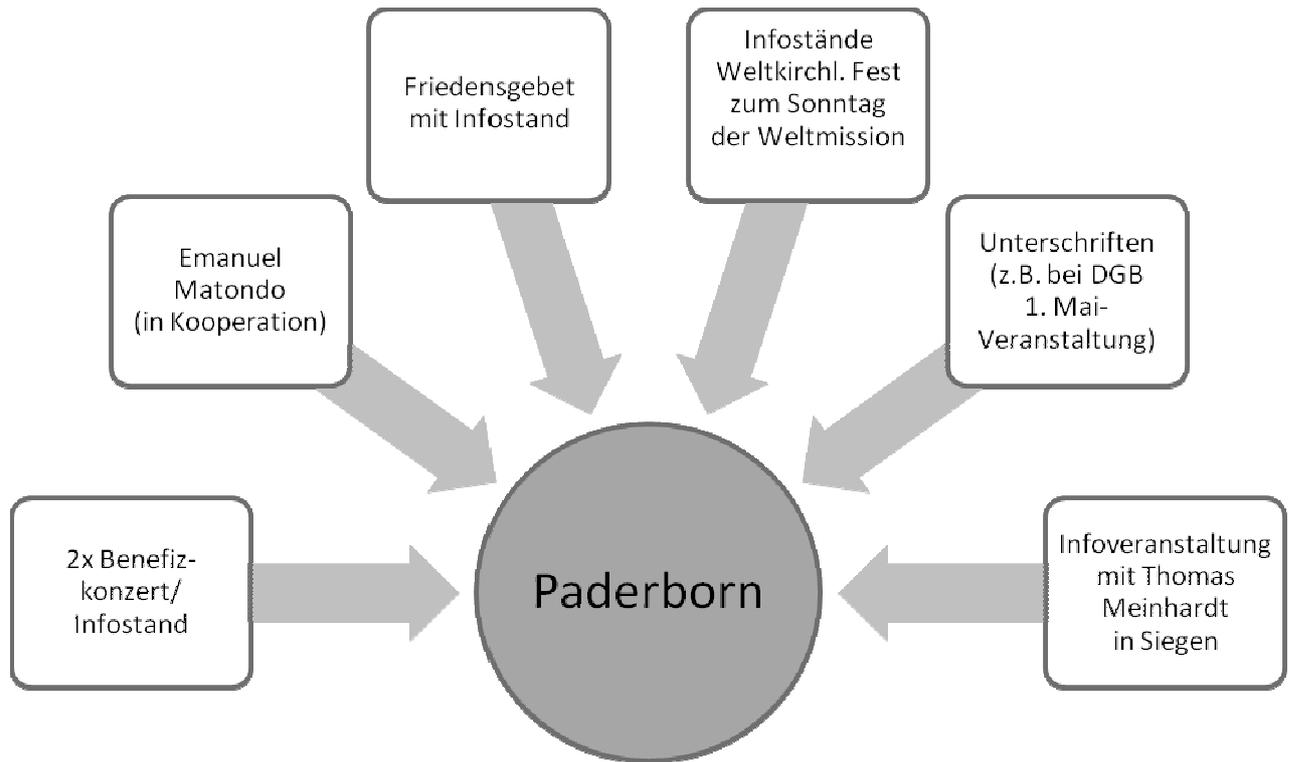


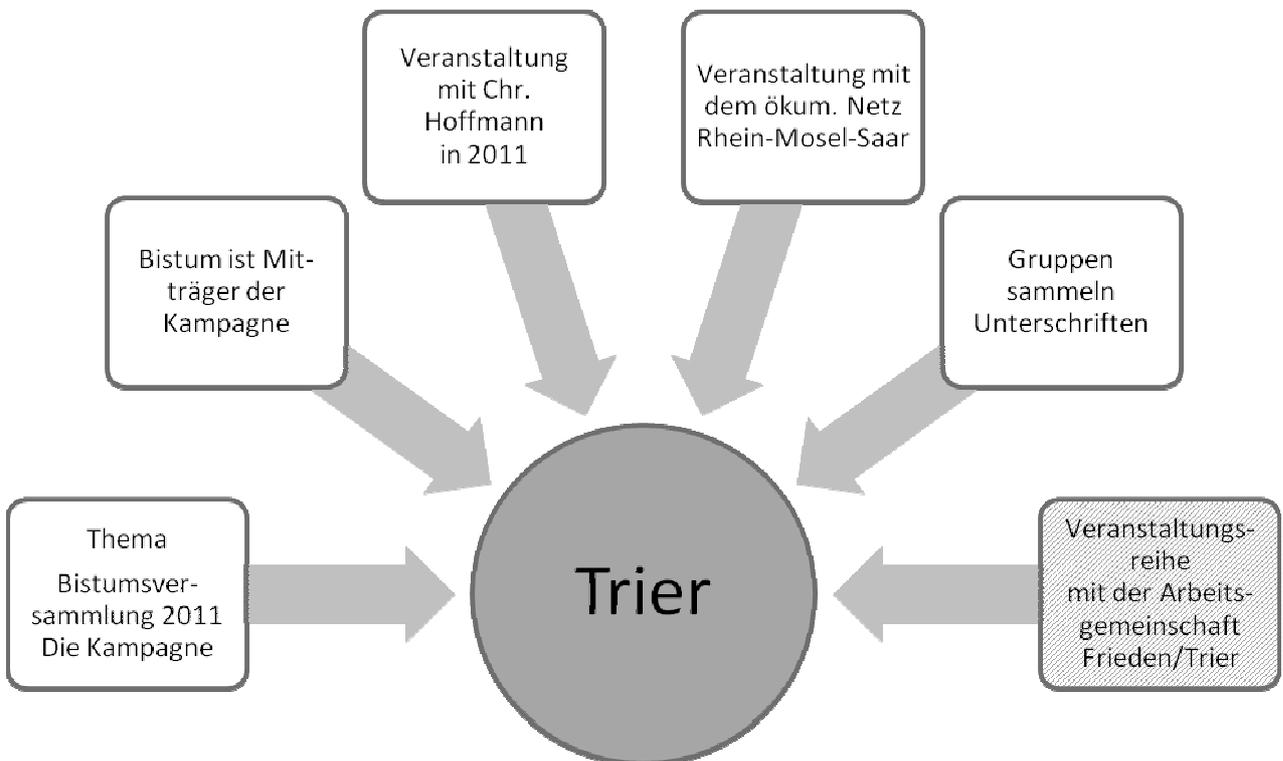
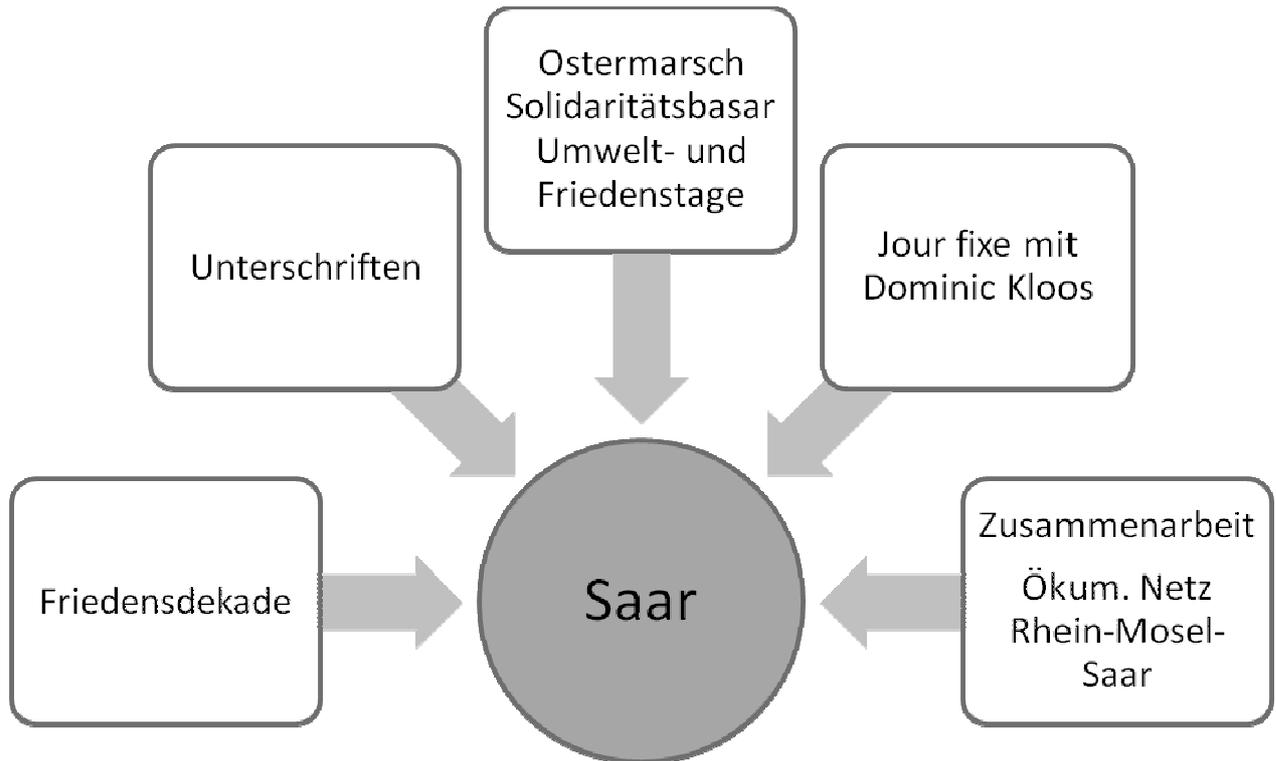












2. Erster Bundesweiter Aktionstag gegen Waffenhandel am 26.2.2012 in Berlin

Von Deutschland geht Krieg aus

Zum 1. Bundesweiten Aktionstag der Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" forderte das Bündnis am 26.2.2012 in Berlin zwischen Bundestag und Kanzleramt eine Umkehr in der Rüstungspolitik. Mit 100 Ballons und mehr als doppelt so viel Friedensaktivisten setzt das Kampagnenbündnis den Protest gegen deutsche Rüstungsexporte gekonnt und erfolgreich ins Bild. „Waffenhandel aus Deutschland trägt weltweit zur Eskalation von Konflikten bei. Es muss endlich gesetzliche Regelungen geben, die diesen Export nicht als Wirtschaftsförderung sondern wie die Androhung von Gewalt behandeln. Die Rüstungsexporte aus Deutschland müssen gestoppt werden! die Aktion.



„Mit unserer Aktion zwischen Kanzleramt und Reichstagsgebäude senden wir ein klares Signal an die Regierenden: Die Bevölkerung will nicht, dass von Deutschland Krieg und Gewalt ausgehen!“, pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann

Der 26.2. wurde zum Aktionstag gegen Waffenhandel gemacht als symbolischer Hinweis auf die Unterschriftensammlung der Kampagne zur Klarstellung in Artikel 26.2 des Grundgesetzes. Neu soll es dort heißen:

„Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“

3. Zweiter Bundesweiter Aktionstag gegen Waffenhandel am 26.2.2013 in Berlin – Unsere Waffen töten

Kampagne gegen Rüstungsexporte stellt Pistolen-Skulptur mit entknotetem Lauf vor das Kanzleramt



Reden zum Aktionstag 2013 von Bruder Jürgen Neitzert

Franziskaner, Köln

Unser Ordensgründer Franziskus ist mehrmals in den Krieg gezogen. Dann hat er sich mit Gottes Hilfe bekehrt und nie wieder eine Waffe angerührt. Uns Brüdern verbat er, Waffen zu tragen und machte uns zu Friedensstiftern.

Deutschland hat mehrere Kriege begonnen, darunter zwei Weltkriege. Dann hat es sich bekehrt nach dem zweiten Weltkrieg und es wurde gesagt: Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Von deutschem Boden geht aber wieder Krieg aus: Deutschland produziert Waffen, sehr effektive Waffen sogar, und exportiert sie in die ganze Welt, ist mittlerweile der drittgrößte Waffenhändler der Welt. Es exportiert in Kriege, in Konfliktregionen, manchmal an beide Kriegs- oder Konfliktparteien. Heckler und Koch-Gewehre sind in fast 100 Ländern der Welt zu finden, Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen dieser Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem 2. Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Rheinmetall lieferte vor vielen Jahren an das Apartheidsregime in Südafrika Waffen, obwohl es einen

internationalen Waffen-Boycott gegen Südafrika gab. Die Türkei wurde wesentlich von Deutschland mit Waffen beliefert, Deutschland ist der NATO-Partner, der den Waffenexport in die Türkei organisiert, die türkische Verbindungsstelle beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz ist dafür verantwortlich, die Türkei wird mit Kriegsschiffen, die auch manchmal gegen den NATO-Partner Griechenland gerichtet werden, versorgt, mit Panzern, Gewehren und vielem mehr. Darunter waren auch die über 140 Radpanzer der ehemaligen NVA-Armee, mit denen die türkischen Militärs in den Jahren 1993-1996 die kurdischen Dörfer zu Tausenden zerstörten und die Bauernfamilien umbrachten und ihnen die Existenz nahmen. Insgesamt 1,5 Millionen kurdische Bauern wurden vertrieben. Ich war selber 1994 in zerstörten Dörfern bei Silvan und Hasankeyf im Kurdengebiet, wo wenig zuvor noch die Militärs mit den deutschen Radpanzern angegriffen hatten, und machte Fotos von den deutschen Radpanzern an einer Militärstation bei Hasankeyf, die wir dem Auswärtigen Amt gaben.



Ägypten, Saudi Arabien, Indonesien, Russland, Mexiko, Libyen, Israel – die Liste der Konfliktländer, die deutsche Waffen erhielten, teilweise direkt in die Konfliktregionen, ist endlos, ebenso die Zahl der Opfer deutscher Rüstungsexporte.

Alle Bundesregierungen haben am Waffenexport teilgenommen. Meistens handelt es sich um legale Waffenlieferungen, die von Deutschland in alle Welt gehen. Doch die Entscheidungen darüber fallen im Geheimen. Nur der Bundessicherheitsrat entscheidet darüber. Berichte kommen Jahre später. Deshalb möchten wir diese Bundesregierung, die (mit)verantwortlich für den Rekord deutscher Waffenexporte ist, auszeichnen. Eine Pistole, deren Lauf verknotet ist, steht im Bundeskanzlergarten. „Non-Violence“ steht darunter, Gewaltlosigkeit. Eine schöne Utopie, aber leider nicht die Realität.

Eine unverknotete Pistole schenken wir dieser Bundesregierung. „Unsere Waffen töten“ steht darunter, denn Gewalt geht von Deutschland aus, um des lieben Geldes willen.

Rede zum Aktionstag 2013 von Christine Hoffmann

pax christi-Generalsekretärin, Berlin

Nonviolence – Gewaltfreiheit - der Revolver mit dem verknoteten Lauf – das weltbekannte Friedenssymbol Carl Frederik Reuterswårds - es steht an 16 Orten auf diesem Globus. Es gibt Orte, da gehört dieses Symbol hin und es gibt Orte, da gehört es zweifellos nicht hin. Das Hauptquartier der UNO gehört eher zu den Orten, wo dieses Symbol hin gehört, das Berliner Kanzleramt wohl eher den Orten, wo es garantiert nicht hingehört. - Reuterswård mag da wohl eine Vorahnung gehabt haben: In New York steht ein Original, hier eine Kopie.

Wir ergänzen das Denkmal des schwedischen Künstlers heute mit einem zweiten Mahnmal: Einem Revolver ohne Knoten im Lauf. Es soll daran erinnern, wie tödlich die tatsächliche Politik unserer Bundesregierungen ist. Es soll deutlich machen, wie groß der Widerspruch zwischen rhetorischem Anspruch und der tatsächlichen Wirkung deutscher Politik ist. Waffenexport tötet – nicht nur potentiell, sondern täglich und tatsächlich. Bundesregierungen aller Couleur haben seit dem Ende des Kalten Krieges behauptet, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sei menschenrechtsorientiert und von Werten geleitet. Im Namen der Menschenrechte haben diese Regierungen Waffenexporte genehmigt, bis die Bundesrepublik zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen war.

Unter der Flagge der Menschenrechte nahm die Bundeswehr an Auslandseinsätzen teil, bis in Deutschland wieder offen von Krieg und Gefallenen gesprochen wurde. Um der Menschenrechte willen meint die derzeitige Bundesregierung, auch autoritäre Regime durch Rüstungsexporte und Ausbildungshilfen „ertüchtigen“, – ja so nennt es Angela Merkel – „ertüchtigen“ zu müssen, damit sie gemeinsam mit uns oder gar für uns eine uns genehme Weltordnung aufrecht erhalten. Wann fällt uns endlich auf, dass George Orwell uns täglich grüßt. Wann beginnen wir in Deutschland offen zu sagen, worum es eigentlich geht? Reden wir laut und deutlich über die Interessen, die deutsche Politik, deutsche Rüstungsbetriebe und ihre Rüstungskundschaft antreiben:

1. Ein bekannter sprichwörtlich-deutscher Satz sagt: „Geld stinkt nicht“. In Analogie könnte man sagen: Die Maxime deutscher Rüstungsexportpolitik ist: „Rüstungsexporte stinken nicht.“ „Denn das Geld, mit dem sie bezahlt werden, stinkt auch nicht.“ Und die Korruption, die die Exporte ermöglicht, stinkt auch nicht.“ Sagen können wir dies nur, weil Geld angeblich nicht stinkt. Und weil der Geruch der Leichen, die deutsche Waffenexporte verursachen keine Chance hat, ähnliche Entfernungen zu überbrücken, die sauberes geruchfreies Geld in wenigen Minuten überbrückt.

2. Wenn wir laut über unsere deutschen Motive reden würden, müssten wir sagen: Es geht um einige wenige aber bestens bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland, 40.000 von 40 Millionen, um substantielle Gewinne und um unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen großen Rüstungsexporteurern in der westlichen Welt, vor allem in der EU. Da unsere Rüstungsindustrie zugibt, dass sie schon heute zu 60, 70 oder 80% vom Export lebt, können vermehrte oder leichtere Exportgenehmigungen nicht die Probleme lösen, die entstanden sind, weil die Bundeswehr aufgrund missglückter Reformen nicht das Geld hat, immer mehr und immer teurere neue Waffentechnik zu kaufen, die meist viel später, viel teurer und viel schlechter geliefert wird, als die Industrie es am Anfang versprach.

3. Wir müssten zugeben: Wir pflegen seit Jahrzehnten höchst seltsame Vorlieben bei unserer Waffen-Kundschaft. Von den späten 60er bis in die 80er Jahre war es uns aufgrund der permanenten Werftenkrise ziemlich oder gar völlig egal, dass die überwiegende Zahl der Kunden der deutschen Marineindustrie aus mehr oder weniger brutalen Militärdiktaturen oder autokratischen Regimen bestand. Das ist heute nicht anders, nur – dass es weltweit nur noch wenige Militärdiktaturen gibt. Übrig geblieben sind autokratische reaktionäre Herrschaftsformen, zum Beispiel Monarchien, die – wenn sie Geld haben, zu den liebsten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie zählen.

4. Saudi Arabien ist derzeit in aller Munde. Es kann für manche andere stehen: Algerien, die Emirate oder Kuwait. Aber nehmen wir einfach Saudi Arabien: An diesem Beispiel wird vieles deutlich: Saudi Arabien ist reich, unendlich reich. Wir müssen es reich machen, weil es uns fossile Energie liefert. Natürlich besteht eine große Versuchung, die Petro-Euros, die wir zahlen müssen, wieder zu repatriieren. Rüstungslieferungen sind dabei eine attraktive Variante.



Der aktuelle Freiwilligen-Jahrgang von pax christi-Aachen war zum Zwischenseminar in Berlin und beteiligte sich an der Aktion

Zum Glück entscheiden in Saudi Arabien nur ganz wenige Personen, wie das Land sein Geld ausgibt. Sie gehören zum Königshaus und wollen auch selbst profitieren, wenn sie Geld ausgeben. Ein schlechtes Gewissen haben sie nicht, denn es sind ja keine Steuergelder, die sie ausgeben. Der saudische Staatshaushalt ist ein Geschenk des Königs an sein Volk und zu denen, die von diesem, Geschenk etwas haben sollen, gehört vor allem die Königsfamilie. Es ist da Glück der Deutschen, dass das saudische Königshaus immer wieder glaubt, Waren und Rüstungsgüter aus Deutschland seien besonders gut und zuverlässig.

Sie glauben, Mercedes sei das beste Alltagsauto und Lürssen baue die besten Luxusyachten. Ähnliches gilt für Waffen: Die geglaubt besten Maschinenpistolen und Gewehre kommen aus Oberndorf

und sind von Heckler und Koch, die geglaubt besten Kampf- und Radpanzer sind von Kraus-Maffay Wegmann in Allach und die besten Schnellboote kommen von Lürssen in Bremen.

Selbst wenn sie wissen, dass niemand ihnen zuhören kann: Auch hinter den abhörsicheren Mauern des Kanzleramtes behaupten sicher höchstens einige wenige Verwirrte, Saudi Arabien sei eine Musterdemokratie. Fast jeder weiß, dass in Saudi Arabien die Frauen- und Menschenrechte oft mit Füßen getreten werden. Fast alle müssen zugeben, dass das reiche Saudi Arabien zu den wichtigsten Geldquellen radikal-islamistischer Gruppierungen zählt, die der Westen für islamistische Terrorgefahren verantwortlich macht. Und die meisten wissen auch, dass Saudi-Arabien große Rüstungsaufträge nur an diejenigen vergibt, die mit dem saudischen Königshaus Regierungsverträge abschließen. Mit anderen Worten: Verträge, bei denen die Regierung – und nicht nur die Industrie - des Lieferlandes Vertragspartner ist. Verträge, mit denen sich dieser Staat zu Leistungen verpflichtet – zum Beispiel zu Ausbildungsleistungen für das saudische Militär. Die Regierung des Lieferlandes muss sich zum politischen Komplizen des Regimes in Saudi Arabien machen, damit ihre Industrie Profite machen kann. Auch die Bundesregierung weiß das.

Heute sichert der Staat mit Hermes-Bürgschaften Rüstungsgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler/in ab. Heute führt die Vergabe von Nachbaurechten deutscher Kriegswaffen zu unkontrollierbarer Produktion, Weiterverkauf und Einsatz dieser Waffen. Und heute gilt die Lieferung von Waffen oder Komponenten aus Deutschland in ein anderes EU-Land gar nicht als Export, denn das findet im Rahmen des Binnenmarktes statt. Das ist Hohn und Spott auf jede Endverbleibsklausel – sie wird schlicht wirkungslos. Es muss endlich gesetzliche Regelungen geben, die diesen Export nicht als Wirtschaftsförderung, sondern wie die Androhung von Gewalt behandelt. Dafür brauchen wir eine Rüstungsexportgesetz, dass kontrolliert, sanktioniert und verbietet.

Die Rüstungsexporte aus Deutschland müssen gestoppt werden! Mit unserer Kunstaktion heute hier vor dem Bundeskanzleramt senden wir ein klares Signal an die Bundeskanzlerin Angela Merkel und an die Regierenden: Die Bevölkerung will nicht, dass unsere Waffen weltweit töten. In Umfragen sprechen sich fast 80 Prozent der Bevölkerung gegen Waffenlieferungen aus. Wir, die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert, dass der Export von Kriegswaffen und Rüstungsexporten mit einer Klarstellung im Grundgesetz Artikel 26,2 und/oder in einem Rüstungsexportgesetz grundsätzlich verboten wird. Wir wollen die offenen Grenzen für Waffenexporte schließen. Damit von Deutschland Frieden ausgeht.

Warum machen wir das alles genau heute? Weil wir diese Klarstellung im Grundgesetz Artikel 26.2 fordern, gestaltet die „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!“ 2013 zum zweiten Mal den 26.2. als bundesweiten Aktionstag gegen Waffenhandel.

Rede zum Aktionstag 2013 von Monty Schädel

Politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Waren

Die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen!

Unsere Waffen töten - Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt.

Mit einer Selbstverständlichkeit, als ob sie Brötchen oder Unterwäsche anpreisen würden, boten in der vergangenen Woche fast alle deutschen Waffenproduzenten ihre vernichtenden Produkte auf der Waffenmesse in Abu Dhabi an. Nicht als ob auf der ganzen Welt bewaffnete Auseinandersetzungen und Kriege stattfinden würden, in deren Folge hunderttausende Menschen gemordet, Lebensgrundlagen zerstört und Millionen Menschen nach einem sicheren Aufenthaltsort suchen würden, sondern als ob sie wegen des sonnigen Wetters in die Wüste gefahren sind und es selbstverständlich und normal wäre, Menschen zu killen, wurden ihre Tötungs- und Vernichtungsmaschinen präsentiert.



Deutsche Waffen morden auf der ganze Welt und in der Bundesrepublik dürfen sich die produzierenden Konzerne als Stützen der Gesellschaft präsentieren. Während hier einerseits die Waffen für die Kriege gebaut und regierungsamtliche Ausfuhrgenehmigungen völlig unabhängig von Grundsätzen der Demokratie oder der Menschlichkeit gewährt werden, werden andererseits Soldaten in den Kampf für Freiheit und Demokratie geschickt. Erst werden Waffen in Kriegs- und Spannungsgebiete geliefert und dann werden Soldaten zur Eindämmung der so produzierten Kriege geschickt. Kommt es nur uns so vor, dass es dabei nur um den Profit von Rüstungsschmiedern und anderen, und keineswegs um Frieden und Freiheit im Sinne von Schutz für Menschen und Lebensgrundlagen geht? Krieg beginnt hier! Hier in der Bundesrepublik wird mit der Waffenproduktion die Grundlage für das Gemetzel in der Welt gelegt!

Ist es gerechtfertigt wegen Arbeitsplätzen und regelmäßigen Einkommen für wenige Menschen, die Waffenproduktion zu rechtfertigen? Ist es gerechtfertigt auf den angeblichen Zusammenhang zu verweisen, dass die Waffen wenn nicht bei uns anderswo von anderen gebaut werden würden? Nein, nein und nochmals nein! Würden Sie von der Klippe springen, nur weil es andere tun? Warum sagen wir unseren Kindern, dass sie nicht alles mitmachen sollen, was ihre Freunde und Mitschüler machen, sondern erst einmal nachdenken sollen? Kann es wirklich sein, dass die Gesellschaft in der Bundesrepublik intellektuell so arm ist, dass ihr nichts Besseres einfällt, als mit der Produktion von Waffen Menschen in Arbeit zu bringen, um ihren Lebensunterhalt hier zu bestreiten?

Es ist eine menschenfeindliche Politik die die Bundesregierung und die Rüstungskonzerne bis hin zu den Gewerkschaften betreiben, wenn sie zur Rechtfertigung von Waffenproduktion und Waffenlieferungen die Bewahrung des eigenen Wohlstands heranziehen. Wer Waffen baut und liefert ist egoistisch und Mitschuldig an millionenfachen Mord, Krieg und Zerstörung. Der Waffenhandel muss beendet werden.

Um den Waffenhandel zu beenden wollen wir eine Änderung den gesetzlichen Grundlagen in der Bundesrepublik. Das Grundgesetz muss die Herstellung und den Handel mit Waffen verbieten. Es kann nicht sein, dass in einem demokratisch verwaltetem Land, mit einer riesigen Wirtschaftskraft, in dem völlig zu recht Gewalt in der Auseinandersetzung zwischen erwachsenen Menschen geächtet und in der Erziehung von Kindern verboten ist, die Produktion von Waffen legal und staatlich gefördert ist. Krieg beginnt hier und Krieg beginnt so! Doch nicht nur die Gesetze müssen geändert werden, denn auch niemand der in der Waffenproduktion Beschäftigten soll sagen können, er würde nur seine Job machen, um seine Familie zu versorgen. Jeder von ihnen ist mitverantwortlich und mitschuldig am Morden auf der Welt. Es ist kein normaler Job, Produkte zum Morden herzustellen! Jeder kann sagen: „Nein ich mache da nicht mit!“

Als Mecklenburger fällt mir dabei aktuell natürlich die Wolgaster Peene-Werft ein, auf der sich die IG Metall und die Mitarbeiter davon einen sicheren Arbeitsplatz erhoffen, dass sie für Saudi Arabien neue Küstenbote herstellen wollen. Sie wollen Waffen für das Land bauen,

- dass weltweit Gruppen mit Waffen ausgestattet die für religiöse Staatengebilde Bürgerkriege führen,
- dass in Bahrein die Demokratiebewegung mit Panzern niederwalzte,
- dass im eigenen Land Frauen und Kindern elementare Menschenrechte vorenthält und
- autokratisch geleitet keinerlei demokratische verfasste Grundstrukturen hat.

Jeder, der sich an der weiteren militärischen Ausrüstung dieses Landes beteiligt oder diese bagatellisiert, gerade vor dem Hintergrund des eigenen (Arbeitslohn)-Vorteils, macht sich an den Menschenrechtsverstößen dort direkt schuldig. Es kann deshalb nur heißen: Sagt nein! Keine Waffenproduktion, denn Waffenproduktion bereitet den nächsten Krieg vor.



Im Garten des Bundeskanzleramtes steht seit 2005 eine der elf ›NON-VIOLENCE‹-Skulpturen von Carl Fredrik Reuterswärd.

DIE WAHRHEIT LÄSST SICH NICHT VERDREHEN: Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt.

Im Jahr 2005 bekam die deutsche Bundesregierung als Anerkennung für die Nichtbeteiligung am Irakkrieg ein Friedenssymbol geschenkt: Die berühmte ›NON-VIOLENCE‹-Skulptur des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd.

Die deutsche Regierung hat diese Auszeichnung nicht verdient. Denn Deutschland ist seit Jahren weltweit der drittgrößte Exporteur von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.

Die Bundesregierung genehmigte allein im Jahr 2011 Rüstungsexporte im Wert von über 10 Milliarden Euro. Deutschland exportiert keinen Frieden, sondern Gewalt und Tod in die Welt.

Um an diese schockierende Tatsache zu erinnern, überreicht das Bündnis ›Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‹ der Bundesregierung die Skulptur ›Unsere Waffen töten‹. Denn jede Minute stirbt ein Mensch durch Waffengewalt – auch durch Waffen aus Deutschland.

Das Bündnis ›Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‹ fordert: Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden!

WWW.AUSCHREI-WAFFENHANDEL.DE



4. Stuttgarter Friedenspreis 2012



Laudatio auf „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“

Thomas Gebauer | Geschäftsführer medico international, Frankfurt

Wir ehren heute eine Gruppe von Menschen, die sich auf allerdings herausragende und eindrucksvolle Weise für den Frieden engagiert haben. Wir ehren die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Von ganzem Herzen freue ich mich darüber, dass Ihr mit dem Stuttgarter Friedenspreis ausgezeichnet werden. Im Falle der „Aktion Aufschrei“ von einer Gruppe von Menschen zu sprechen, ist fast schon eine Untertreibung. Seit über drei Jahrzehnten verfolge ich das friedenspolitische Engagement in Deutschland und zu keiner Zeit habe ich einen so großen Zusammenschluss erlebt, der sich gegen den Waffenhandel stark gemacht hat.

Auf bemerkenswerte Weise vereint die „Aktion Aufschrei“ zivilgesellschaftliche Akteure aus ganz verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit: Organisationen aus der Friedensbewegung, entwicklungspolitische Gruppen, globalisierungskritischen Initiativen, kirchlichen und weltlichen Akteuren, Umwelt- und Ärzteorganisationen, Kinderrechtsorganisationen, etc. etc., - Akteure, die vieles verbindet, die aber in der Vergangenheit nicht immer mit einer Stimme gesprochen haben. Die Liste der Träger und Unterstützer liest sich fast schon wie ein „Who is Who“ der deutschen Zivilgesellschaft, zumindest ihres kritischen Teils. Man braucht ein wenig Zeit, um sich durch die Namen von mehr als 100 Gruppen durchzuarbeiten, die mit Nachdruck auf ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten drängen. Dabei ist die Forderung nach einem Stopp von Waffenexporten nicht eigentlich neu; einzelne Organisationen und kleinere Bündnisse verlangen das schon seit vielen Jahren. Neu und überfällig ist, dass die Kritik am Waffenhandel nun von einer so breit getragenen Kampagne geführt wird – und allein deshalb schon sind wir den Initiatoren des „Aufschreis“ zu Dank verpflichtet. Liebe Christine, lieber Jürgen, lieber Paul, dass Ihr es geschafft habt, innerhalb von nicht einmal zwei Jahren ein solches Bündnis auf die Beine zu stellen, ist große Klasse - Hut ab!

Gemeinsames Handeln in Zeiten, in denen das eigene Profil, die eigene Marke, das „Logo“ so hoch im Kurs stehen, ist leider nicht mehr selbstverständlich und umso mehr zu begrüßen. Wenn sich so viele

und so unterschiedliche Akteure auf wenige und klar definierte Ziele verständigen, - schafft das Glaubwürdigkeit. Und nur wer in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit genießt, kann schließlich auch die Kraft entfalten, die Veränderung möglich macht. Es ist das große Verdienst der „Aktion Aufschrei“, die von vielen empfundene Empörung über den Waffenhandel in etwas verwandelt zu haben, das eigentlich schon gar nicht mehr nur als „Druck aus der Zivilgesellschaft“ bezeichnet werden kann, sondern bereits alle Voraussetzungen hat, zu einer wirkungsvollen „Gegenmacht“ zu werden.

Bald 80 % der deutschen Bevölkerung sind heute gegen Waffenexporte. Ganz offenbar hat sich die Einsicht breit gemacht, dass Waffenexporte weder ein Kavaliersdelikt sind, noch einfach nur ein Business, sondern aktive Beihilfe zu Tod und Zerstörung. Jede Minute wird heute ein Mensch durch eine Gewehrkuugel, eine Handgranate oder eine Landmine getötet. Hunderttausende im Jahr, die nicht einfach nur ihr Leben verlieren, sondern denen das Leben genommen wird. Gegenmacht ist notwendig, weil die Verhältnisse, den Tod so vieler Menschen verantwortlich sind, nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Sie sind das Resultat mächtiger Interessen, Interessen, die sich auch in den Argumenten spiegeln, die immer wieder vorgetragen werden, um Waffenexporte zu rechtfertigen. Sie kennen diese Rechtfertigungen: Waffen seien Instrumente der Friedensicherung, Waffenexporte sichern Arbeitsplätze; wenn wir nicht liefern, tun's die anderen, etc. etc. Argumente, die meist im Gestus eines pragmatischen Realismus vorgetragen werden und jede Kritik ins Reich von Utopie und Illusion verbannen.

Es ist das Elend dieses Rechtfertigungsdiskurses, das sich die „Aktion Aufschrei“ vorgenommen hat. Mit vielfältigen öffentlichen Aktionen, mit bewundernswerter Kreativität und Beharrlichkeit drängt sie auf Klarstellung und die Einsicht, dass Waffen eben nicht x-beliebige Güter sind, sondern wesentliche Voraussetzung für die Fortdauer der mörderischen Gewaltverhältnisse, denen immer mehr Menschen ausgeliefert sind. Und selbst dort noch, wo sie nicht zum Einsatz kommen, binden Waffen Mittel, die eigentlich für soziale Entwicklung, für Gesundheit, Bildung etc. benötigt würden. Gewiss ist die extreme Krise, die den Menschen in Griechenland heute aufgenötigt wird, nicht alleine durch den Waffenhandel begründet. Doch hat das ruinöse Wettrüsten, das Griechenland in den letzten Jahren zum Wohle nicht zuletzt deutscher Rüstungskonzerne betrieben hat, einigen Anteil daran. So absurd es klingt: das am höchsten verschuldete Land Europas hat – gemessen am BIP – die höchsten Militärausgaben. Und während die Gläubiger von der griechischen Regierung ständig weitere Einschnitte in der Sozialpolitik verlangen, verweisen sie im Falle der Rüstungsausgaben auf die Souveränität Griechenlands.

Solange die prekären Folgen von Waffenexporten nicht sichtbar werden, solange die Opfer keine Stimme haben, bleibt die Sache abstrakt: etwas, das in der Ferne passiert, aber uns nicht zu tangieren scheint. Wir, das sind die Öffentlichkeit, die Politik und letztlich auch für die Manager der Waffenschmieden, die ja in der Regel nicht mordgeile Psychopathen sind, sondern sich vom kalten Kalkül betriebswirtschaftlichen Überlegungen leiten lassen, die Renditeerwartungen der Anteilseigner zu bedienen haben, von Wachstumsgläubigkeit besessen sind und sich in ihren abgeschotteten Männerbünden – ja es sind vorrangig Männer – für unwiderstehliche Macher halten. Dass sie, um all das zu erreichen, wie Goethes „Faust“ ihre Seele verkaufen mussten, wird ihnen gar nicht mehr bewusst.

Zu welch grotesken Entwicklungen das Ausblenden der Folgen von Waffenexporten führen kann, ist mitunter im Gespräch mit den Produzenten zu erfahren. Dann, wenn sie stolz auf steigende Umsätze

verweisen und im gleichen Atemzug erzählen, wie die eigenen Kinder im Geiste eines friedliebenden Zusammenlebens aufwachsen und im Kinderzimmer selbstverständlich statt Spielzeugwaffen nur pädagogisch wertvolles Holzspielzeug liegt. Es gehört zu den Stärken der „Aktion Aufschrei“, dass sie solche Ignoranz mit der Wirklichkeit konfrontiert, ihr sozusagen die Opferperspektive entgegenhält und auf diese Weise deutlich macht, dass Waffenexporte eben keine lässliche Bagatelle sind. Nein, wenn wir von Waffenexporten sprechen, dann sprechen wir nicht von einem lukrativen Geschäftsmodell, nicht von Frieden, sondern von Beihilfe zu Verbrechen und Krieg.

Mit vielfältigen Aktionen, die von großem Einfallsreichtum und Entschlossenheit zeugen, hat die „Aktion Aufschrei“ den Skandal deutscher Waffenexporte zu einem öffentlichen Thema gemacht. In den knapp zwei Jahren, die die Kampagne nun im Gange ist, gab es kaum einen Tag, an dem nicht irgendwo in der Republik ein Vortrag gehalten wurde. Mein alter Freund Emanuel, der aus eigener Erfahrung weiß, was Waffe anrichten können, hat alleine, ich weiß nicht wie viele Veranstaltungen gemacht. Öffentlich aufgetreten sind aber auch Leute, die zuvor nie öffentlich gesprochen haben. Die Kampagne ist eben kein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Profis, sondern ein Aktionsfeld, das zum Mitmachen motiviert, das auch denen, die sonst eher zurückhaltend sind, den Rahmen bietet, aktiv zu werden und mutig die eigene Empörung zum Ausdruck zu bringen. Das genau ist die mitreißende Kraft einer guten Kampagne.

All die Aktivitäten aufzuzählen, die die Aktion unternommen hat, würde den Rahmen, der mir zur Verfügung steht, sprengen. Einige herausragende aber muss ich nennen:

- die Ballonaktion „Bomben aus Berlin“ etwa, mit der die Kampagne im Februar diesen Jahres vor dem Reichstag demonstrierte und ein enormes Medienecho erfuhr,
- die Herstellung von regionalen Rüstungsatlanten, um den Menschen, die im Umfeld von Rüstungsbetrieben leben, überhaupt erst einmal eine Idee von dem zu geben, was da in ihrer Umgebung hinter gesicherten Fabrikmauern so vor sich geht,
- die „Legt den Leo an die Kette“ Kampagne, die den geplanten Panzerdeal mit Saudi-Arabien nutzte, um Waffenexporte exemplarisch zu skandalisieren;
- das Video „Made in Absurdistan“ des Jugendtheaters Stage Divers(e), das sich das verborgene Wirken des Bundessicherheitsrates vornimmt,
- Friedensfahrradtouren, Mahnwachen, Podiumsdiskussion, Rundreisen mit Zeugen,
- und immer wieder Aktionen im schwäbischen Oberndorf, dort wo Heckler & Koch seinen Sitz hat.

Eine Million Menschen, so wird geschätzt, sind seit Ende des zweiten Weltkrieges durch Waffen aus dem Hause Heckler & Koch ums Leben gekommen. Da liegt es allerdings nahe, die Werkstore zu blockieren. Und wie man das öffentlichkeitswirksam machen kann, das zeigten im September die 100 Musiker des Orchesters „Lebenslaute“, die nicht lange zögerten und ihre Pulte in den Zufahrten aufbauten, um mit Klassik gegen Kriegswaffen vorzugehen.

Eine herrliche Provokation, die ebenfalls einiges an Medienecho erfahren hat, ebenso wie der Vorschlag eines anderen Mitstreiters der „Aktion Aufschrei“, des „Zentrums für politische Schönheit“, das die Produktionsstätte von Heckler & Koch mit einem Sarkophag umschließen will: - damit von dort – wie von Tschernobyl – künftig keine Gefahr mehr ausgehen kann. Bis es soweit ist, bis Rüstungsexporte grundsätzlich verboten sind, aber wird noch einiges zu tun sein. Immerhin: Dass sich die Bundesregierung aufgrund des öffentlichen Drucks heute in der Defensive befindet und am liebsten gar nicht mehr öffentlich über Waffenexporte redet, dass Waffenexporte ein „Non-Thema“

geworden sind, mit dem sich keine Mehrheiten mehr finden lassen, ist ein wichtiger Schritt vorwärts.

Aber auch die andere Seite, die Rüstungslobby, lässt nicht locker. Sie kennen die Zahlen. Der gerade veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung hat sie nochmals bestätigt: nach den USA und Russland ist Deutschland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Weil der Verteidigungsetat im Bundeshaushalt schrumpft und die Bundeswehr verkleinert wird, lassen sich Geschäfte mit Waffen heute verstärkt nur noch im Export machen. Entsprechend hat auch der Druck der Industrie auf die Politik in Berlin zugenommen. Dass wir dem Druck der Rüstungslobby heute im politischen Berlin etwas entgegengehalten können, verdanken wir der „Aktion Aufschrei“. Vielleicht ist es nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem grundsätzlichen Verbot von Waffenexporten, wenn der Komplex des Waffenhandels aus der Geheimhaltung herausgezerrt und zu einer Angelegenheit des Parlaments gemacht werden kann, - es wäre dennoch ein wichtiger. Wer in der deutschen Öffentlichkeit weiß denn schon, dass über Rüstungsexporte in einem geheim tagenden Gremium, dem Bundessicherheitsrat entschieden wird? Darüber liest man nicht viel in den Zeitungen. Und selbst Abgeordneten, die es besser wissen müssten, entgeht so manches.

Mit „face to face“ Gesprächen will die Kampagne deshalb während des kommenden Bundestagswahlkampfes die Kandidaten in ihren Wahlkreisen stellen, ihnen sozusagen Beine machen, und tatsächlich scheint da reichlich Musik drin zu sein. Gerade erst haben die Oppositionsparteien ihre Positionen abgesteckt. SPD und Grüne verlangen mehr parlamentarische Beteiligung sowie eine Verschärfung der Exportrichtlinien, die Linke folgt der Idee eines grundsätzlichen Verbots von Rüstungsexporten. Wenn über die Geschäfte mit dem Tod nicht nur im fernen Berlin, sondern auch zuhause in den Wahlkreisen diskutiert wird, verspricht das spannend zu werden. Mit all ihren Aktivitäten zeigt sich die „Aktion Aufschrei“ als Teil einer viel größeren Bewegung, einer Bewegung, die es nicht länger hinnehmen will, dass sich hinter verschlossenen Türen die Interessen der wirtschaftlichen und staatlichen Macht gegen das Gemeinwohl durchsetzen, - einer Bewegung, die auf die Revitalisierung des öffentlichen Raumes drängt und sich mit Kräften gegen die Krise der Demokratie stemmt. Ich denke, Sie hier in Stuttgart wissen, wovon ich rede. Und so nimmt es nicht wunder, dass die Kampagne Zuspruch gerade auch von jungen Leuten erfährt. Das, was die Kampagne bislang erreichen konnte, macht Mut. Es zeigt, dass Veränderung möglich ist, selbst wenn dazu ein langer Atem notwendig sein wird. Die „Gegenmacht“, von der ich anfangs sprach, formt sich in öffentlichen Auseinandersetzungen, und nur in öffentlichen Auseinandersetzungen wird sie weiter auszubauen sein. Vieles hat die Kampagne bereits erreicht, ihr Einsatz aber wird unvermindert notwendig bleiben.

Denn machen wir uns nichts vor: Waffenexporte sind Teil eines Systems, das als solches zum Problem für uns alle geworden ist. Solange das Geld der Geist aller Dinge ist, solange die Rechte der Menschen nichts wert sind, wenn die Rendite gefährdet ist, solange es nicht demokratisch zugeht, solange wird auch der Waffenhandel nicht zu stoppen sein. Aber ginge es demokratisch zu und stünden die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund, würden auch Krankenhäuser nicht mehr privatisiert, gäbe es wieder genügend Geld für Bildung, würde die Schere zwischen Arm und Reich wieder zugehen und müssten nicht so viele Mittel eingesetzt werden, um die soziale Spaltung wehrhaft abzusichern.

An dieser Stelle greift der Vorwurf, ein Stopp von Waffenexporten sei utopisch. Ja doch, warum denn nicht. Nicht die Idee einer anderen Welt ist dumm, sondern das, was uns mitunter unter der Flagge des Realismus zugemutet wird. Ein Realismus, der einigen wenigen ein waffengeschütztes Paradies

bringt, und allen anderen die Hölle. Inzwischen ist viel Kritik an der Entscheidung des Norwegischen Nobelinstituts geübt worden, in diesem Jahr die EU mit dem Friedensnobelpreis zu ehren. Zu recht, denn honoriert wird damit genau jene Politik, von der ich eben gesprochen habe: eine Politik, die sich mit der Schaffung einer Insel zufrieden gibt und zugleich den anderen, denen, die ausgeschlossen sind, das Leben zur Hölle macht.

Dabei ist doch längst klar, dass die heute so brutal vorangetriebene soziale Polarisierung auf Dauer nicht gut gehen kann, dass sie so oder so zurückschlagen wird und die Waffen, die bis dahin geliefert sein werden, eine nur noch von noch mehr Gewalt und noch mehr Krieg geprägte Zukunft zulassen. Wenn wir verhindern wollen, dass am Ende dieses teuflischen Geschehens nicht wieder nur jene die Opfer sein werden, die am wenigsten von all diesem Unsinn profitiert haben, dann heißt es: auf eine ganz andere Weise realistisch zu sein, nämlich das Unmögliche zu verlangen.

Niemand der sich heute gegen Waffenexporte engagiert, hat die Idylle einer absolut konfliktfreien Welt vor Augen. Darum geht es nicht! Wohl aber um eine Welt, in der Konflikte auf andere als auf mörderische Weise ausgetragen werden können. Lassen Sie mich schließen mit ein paar Worten des Danks und der Hoffnung. So wie die „Aktion Aufschrei“ uns allen Mut macht, so sehr hoffe ich, dass der Preis auch Euch Ermutigung ist. Ermutigung nicht locker zu lassen, vielmehr den Druck nochmals zu erhöhen und dabei viele weitere Mitstreiter zu finden.

Danken will ich auch den Preisgebern, die diese wunderbare Entscheidung getroffen haben. Und das war ja keine geheim tagende Jury, sondern viele, viele Menschen, die öffentlich abgestimmt haben: es ist die Öffentlichkeit selbst, die mit dem diesjährigen Stuttgarter Friedenspreis keinen Zweifel daran gelassen hat, wie wichtig ihr ein Stopp des Waffenhandels ist, und wie sehr sie wünscht, dass Ihr, dass die „Aktion Aufschrei“ das erreicht, was ihr Euch vorgenommen hat, ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten.

Herzlichen Dank

5. Zum Zusammenhang von Kapitalismus und Rüstungsexporten

Dominic Kloos | Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Im Mai 2011 startete die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel: Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“. Hauptmotiv der ‚Neuaufgabe‘ der Rüstungsexportkampagne aus den 1980er Jahren sind die in den letzten Jahren massiv gestiegenen Ausfuhren von Rüstungsgütern: Deutschland stieg dadurch auf Rang drei der weltweiten Rüstungsexporture auf. Auch das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar hat sich dieser zunächst bis 2013 begrenzten Kampagne angeschlossen. Es wird dabei versucht, die eigene kapitalismuskritische Orientierung in die Kampagne einzubringen, denn auch die Problematik der Rüstungsexporte sollte im Kontext der Krise des Kapitalismus gesehen werden.

Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern ist im tausendfachen Tod, den Verstümmelungen, der Profitorientierung des sog. militärisch-industriellen Komplexes und den durch die Bindung von Haushaltsgeldern verursachten Entwicklungshemmnissen in Ländern des globalen Südens begründet. Allein in Afrika werden rund 100 Mio. Kleinwaffen mit höchst zerstörerischem Potential vermutet (Heinz 2011).

Deutschland ist ‚Europameister‘

Nach dem Zweiten Weltkrieg erklärten alle deutschen Bundesregierungen, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben würden. Auch die acht Kriterien des gemeinsamen Standpunktes der EU (ehem. EU-Verhaltenskodex) für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern aus dem Jahr 2008 sollen eher beschränkend wirken. Die rot-grüne Regierung verordnete sich im Jahr 2000 neue politische Grundsätze für eine besonders restriktive Rüstungsexportpolitik. Trotzdem sind die deutschen Rüstungsexporte seitdem massiv gestiegen, in den letzten fünf Jahren haben sie sich etwa verdoppelt (GKKE 2011), womit Deutschland zum „Europameister“ und zum drittgrößten Rüstungsexporteur weltweit aufgestiegen ist.¹ Deutschland hatte 2010 laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI einen Anteil von über 10 % am weltweiten Handel mit Groß- und Kleinwaffen inne gehabt, hinter den USA (ca. 30%) und Russland (ca. 20%). Nimmt man allein die drei europäischen Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen, die z.T. gemeinsam produzieren, so würde diese ‚Dreier-EU‘ etwa gleichauf mit Russland in der Liste der weltweiten Rüstungsexporture rangieren. Deutschland nahm allein im Jahr 2010 zwischen 2,1 und 2,6 Mrd. EUR durch Rüstungsgüter ein. In dem Zeitraum von 2005 bis 2009 waren es zusammen ca. 3 Mrd. EUR.

Zudem hat Deutschland seit dem Jahr 2000 Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgüter an 40 Staaten im Umfang von 6,43 Milliarden Euro durch staatliche Ausfallbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) abgesichert, allein 2009 im Wert von 1,92 Mrd. EUR (GKKE 2010). „Die Angaben für 2010 (32 Mio.)

¹ Zur Datenlage ist anzumerken, dass die Verfahren, die Umfang, Werte und Zeitpunkte von Waffentransfers ermitteln sollen, stark voneinander abweichen: „Von offizieller deutscher Seite liegen keine exakten Daten über Rüstungsexporte vor. Die jährlich vollzogenen Ausfuhren werden vom Statistischen Bundesamt nur für den Teilbereich der als „Kriegswaffen“ eingestufteten Rüstungsgüter im Rahmen der Außenhandelsstatistik erfasst. Für den weitaus umfangreicheren der ‚übrigen Rüstungsgüter‘ gibt die Bundesregierung allein die jährlichen Genehmigungswerte bekannt. Dabei unterscheidet sie zwischen ‚Einzelausfuhrgenehmigungen‘ und ‚Sammelausfuhrgenehmigungen‘“ (Moltmann 2011). Einzelausfuhren sind laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA 2011) die „(Genehmigung der) Lieferung eines Gutes oder mehrerer Güter aufgrund eines Auftrages an einen Empfänger.“ Sammelausfuhren werden wie folgt definiert: „Unter bestimmten Voraussetzungen besteht auf Antrag die Möglichkeit, anstelle einer Einzelgenehmigung bestimmten zuverlässigen Ausführern eine Sammelausfuhrgenehmigung zu erteilen. Diese Genehmigung erlaubt die Ausfuhr einer Gruppe von Gütern an mehrere Empfänger.“

sind gegenüber den Vorjahren zurückgegangen, weil keine kostspieligen Exporte von Kriegsschiffen oder von Materialpaketen für deren Bau im Empfängerland abzusichern waren“ (GKKE 2011).

Profitierende Unternehmen

Produziert werden Großwaffen laut SIPRI (Süddeutsche 2011) von US-amerikanischen Unternehmen wie Lockheed Martin (größtes Rüstungsunternehmen der Welt, Umsatz: 33 Mrd. EUR) und Boeing (Platz 3); vom größten europäischen und zweitgrößten weltweiten Rüstungsunternehmen BAE Systems aus Großbritannien (Umsatz: 22,4 Mrd. Pfund) oder dem siebtgrößten Rüstungsunternehmen der Welt EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) mit mehrheitlichen Anteilen aus Frankreich und Deutschland (die Daimler AG hält 22,5% der EADS-Aktien). Seit 2002 steigerten die 100 führenden Rüstungskonzerne ihre Umsätze um 60 Prozent (Spiegel 2012).

Auch sogenannte Kleinwaffen² werden in Deutschland produziert und in zahlreiche Länder exportiert, darunter etliche, in denen Menschenrechte massiv verletzt werden. Im Jahr 2009 wurden Kleinwaffen im Wert von über 70 Mio. Euro exportiert. Die Firma Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar ist der größte europäische Pistolen- und Gewehrhersteller mit einem Umsatz im Jahr 2010 von 247 Mio. EUR (Hecker & Koch 2011). Auch ohne Ausfuhrgenehmigung in Konfliktgebiete wie Sri Lanka, Darfour (Sudan) oder Kenia konnten H&K-Gewehre Dank der Lizenzvergabe und damit einhergehender Produktion in Ländern wie Türkei, Mexiko, Thailand oder Iran in gefährdete Regionen gelangen. Die erschreckendste Zahl in Bezug auf Kleinwaffen stammt vom Roten Kreuz: Danach sterben 90-95% aller Kriegsoffer durch Kleinwaffen (Grässlin 2009 und DAKS 2004).

Besonders stark sind deutsche Unternehmen in der Herstellung von Komponenten für sog. Dual-Use-Güter (z.B. Drohnen), die offiziell nicht zu den Rüstungsgütern gehören. Die Genehmigungswerte für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem (zivilem und militärischem) Verwendungszweck stiegen 2010 auf 4,8 Mrd. EUR – dies umfasst ca. 0,5% des gesamten deutschen Außenhandels und entspricht damit in etwa dem Wert wie die Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter.

Folgen deutscher Waffenexporte – Zeugenberichte

Den Opfern und ZeugInnen der Folgen deutscher Waffenexporte gibt die „Aktion Aufschrei“ eine Stimme, indem sie einzelne von ihnen nach Deutschland einlädt, damit sie über ihr Schicksal berichten. Diese Reisen sind ein Beitrag, das Schweigen über die Praxis deutscher Rüstungsexporte zu brechen.

Zwei Zeugen, die exemplarisch für viele andere stehen, werden auf der Webseite www.aufschrei-waffenhandel.de vorgestellt:

Hayrettin Altun: Der kurdische Lehrer erlebte in seinem Heimatdorf Tiyaks (türkisch Narlica) eine glückliche Kindheit. Dieses Dorf wurde in der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und der PKK vom Militär mit G3-Gewehren und Granatwerfern weitgehend zerstört.

Abdirahman Dahir Mohamed: Er verlor seinen rechten Unterschenkel, weil eine Kugel aus einem G3-Gewehr sein Knie zerstörte. Das geschah, als sich Somaliland in einem Krieg (1988-91) von Somalia abspaltete.

Im November 2011, Februar/März und Juni 2012 ist **Emanuel Matondo** aus Angola in vielen deutschen Städten unterwegs, um über die Auswirkungen deutscher Waffen im südlichen Afrika zu berichten. Mehr unter www.connection-ev.de.

² Kleinwaffen sind leicht zu bedienen und zu bewegen, relativ günstig, leicht verfügbar und wenig störanfällig – z.B. leichte und schwere Maschinengewehre, tragbare Raketenwerfer, Landminen etc.

Export um jeden Preis

Laut Grundgesetzartikel 26(2) bedürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen der Genehmigung der Bundesregierung, bevor sie hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Näheres sollte ein Bundesgesetz regeln, wobei sich zwei Gesetze, namentlich Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG), ergänzen sollen, de facto aber das AWG als Exportförderungsgesetz mit möglichst wenig Regulierungen umgesetzt wird. Somit können gerade die Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen (Motoren für Kriegsschiffe und -flugzeuge u.v.m.), problemlos exportiert werden.

Der Rechtsexperte der „Aktion Aufschrei“, Rechtsanwalt Holger Rothbauer, schreibt hierzu (ORL 2011): „Der Regelungsbereich ‚zur Kriegsführung bestimmte Waffen‘ sollte (den deutschen Verfassungsvätern entsprechend) abschließend und umfassend in einem einzigen Bundesgesetz geregelt werden, was auch in Form des KWKG geschehen ist. Das KWKG regelt auch Sachverhalte mit Auslandsbezug, da der Im- und Export ein Befördern bzw. Inverkehrbringen darstellen kann. Der Gesetzgeber hat nur das KWKG als ausdrückliches Ausführungsgesetz zu Art. 26 Abs. 2 GG erlassen. KWKG und AWG weisen stellenweise Überschneidungen im Anwendungsbereich auf, letzteres dient allerdings gerade nicht der Umsetzung des Verfassungsauftrags. Das KWKG ist wegen der Anknüpfung an den Kriegswaffenbegriff enger als das AWG, welches sämtliche Waren erfasst und somit gerade in Bezug auf Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen, eine gewisse Auffangfunktion hat.“



Normalerweise entscheidet das Wirtschaftsministerium bzw. das BAFA über den Export, in strittigen Fragen des Exports von Kriegswaffen der Bundessicherheitsrat (BSR). Dieser ist ein Gremium, dem KanzlerIn, Verteidigungs-, Außen- und EntwicklungsministerIn sowie weitere staatliche VertreterInnen angehören. Die Abstimmungsergebnisse bleiben geheim und der Bundestag darf bei Rüstungsexporten nicht mitreden. Wie an den obigen Zahlen abzulesen ist, hat der BSR immer mehr (auch strittige) Exporte genehmigt, obwohl die in den Verträgen festgeschriebene Endverbleibsklausel kaum Gewissheit bringt, dass Waffen nicht weiterverbreitet werden. So ist auch zu erklären, dass Waffen in mexikanischen Bundesstaaten landen, die wegen interner Konflikte keine deutschen Waffen erhalten dürften, oder in Libyen G3-Gewehre gefunden werden, die nach Ägypten geliefert wurden (Friedrichs/Hildebrandt 2011). Die Frage ist nun, warum die Exporte im letzten Jahrzehnt gestiegen sind und somit auch die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass exportierte Waffen in Konfliktgebiete gelangen. Zu konstatieren sind zunächst folgende Veränderungen auf dem globalen Rüstungsmarkt (Grebe 2011):

- Es werden nicht mehr vollständige Waffensysteme geliefert, sondern Einzelteile, die in Empfängerländern zusammen gebaut werden.

- Innerhalb von Bündnissen wie der NATO werden Rüstungsgüter aus Kostengründen immer häufiger gemeinsam genutzt.
- Traditionelle Lieferbeziehungen lösen sich auf, es wird mehr in sogenannte Drittstaaten³ exportiert. Zwischen 2003 und 2006 wurden 63% aller Rüstungsvereinbarungen mit Drittstaaten getroffen, zwischen 2007 und 2010 lag die Zahl sogar bei 79%.

Zwei Drittel der deutschen Rüstungsexporte gehen zwar auch weiterhin an Bündnispartner und ihnen gleichgestellte Länder (Südafrika und Israel), die der EU bzw. NATO angehören – das ist z.B. angesichts der Menschenrechtsslage im kurdischen Teil der Türkei oder der Finanzlage Griechenlands mehr als fragwürdig. Die oben genannten Zahlen weisen aber auch eine deutliche Tendenz des Rüstungsexports in Drittstaaten auf.

Wohin gingen deutsche Waffen 2010?

1. Griechenland (15%)
2. Südafrika (11%)
3. Türkei (10%)

71% aller erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen gingen an EU-, NATO- oder diesen gleichgestellte Länder.

Der Rest ging an folgende „Drittstaaten“

1. Südkorea
2. Vereinigte Arabische Emirate
3. Saudi-Arabien
4. Indien
5. Pakistan
6. Irak
7. Singapur

QUELLE: GKKE 2011

Die erhöhten Exporte in Drittstaaten sind laut Jan Grebe vom Bonner Konversionszentrum (Grebe 2011) zum einen auf die Erneuerung alter Bestände und zum anderen auf den starken Wirtschaftsaufschwung in den letzten 15 Jahren in Schwellenländern und Ölstaaten zurückzuführen. Dies sind die Länder, vor allem im Nahen Osten und Südasien, die seit Jahren die höchsten Wachstumsraten in Bezug auf Rüstungsaufträge haben. Auch Rüstungsexporte in Entwicklungsländer nahmen in den letzten Jahren leicht zu, allerdings nicht so markant (GKKE 2011).

Die Rolle des Staates im Krisenkapitalismus

Das Motto der Kampagne: ‚Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht‘ läuft im zweiten Teil Gefahr, in eine moralisierende Verkürzung zu geraten. Die Frage der Rüstungsexporte ist nicht einfach eine Frage individueller Moral, sondern eingebunden in strukturelle Zusammenhänge der gegenwärtigen ‚Entwicklung‘ bzw. Krise des Kapitalismus. In die Diskussion einzubeziehen wäre die grundsätzliche Einsicht, dass Staat und Politik nicht das moralisch gute Gegenüber zu einer profitorientierten Ökonomie darstellen, die über Leichen geht. Seine Rolle ist die des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Angesichts einer privat und in Konkurrenz organisierten Produktion und ihrer Krisenanfälligkeit hat er dafür zu sorgen, dass der Zusammenhang des kapitalistischen ‚Ganzen‘ gewahrt bleibt. Insofern kann er ethischen Imperativen nur soweit folgen, als diese seine Rolle als Wahrer der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs nicht in Frage stellen. An dieser

³ Drittstaaten sind Staaten, die nicht einem gemeinsamen Abkommen oder einem Bündnis angehören.

Schnittstelle käme es darauf an, strukturelle Systemzwänge zu thematisieren, die sich nicht einfach durch Appelle an die ethische Verantwortung der Täter auflösen lassen. Systemlogik und Systemzwänge agieren durch die ‚Täter‘ hindurch, in ihrem Handeln, auch wenn sich die Grenze zwischen Ethik und System nicht empirisch genau benennen lässt. *Von der Rolle des Staates als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ sind im Hinblick auf Rüstungsexporte vor allem drei Aspekte wichtig:*

1. Exportförderung

Auf Grund der Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer ‚schlankeren‘ Kri-seneinsatzarmee, werden ältere deutsche Bestände verkauft und die Produktion lohnt sich nur noch, wenn der Export gesteigert wird. Das heißt, dass eine Markterweiterung hinter den gestiegenen Rüs-tungsexporten steckt. Dies ist eine Forderung, die von Arbeitgeber- wie z.T. auch von Arbeitnehmer-vertreterInnen gestellt wird (German Foreign Policy 2011). Der Hauptgeschäftsführer des Bundesver-bandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwartet als Konsequenz auf die ge-ringeren Auftragsvolumina der Bundeswehr Unterstützung beim Export: "Klar ist, wenn weniger be-stellt wird, hat das auch Konsequenzen für die Unternehmen, für den Zulieferer-Bereich und wir wer-den dann mit dem Verteidigungsministerium auch über die Frage von Export nachdenken, wo wir sicherlich Unterstützung brauchen, aber auch zugesagt bekommen haben" (Thiels 2011). Eine ver-minderte Produktion der Rüstungsgüter soll und kann es laut Bundesregierung nicht geben, auch weil neben wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründen eine Rüstungsindustrie als „nationale Identi-tätsfrage“ gesehen wird, so Claus Warnken, Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium bei einer Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Warnken 2011). Zudem gehört Exportförderung zu den grundlegenden Aufgaben des kapitalistischen Staates. Kapitalistische Wertschöpfung ist seine materielle Grundlage, insofern er sich von Steuern aus dem Verwertungs-prozess finanziert. Dieser Prozess gerät gegenwärtig immer schärfer unter den Druck der inneren Schranke⁴ kapitalistischer Produktion: der Entsorgung der Arbeit als Grundlage der Wertschöpfung. Dies verschärft die globale Konkurrenz um Standort- und Absatzmöglichkeiten. Die Nationalstaaten unterstützen ‚ihre‘ Unternehmen in der globalen Konkurrenz, um auf neue Märkte vorzudringen und somit Umsatz und Gewinn zu steigern, was wiederum Steuern für den Staat abwirft und Arbeitsplät-ze sichert. Unternehmen werden Ausfallgarantien gegeben (Hermesbürgschaften) und Ausfuhren immer einfacher gemacht. Die Steigerungen in den letzten Jahren und gerade auch der mögliche Export nach Saudi-Arabien, das seit 20 Jahren Panzer haben wollte und jetzt welche erhalten soll, deuten darauf hin. Es muss exportiert werden – und zwar um jeden Preis.

Gerät der Kapitalismus – wie wir gegenwärtig erleben – immer schärfer in die Krise, werden Spiel-räume für ethisches Handeln enger. Die Sicherung der materiellen Grundlagen des Staates und die

⁴ Die Substanz des Kapitals und die Quelle des Mehrwerts bildet die Lohnarbeit. „Die auf dem Arbeitsmarkts gehandelte Arbeitskraft bildet die einzige Ware, die mehr Wert erzeugen kann, als sie selbst wert ist, indem der Kapitalist die Differenz zwischen der notwendigen Arbeitszeit (dem Lohn) und der hieran anschließenden Mehrarbeit des Lohnabhängigen als Mehrwert einbehält. Je niedriger der Lohn, den der Kapitalist den Lohnabhängigen bei gleichbleibender Produktivität zahlt, desto geringer ist der Anteil der notwendigen Arbeitszeit am Arbeitstag des Arbeiters und desto höher fällt die Mehrwertrate für den Kapitalisten aus. (...) Den wichtigsten fundamentalen Widerspruch, der die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnet, bildet (...) das konkurrenzvermittelte Bestreben zur Produktivitätssteigerung in der kapitalistischen Warenproduktion. Durch Rationalisierungsmaßnahmen, die durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt ermöglicht werden, können in einem Betrieb mehr Waren durch weniger Arbeiter hergestellt werden. Hieraus resultiert eine Reduktion des variablen Kapitals (Lohnarbeit) gegenüber dem konstanten Kapital (Maschinen und Rohstoffe) im Produktionsprozess (...). Das Kapital, dessen Substanz die Lohnarbeit bildet, ist somit bestrebt, die Lohnarbeit aus dem Produktionsprozess zu verbannen, und somit seine eigene Substanz zu untergraben. (...) Marx hat für diesen mit einem tendenziellen Fall der Profitrat einhergehenden autodestruktiven Prozess die geniale Bezeichnung des ‚prozessierenden Widerspruchs‘ eingeführt“ (Konicz 2012). Ausführlicher hierzu: Kurz 2006 und Böttcher 2010.

damit verbundene Systemlogik verdrängt ethische Orientierungen. Durch den Export – der nicht zuletzt aufgrund wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wurde – hat sich Deutschland in der Krise besser behaupten können als konkurrierende Staaten. Ob in der Not der Selbstbehauptung in der kapitalistischen Konkurrenz dieser Standortvorteil durch ethisch reglementierte Rüstungsexporte konterkariert werden kann, ist anzuzweifeln.

2. Absicherung der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus angesichts weltweiter Krisen und Zerstörungsprozesse

Im Kapitalismus sichert Lohnarbeit die materielle Grundlage des Lebens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben. „Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung (...) sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt“ (Böttcher 2011). Dies hat Folgen für die Weltwirtschaft. Sie schrumpft „auf eine schwindende Anzahl von Standorten der Kapitalverwertung zusammen, die von einem Meer ‚überflüssiger‘ (überflüssig im Sinne der Verwertung) Menschen und Regionen umgeben sind. Globalisierung bedeutet insofern in Wirklichkeit die Archipelisierung des Globus“ (Lohoff 1999).

Das ‚Fitmachen‘ für den Weltmarkt (Deregulierung, Privatisierung, Marktöffnung, kostengünstige Exportproduktion) ist vor diesem Hintergrund vermutlich für das Gros der Weltregionen nutzlos. Die Folgen sind wirtschaftliche und politische *Zusammenbrüche*, die „verwilderte Staatsapparate“ (Lohoff 1999) mit Klientelismus, Korruption und ausufernder Gewalt hinterlassen. Die Überreste von Staaten verlieren „ihre Regulations- und Integrationsmacht“ (Böttcher 2011) und damit einen Großteil ihres Gewaltmonopols. „So werden die sog. ‚neuen Kriege‘ auch nicht mehr einfach von Staaten geführt, sondern von Milizen, Warlords oder international agierenden Terrornetzwerken. Wo die Marginalisierung solche Ausmaße erreicht, dass an eine Überlebenssicherung durch Lohnarbeit nicht mehr zu denken ist, werden zudem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zu einer perversen Möglichkeit des Überlebens. Sie werden sowohl im Überlebenskampf ‚auf eigene Faust‘ als auch durch den Dienst in der Miliz eines Warlords gesucht. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben“ (Böttcher 2011).

Solange dies nicht den Rest der kapitalistischen Welt betrifft, wird kaum ein Problem darin gesehen. Wenn allerdings Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, vor allem der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherheit von Transportwegen nicht mehr gewährleistet sind, oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen, „dann ist der Kapitalismus mit einem neuen strategischen Problem konfrontiert: Es gibt kein außen und deshalb auch keinen ‚äußeren‘ Feind mehr, gegen den ein Land zu verteidigen wäre. Der Feind kommt vielmehr aus dem Inneren des Systems selbst. Das Scheitern des globalen Verwertungsprozesses produziert die Probleme, die dann – systemkonform – militärisch bekämpft werden sollen“ (Böttcher 2011). Regionen und Staaten, die sich den gängigen marktwirtschaftlichen Mechanismen widersetzen, werden ggf. mit ‚humanitären‘ Interventionen bekämpft. Terrorgruppen, Mafiabanden, Warlords, Piraten etc. „werden zu militärisch-weltpolizeilichen Herausforderungen, jedenfalls dann, wenn solche ‚Störpotentiale‘ zentrale Funktionsstellen des Systems bedrohen“ (Böttcher 2011). Es geht darum, dass funktionierende Zentren und Wohlstandsinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugang zu Rohstoffen, gesichert werden.

Die Problematik der Rüstungsexporte müsste vor dem Hintergrund dieser Zerstörungsprozesse reflektiert und diskutiert werden. Die Rüstungsexporteure profitieren von Zerstörungen, die Folgen kapitalistischer Verwertungslogik sind, insofern diese die Nachfrage nach Waffen und anderen Sicherheitsgütern generieren. Für die Nachfrage nach Waffen müssen Wege gebahnt werden. In die beschriebenen „Plünderungsökonomien“ (Lohoff 1999) gibt es zwar in der Regel keine offiziellen, d.h. genehmigten, Waffenlieferungen, aber trotzdem gelangen Waffen – vor allem leichte – über 'dunkle Kanäle' dorthin. Nicht nur alte Kalaschnikows aus dem ehem. Ostblock, sondern auch das G3 von Heckler & Koch sind – widerrechtlicher Weise – in mehreren Konfliktregionen anzutreffen. Zur Kompensation der Krise werden somit auch Absatzmöglichkeiten außerhalb von Markt und Staat genutzt.

Die Zerstörungsdynamik kapitalistischer Inwertsetzung zeigt sich in Landgrabbing, Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, eskalierenden Konflikten (u.a. um Rohstoffe), Repressionen oder dramatischen ökologischen Veränderungen. Hier liegen die wesentlichen Ursachen dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Dies wiederum hat als Reaktion die militärische Grenzsicherung, Bekämpfung von Flüchtlingen, aber auch die Bekämpfung von Piraterie zur Folge. Für all das sind Waffen notwendig. Zunehmende *Flüchtlingsbewegungen* (UNHCR 2011 und Ferenschild 2011), u.a. von Afrika nach Europa, sind ebenfalls ein Grund für gestiegene Aufträge an Rüstungskonzerne. Laut DAKS und Pro Asyl wurden noch unter Gaddafi vor allem deswegen Waffen nach Libyen exportiert, um durch Aufrüstung und Schulung von libyschen Polizisten und Sicherheitskräften die irreguläre Migration nach Europa einzudämmen. Vor allem die libysche Grenze zu südlichen Nachbarstaaten sollte militärisch abgesichert werden, um Wüsteneindringlinge abzuwehren. Im Jahr 2009 wurden Waffen im Wert von 272 Mio. EUR aus Europa nach Libyen verkauft, allein aus Deutschland im Wert von 53 Millionen (Friedrich/Matondo 2011). Zudem sollen auch Dual-Use-Güter verstärkt zur Grenzüberwachung eingesetzt werden (Monroy 2012).

Die *Anzahl der Kriege* ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur sehr leicht gestiegen bzw. die meiste Zeit gleich geblieben. Hingegen haben andere Konfliktformen (Bürgerkriege, Drogenkriege etc.), insbesondere nach Ende des Kalten Krieges laut dem Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung stetig zugenommen (HIIK 2010). Dies könnte darauf hindeuten, dass Kriege und militärische Interventionen angesichts gesellschaftlicher Krisenprozesse die Aufgabe haben, die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems zu sichern, womit der Waffenhandel systemrelevant wird. Die vermeintlich ‚humanitären‘ Einsätze und gestiegenen Militärausgaben in den letzten zehn Jahren deuten darauf hin.

Krisen erzeugen Widerstand, der von Staaten bekämpft wird. Die potenzielle Wandlung in *neoliberalen Polizeistaaten* (erstmalig im Chile Pinochets umgesetzt) schafft einen erhöhten Sicherheitsbedarf, der wiederum Rüstungsgüter notwendig macht. Dies ist immer wieder in vielen Ländern zu sehen, aktuell z.B. in Syrien, Zimbabwe, aber auch in Griechenland durch seine EU-Außengrenze: Zur Systemsicherung nach innen und außen bedarf es einer steigenden Zahl an Rüstungs- bzw. Sicherheitssystemen. Inzwischen benötigt man keine Interpretation mehr, um festzustellen, dass *Handels- und Rohstoffwege auch militärisch abgesichert* werden, wenn es sein muss. Es wird ganz offen geäußert, ob von Köhler, Guttenberg oder dem Weißbuch der Bundeswehr (Zumach 2010). Die steigenden Exporte in Staaten, die Rohstoffe besitzen (z.B. Saudi-Arabien und Angola / Öl – Dubrow/Piper 2011 und Friedrich/Matondo 2011) oder von globalem sicherheitspolitischem Interesse sind (z.B. Saudi-Arabien als Gegenpol zum Iran) sprechen eine relativ klare Sprache.

3. Arbeitsplätze als Legitimation für Rüstungsexporte

In Rheinland-Pfalz und dem Saarland stellen Firmen wie das Metallwerk Elisenhütte Nassau (MEN) im gleichnamigen Ort oder die Firma Diehl in Nonnweiler Muniton, Raketen u.v.m. für die ganze Welt her. Diese Unternehmen in strukturschwachen Gegenden sichern viele hundert Arbeitsplätze, was zu Aussagen der in diesen Regionen politisch Verantwortlichen wie der des Bürgermeisters von Nassau führt: „Ich würde mir zwar was anderes wünschen, aber es gibt nichts anderes“ (Schrep 2010). Die Gründe für die Exportsteigerungen im letzten Jahrzehnt sind sicherlich auch in dem Erhalt der geschätzten 80.000 Arbeitsplätze in Deutschland zu suchen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Exportguts ist zwar marginal (ca. 0,2% machen die Rüstungsexporte an den deutschen Gesamtexporten aus), aber bei einem Milliardenvolumen auch nicht unerheblich.

Wichtig wäre es auf jeden Fall das Arbeitsplatzargument kapitalismuskritisch zu reflektieren. Arbeit im Kapitalismus abstrahiert vom Inhalt der Arbeit. In der Warenproduktion zählt kaum *was* produziert wird, sondern *dass* und *wie viel* produziert wird. Es kommt darauf an, dass mittels der Verausgabung von Arbeit Kapital vermehrt wird. Damit ist die Frage nach der Qualität der Arbeit ausgeblendet. Die Produktion orientiert sich eben nicht an menschlichen Bedürfnissen oder auch an der Lebensfeindlichkeit der Produkte als negativem Maßstab (Kurz 2006). ArbeitnehmerInnen stehen unter dem Zwang, ihre Arbeitskraft zum Markt zu tragen, wenn sie ihre materielle Lebensgrundlage sichern wollen. Für sie gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Genau dies spiegelt sich in der Hartz IV-Gesetzgebung und verbindet sich mit der Drohung, bei Arbeitsverweigerung die materiellen Grundlagen der Existenz zu entziehen.

Warum sollte der Arbeitszwang der kapitalistischen Produktion bei Rüstungsexporten so einfach außer Kraft gesetzt werden können, entspricht sie doch der inneren Logik des Kapitalismus, durch Einsatz von Arbeit Geld zu vermehren. In einer Gesellschaft, die als ganze auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Kapitals ausgerichtet ist, erscheint Rüstungsproduktion und Rüstungsexport als selbstverständlich. Daran ändert auch der offensichtliche Widersinn nichts, menschliche Arbeitskraft und Technologie als Ausdruck menschlicher Kreativität für die ‚Produktion‘ von Tod und Zerstörung einzusetzen. Im Kapitalismus geht es nicht um Leben und Vernunft, sondern um den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Kapital um seiner selbst willen. Die Produktion und der Export von Rüstung dienen diesem Zweck und in der ‚Systemlogik‘ wäre es sogar ‚unvernünftig‘, darauf zu verzichten.

Zweigleisigkeit einer Kampagne: Realpolitische Handlungsoptionen und radikale Kritik

Die Zerstörungskraft des Kapitalismus drückt sich meist in nicht direkt sichtbaren Strukturen aus. Rüstungsgüter und ihr Gebrauch sind hingegen ein bildhafter Ausdruck dieser Zerstörungskraft und Teil einer in der Krise zunehmenden Militarisierung. Je weniger die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes ihre vermeintlich segensreiche Wirkung entfalten kann, desto mehr wird die sichtbare Faust des Militärs in Stellung gebracht, um die bedrohte Funktionsfähigkeit des Verwertungsprozesses aufrecht zu erhalten (Böttcher 2011). Auch wenn Rüstungsgüter nur einen geringen Anteil am deutschen Gesamtexport ausmachen, so sind der Anstieg des Waffenexports und die potenzielle sowie immer häufiger zu sehende, tatsächliche Zerstörungskraft von Rüstungsgütern so groß, dass die im Mai 2011 gestartete Kampagne zwingend erforderlich wurde. Die Empfindsamkeit für das Leid, das diese Waffen anrichten, muss sich mit analytischen Fragen nach der Funktion dieser Waffen in den gegenwärtigen politisch-ökonomischen Konstellationen verbinden, der ‚Aufschrei‘ also zum Nachdenken führen. Die

aufgezeigten Thesen sollen die oft in Kampagnen im Schatten stehende systemische Kritik in den Vordergrund stellen und zur Diskussion anregen.

Eine Kampagne lebt aber auch von ihrer Handlungsorientierung. Und jeder Waffenexport, der wegen dieser Kampagne erschwert oder gar verhindert wird, ist humanitäre Pflicht, auch wenn er das System nicht verändert. Um also den Export von Rüstungsgütern und seine menschenverachtenden Folgen zu minimieren, haben sich zahlreiche Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung und entwicklungspolitischen ‚Szene‘ in der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zusammengeschlossen. Die Ziele der Kampagne wurden im letzten Netztelegramm (Kloos 2011) bereits vorgestellt. Das Ökumenische Netz unterstützt die Kampagne in ihrem Anliegen, den Opfern dieser globalen Prozesse eine Stimme zu geben. Zum Beispiel war Emanuel Matondo aus Angola am 6. März 2012 in Koblenz zu Gast, der über die Auswirkungen deutscher Waffen im südlichen Afrika berichtete. Zudem sollen eine Unterschriftenaktion (auch online unter www.aufschrei-waffenhandel.de) zu einer Grundgesetzänderung, Mahnwachen und andere Aktivitäten zukünftige Exporte so schwierig wie möglich machen, um damit Menschen vor den zerstörerischen Auswirkungen von Waffen zu schützen. Dass solche Kampagnen Erfolg haben können, zeigen das Verbot von Antipersonenminen (www.landmine.de) oder der Rückzug der Deutschen Bank aus dem Geschäft mit Streumunition auf Druck von urgewald und Facing Finance (Happe 2011).

Im Ökumenischen Netz geht es uns darum, nach Wegen zu suchen, ‚das Ganze‘ zu verändern. ‚Das Ganze‘ ist nicht weniger als die Unterwerfung der Gesellschaft unter die Irrationalität der kapitalistischen Warenproduktion und deren Absicherung durch die sichtbare Gewalt des Militärs. An letzterem wird besonders deutlich, dass der kapitalistische Verwertungsprozess ‚über Leichen geht‘. Jede Waffe, die nicht verkauft und eingesetzt wird, ist ein humanitärer Erfolg. Aber es muss deutlich werden: Es geht um noch mehr.

Literatur/Quellen

- BAFA 2011**, <http://www.bafa.de/ausfuhrkontrolle/de/arbeitshilfen/merkblaetter/kurzdarstellung.pdf> (19.1.12), S. 18.
- Böttcher 2010**: Die Krise verstehen, http://www.oekumenisches-netz.de/Die_Krise_verstehen_Bonn_10.pdf (19.1.12).
- Böttcher 2011**: Die Bundeswehr greift an, in: Netztelegramm März 2011, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, S. 2-4.
- DAKS 2004**: Im Visier: Heckler & Koch, hrsg. v. Deutschen Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS).
- Dubrow/Piper**: Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien <http://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf-dokumente/R%C3%BCstungslieferungen-deutscher-Firmen-an-Saudi-Arabien.pdf> (15.12.11).
- Ferenschild 2010**: Abschnitt aus einem Vortrag von Dr. Sabine Ferenschild mit dem Titel „Die Krise der Wirtschaft verstehen“ am 15.9.2010 in Wittlich.
- Ferenschild 2011**: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24_Jede_geht_warum_nicht_Du_Arbeitsmigration_westafrikanischer_Frauen.pdf
- Friedrich/Matondo 2011**: Waffenexporte ins südliche Afrika. Ein Geschäft mit dem Tod, connection e.V., Offenbach.
- Friedrichs/Hildebrandt 2011**: Leo geht in die Wüste. Der Panzerdeal nimmt Form an, <http://www.zeit.de/2011/50/Panzer-Leopard> (16.12.11)
- German Foreign Policy 2011**: Von nationaler Bedeutung. Eine Studie des IG Metall-Vorstands über den „militärischen Schiffbau“ führt zu energischen Protesten, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58160> (29.9.2011).
- GKKE 2010**: Rüstungsexportbericht der GKKE 2010 (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB_2010_fuer_Presse.pdf (16.12.11).
- GKKE 2011**: Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB_2011_fuer_Presse.pdf (16.12.11).
- Grässlin 2009**: „Volle Auftragsbücher“ und eine „starke Nachfrage“. Kriegsprofiteure in Zeiten der Wirtschaftskrise, in: Friedensforum. Zeitschrift der Friedensbewegung 5/2009, S. 17-19.
- Grebe 2011**: Vortrag/Aussagen von BICC-Vertreter Jan Grebe auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/ruestungsexporteur_deutschland_Grebe.pdf (16.12.11).
- Heckler & Koch 2011**: Erfolgreiches Geschäftsjahr 2010, <http://www.heckler-koch.com/de/unternehmen/news/detail/article/erfolgreiches-geschaeftsjahr-2010.html> (16.12.11)
- Heinz 2011**: Die Aussichten bleiben düster. Düstere Aussichten für den schwarzen Kontinent: Kriminalität und Gewalt hemmen die Entwicklung in Afrika, in: Paulinus. Wochenzeitung im Bistum Trier, Nr. 31, 31. Juli 2011, S. 1.
- HIK 2010**: Conflict Barometer 2010, http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2010.pdf (9.1.2012).
- Kloos 2011**: Ökumenisches Netz unterstützt Rüstungsexportkampagne, in: Netztelegramm Oktober 2011, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, S. 4.
- Konicz 2012**: Europa in der Krise, <http://www.jungewelt.de/2012/01-14/026.php> (9.2.12).
- Kurz 2006**: Marx lesen! Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt a.M.
- Lohoff 1999**: Das siebte Leben der Marktwirtschaft. Staatszerfall und neue Weltordnung, in iz3w Juli1999, S. 18-20.
- Moltmann 2011**: Im Dunkeln ist gut munkeln. Oder: Die Not mit der Transparenz in der deutschen Rüstungsexportpolitik, HSK Standpunkte 1/2011. (http://www.hsfk.de/Publikationen.9.0.html?&no_cache=1&detail=4238&no_cache=0&cHash=fc225297fb, 19.1.2012).
- Monroy 2012**: EU will mehr Drohnen gegen Migranten einsetzen, <http://www.jungewelt.de/2012/01-14/026.php> (9.2.12).
- ORL 2011**: Zum Hintergrund der von Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes und der Entstehung des Kriegswaffenkontrollgesetzes bzw. des Außenwirtschaftsgesetzes, http://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf-dokumente/Brosch%C3%BCre_Hintergrund_26_Abs_2_GG_Oktober_2011_.pdf (16.12.11)
- Schrep 2010**: „Wir beliefern nur die Guten“, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,709123,00.html> (27.7.2010).
- Spiegel 2012**: Waffenumsätze steigen auf 411 Milliarden Dollar, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,817728,00.html> (3.3.12).
- Süddeutsche 2011**: Die Welt rüstet auf. Das Geschäft mit den Waffen, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/das-geschaeft-mit-den-waffen-die-welt-ruestet-auf-1.1062888> (25.8.11).
- Thiels 2011**: Verteidigungsminister verhandelt über Streichliste. Rüstungsindustrie erwartet Unterstützung, <http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehrruestung100-mobil.html> (17.12.11)
- UNHCR 2011**: Global Trends 2010, http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/UNHCR_GLOBAL_TRENDS_2010.pdf (16.12.11).
- Happe 2011**: Deutsche Bank reagiert auf Druck. Rückzug aus Geschäft mit Streumunition, <http://urgewald.org/presse/deutsche-bank-reagiert-auf-druck-r%C3%BCckzug-aus-gesch%C3%A4ft-mit-streumunition-0> (17.12.11).
- Warnken 2011**: Vortrag/Aussagen des Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Claus Warnken, auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/deutsche_ruestungsexportpolitik_Warnken.pdf (19.1.12).
- Zumach 2010**: Rohstoffkriege. Die Kriege der Zukunft, in pax christi Zeitschrift (Bistum Limburg), http://www.pax-christi.de/uploads/media/pcz_4_2010.pdf (15.12.11), S. 1-2.

6. Eine Beobachtung zur ethischen Debatte über Rüstungsexporte

Ottfried Nassauer | Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit – BITS

Deutschen Rüstungsexportkritikern wird gelegentlich die Frage gestellt, welche Rüstungsexporte sie für legitim halten. Die deutsche Politik sei doch bereits viel restriktiver als die anderer Länder. Auf den ersten Blick eine harmlose Frage mit vielen möglichen Antworten. In andere NATO-Länder? An die Partner in der EU? An friedliebende Nationen mit hohen Menschenrechtsstandards? Mit diesen Antworten würde sich der Fragesteller vermutlich zufrieden geben. Er würde allerdings diskutieren wollen, ob nicht noch weitere legitime Empfänger deutscher Rüstungsgüter existieren. „Wo liegt die Grenze zwischen ethisch legitimen und illegitimen Rüstungsexporten.“ So lautet seine eigentliche Frage.

Dass diese Ausgangsfrage einseitig und ein bisschen hinterhältig ist, merkt nur, wer sich fragt, ob die ethische richtige Antwort nicht „keine“ lauten müsste. Wer so antwortet, muss damit rechnen, von seinem Gegenüber als realitätsfremder Idealist gebrandmarkt zu werden, der keine tagespolitisch taugliche Antwort zu geben vermag. Oder er muss masochistisch genug veranlagt sein, um sich auf ein Frage- und Antwortspiel einzulassen, das an die typischen Kriegsdienstverweigerungsverhandlungen der 60er oder 70er Jahre erinnert: „Wie? Sie wollen aus ethischen Gründen nicht töten? Niemals? Was machen Sie denn, wenn Ihre Freundin vergewaltigt werden soll? Würden Sie sie nicht verteidigen? - „Wie? Sie lehnen alle Rüstungsexporte ab? Soll Deutschland sich etwa weigern, selbst Partnerstaaten zu helfen, damit diese sich verteidigen und ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol garantieren können?“

Die Art der Fragestellung kehrt die Beweislast um. Nicht der, der das ethisch Fragwürdige tun und Waffen exportieren oder sogar an solchen Exporten verdienen will, muss seine Position ethisch begründen, sondern der, der ein solches Handeln ablehnt. Schon dadurch wird die Diskussion und deren Ergebnis präjudiziert.

Das gilt nicht nur für die Diskussion über Rüstungsexporte. Auch wenn über die Legitimität von Interventionen, also Kriegen, diskutiert wird, gibt es solche Fragen: „Wann halten Sie denn ein offensives militärisches Eingreifen für legitim?“ Antwortet man mit der UN-Charta „nie“, so ist man erneut der weltfremde Idealist oder muss sich immer häufiger mit dem Argument der Schutzverantwortung auseinandersetzen, der Responsibility to Protect (R2P). „Menschen, die unter einem die Menschenrechte verletzenden Regime leiden, müssen doch durch die internationale Gemeinschaft geschützt werden – im Extremfall auch mit militärischen Mittel. Sei es, dass man die Opposition bewaffnen oder sei es, dass man militärisch Eingreifen muss. Nichts zu tun, verbietet sich doch aus ethischen Gründen.“

Ob Rüstungsexporte, Interventionen oder Kriegsdienstverweigerung – in allen drei Fällen beginnt die Frage nach der ethischen Zulässigkeit meist bei einer aktuellen „tagespolitischen“ Problemstellung und setzt deren konkretes situatives Umfeld voraus. Es geht also um die ethische Rechtfertigung dessen, was der Fragesteller für richtig hält und tun will. Nicht um die Frage, ob das, was er tun will, ethisch überhaupt vertretbar ist. Das umgekehrte Vorgehen ist dagegen angebracht: Zunächst muss die Frage beantwortet werden, ob Töten, ein Krieg oder Rüstungsexporte überhaupt legitim sein können und dann kann gefragt werden, ob und ggfls. unter welchen Bedingungen dies für ein konkretes Exportvorhaben eine Legitimation darstellen kann.

7. „Den Opfern Stimme geben, den Tätern Name und Gesicht“

Gespräch mit Christine Hoffmann über Waffenhandel und den politischen Streit um Rüstungsexporte

(Erschienen in: Amosinternational, Heft 2 Jahrgang 2012)

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur. Doch welche Unternehmen sind daran beteiligt? Wer ist für die Kontrolle und Begrenzung verantwortlich? Wie stehen die politischen Parteien zum Rüstungsexport? Was ist die Position der Kirchen? Kann Waffengewalt überhaupt ein legitimes Mittel sein im Einsatz für Menschenrechte und Demokratie? Wer sind die Profiteure, wer die Leidtragenden beim Geschäft mit Rüstungsgütern? Wie realistisch ist es andererseits, auf ein umfassendes Verbot des Waffenhandels zu setzen? Wie viele Arbeitsplätze wären gefährdet, wenn Entwicklung, Produktion und Verkauf von Rüstungsgütern radikal eingeschränkt würden? Anhand dieser und weiterer Fragen lotet Christine Hoffmann, Generalsekretärin von Pax Christi, Wege aus, auf denen eine Zukunft ohne Waffenhandel erreicht werden könnte. Eine Zukunft, in der die Produktion ziviler Güter die Rüstungsproduktion ersetzt, in der humanitäre Ziele mit gewaltfreien Mitteln statt mit Militäreinsätzen verfolgt werden.

Amosinternational Muss man den guten Ruf, den Deutschland heute als friedliebendes Land genießt, relativieren beim Blick auf die Rüstungsexporte?

Christine Hoffmann Jedenfalls müssen wir sehen, dass Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur ist, nach den USA und Russland. Leider gebührt Deutschland auch der zweifelhafte Titel „EU-Meister im Rüstungsexport“, gefolgt von Großbritannien und Frankreich. Zwar vertritt Deutschland offiziell eine vergleichsweise restriktive Philosophie des Rüstungsexports. Die tatsächlichen Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache.

Amosinternational Welche Waffen kommen denn vor allem aus Deutschland und welche Konzerne sind da besonders stark engagiert?

Hoffmann Deutschland liefert Panzer, U-Boote, Flugzeuge, LKW's, auch Einzelteile wie Panzerketten, die erst später in das entsprechende Endprodukt integriert werden. Viele einzelne Komponenten sind nicht direkt als Rüstungsgüter erkennbar. Häufig handelt es sich auch um sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl zivile als auch militärische Verwendung finden können. Manche Exportgüter, die problemlos zu sein scheinen, werden erst im Ausland zu Kriegsgerät zusammengefügt und dann entsprechend eingesetzt. Verwendung auch im militärischen Bereich finden zahlreiche Güter aus dem Bereiche der Kommunikationstechnologie, Navigationssysteme wie das bekannte GPS, moderne Luftfahrt- und Schifffahrtstechnik usw. Dazu gehören auch Motorenteile, Antriebstechniken, bis zu Schrauben, einfachen Computerprogrammen oder technischen Kleinstteilen, die Verwendung finden bei der Herstellung funktionsfähiger Waffensysteme, die – das muss man sich immer vor Augen halten – den Zweck haben Menschen zu töten. Die Rüstungsexportkontrolle stellt das vor praktische und vor konzeptionelle Herausforderungen.

Amosinternational Deutschland als drittgrößter Rüstungsexporteur: Sind denn dabei die neutralen Produkte, die genauso gut für zivile Zwecke verwendbar sind, eingerechnet?

Hoffmann Grundlage für dieses Ranking sind die sogenannten SIPRI-Zahlen des renommierten des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, die die Zahlen heranziehen, die Deutschland an das UN-Waffenregister meldet. Dual Use sind weder bei den SIPRI Zahlen noch bei den anderen Instituten wie US Congressional Research Center oder beim Statistischen Bundesamt enthalten.

Amosinternational Tauchen in diesen Exportlisten auch weithin geächtete Waffen wie Streubomben und Landminen auf, die dort, wo sie eingesetzt werden, zu einer furchtbaren Geißel für die Zivilbevölkerung werden?

Hoffmann Nein, das ist nicht der Fall. Deutschland hat sowohl ein Abkommen gegen Landminen, als auch das Abkommen gegen Streumunition mit unterzeichnet. Solche Waffen dürfen hier nicht produziert werden. Das kann uns jedoch nicht beruhigen. Denn deutsche Finanzunternehmen sind weiterhin an der Finanzierung von Streumunition beteiligt.

Amosinternational Können Sie da konkrete Namen nennen? Welche Finanzinstitute sind das und welche Unternehmen beteiligen sich direkt an der Rüstungsproduktion?

Hoffmann

Bei der Produktion von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sind einige sehr renommierte Konzerne ganz groß im Geschäft: So sollte man bei der *Daimler AG* nicht nur an den Mercedes denken, sondern an die Beteiligungen bei *EADS*, dem großen europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen, das gleichzeitig Europas zweitgrößter Rüstungskonzern ist. *ThyssenKrupp Marine System* bezeichnet sich selbst als weltweit führend in der maritimen Industrie. Wer denkt da schon als erstes an U-Boote, an große Waffensysteme und moderne Kriegsführung. Bei *Rheinmetall*, *Heckler und Koch*, oder *Krauss Maffei Wegmann* ist das schon etwas anderes. Sie sind allgemein als Waffenproduzenten bekannt, die Größenordnung und die weltweite Verbreitung ihrer tödlichen Produkte dürften weniger bekannt sein. *Krauss-Maffei Wegmann* und *Rheinmetall* produzieren neben vielem anderen wesentliche Teile des Leopard Panzer, den Saudi-Arabien kaufen möchte.

Amosinternational Und welche Finanzunternehmen können Sie nennen?

Hoffmann Die Deutsche Bank war trotz Ächtung finanziell beteiligt bei Streubombenherstellern. Die NGO „Facing Finance“ hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bank trotz ihrer Ankündigung, aus der Finanzierung von Streumunition auszusteigen, weiter Kredite an Streumunitionshersteller vergibt und Anteile an Firmen hält, die Streumunition herstellen. Ob das ganz aktuell noch der Fall ist, kann ich nicht sicher sagen. Interessant ist ja auch die Frage, wer bei der Produktion von Atombomben beteiligt ist. Auch da taucht bei den Finanziers ein vertrauter Name auf: der Allianz-Konzern, den wir eher als großes Versicherungsunternehmen kennen. Laut einer Studie, die die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen „I CAN“ gemeinsam mit der holländische Forschungsgruppe PROFUNDO herausgegeben hat, hält die Allianz Aktien im Wert von 104,77 Millionen US-Dollar (4,45 Prozent) an Alliant Techsystem, einem US-Unternehmen, das an der Herstellung atomarer Raketen beteiligt ist. Gerade Versicherungskonzerne, die über riesige Geldmengen verfügen, sind ständig auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Privatkunden, die sich eigentlich nur versichern wollen, sind da sehr schnell mit hinein gezogen ohne es zu wissen.

Amosinternational Wie kann man sich dagegen wehren?

Hoffmann Da sind wir alle als kritische Konsumenten gefragt. Die Friedensbewegung stellt mit der erwähnten Studie „Don't bank the bomb“ Informationen zur Verfügung. Wer will kann sich informieren und hat so eine bessere Entscheidungsgrundlage. Wenn viele sich kritisch äußern kann sich etwas ändern. Die Diskussion über nachhaltige Geldanlagen, über nachhaltiges Investment gibt es ja, auch in den Kirchen. Das muss weiter gehen, muss mehr Öffentlichkeit erlangen. Wir sollten uns dafür interessieren, was mit unserem Geld gemacht wird. Der lautstarke Protest fehlt auch in Bezug auf die Situation in Afghanistan. Dort ist die Bundeswehr seit 10 Jahren am Krieg beteiligt. Wir sollten uns von der Illusion verabschieden, dass Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz nicht töten, oder dass die in Deutschland produzierten Waffen dem Frieden dienen. Waffen haben eindeutig den Zweck zu töten.

Amosinternational Muss man da nicht doch unterscheiden zwischen Terrorismus, Völkermord, gewaltsamer Unterdrückung von Demokratiebewegungen einerseits und den militärischen Interventionen zum Schutz von Menschenrechten, zur Verhinderung massenhaften Mordens? Oder halten Sie es nicht für möglich, humanitäre Ziele notfalls auch mit Waffengewalt zu verfolgen?

Hoffmann Schon vor dreißig Jahren hat pax christi eine Kampagne mit dem Titel „Produzieren für das Leben“ gemacht, insofern ist die Zielrichtung klar: Wir sollten den Krieg insgesamt ächten und die Rüstungsproduktion insgesamt einstellen. Im Moment geht es um den notwendigen ersten Schritt zum Umsteuern. Oft wird davon geredet, dass Waffen nur nicht in die falschen Hände geraten dürften. Doch welche Hände wären denn die richtigen, in die die Waffen gelangen sollten? Gibt es richtige Hände für den Einsatz von Waffen? Es muss endlich ehrlich evaluiert werden, ob die sogenannten humanitären Einsätze wirklich die Menschenrechte schützen. Der Einsatz in Afghanistan zeigt, wie dieser Weg Zehntausende von Opfer mit sich gebracht hat, ohne dass er zum Ziel führt. Über die vielen Menschen, vor allem aus der Zivilbevölkerung, die sterben mussten bei diesem endlosen Militäreinsatz, der einem humanitären Ziel dienen soll, wird viel zu wenig gesprochen. Darüber nachzudenken ist auch unsere Aufgabe in den Kirchen.

Amosinternational Die internationale Politik scheint die Kriterien für Militäreinsätze jedenfalls etwas anders zu definieren.

Hoffmann Auch in der deutschen Politik gibt es mittlerweile eine erschreckende Tendenz, den Militäreinsatz als ein politisches Mittel unter anderen anzusehen. Die Veränderung der Bundeswehr hin zu einer „Armee im Einsatz“ folgt einer Denkart, die sich von Krieg als äußerstem Mittel im Sinne einer *ultima ratioweit entfernt hat*. Stattdessen geht es hin zum Einsatz von Militär immer dann und überall dort, wo das nach Abwägung der Argumente politisch opportun erscheint. Dafür sehe ich in der Bevölkerung keine Zustimmung und wir sind selbst gefragt, die Politik zu bremsen. Nicht nur bei der Wahl alle vier Jahre auch durch Engagement und den Dialog mit unseren Abgeordneten.

Amosinternational. Hinzu kommt, dass die Grenzen dessen, was sich hinter dem Begriff „Militäreinsatz“ verbirgt, zunehmend verschwimmen. Müsste man nicht auch da genauer hinschauen?

Hoffmann Das ist richtig. Nehmen Sie nur den Drohnenkrieg in Afghanistan. Soldaten sitzen in den USA und steuern von dort aus die Einsätze in Afghanistan. Sie haben keinen direkten Kontakt mehr zu

dem, was sie mit den Drohnenangriffen vor Ort anrichten. In Afghanistan und auch jenseits der Grenze zu Pakistan sind Drohnenangriffe inzwischen tägliche Realität. Diese Einsätze gelten als zielsicher. Doch der sogenannte Kollateralschaden ist und bleibt Realität - auch dieser Kriegsführung. So kommen laut Experten bei einem Angriff auf eine Zielperson 17 unbeteiligte Zivilisten ums Leben. Da stellt sich die Frage nach dem Schutz der Menschenrechte doch ganz neu und da wird vieles schön geredet.

Amosinternational Kommen wir noch einmal auf die deutschen Rüstungsexportgeschäfte zurück. In diesem Bereich scheint das Schönreden ja ebenfalls dazu zu gehören. Wie anders ließe sich die Diskrepanz erklären zwischen den restriktiven gesetzlichen Regeln einerseits und der Rüstungsexportrichtlinie der Bundesregierung mit ihrer sehr pauschalen Formulierung von Ausnahmemöglichkeiten und deren extensive Nutzung andererseits?

Hoffmann Wir haben es zurzeit beim Rüstungsexport mit politischen Leitlinien zu tun, nicht mit restriktiven gesetzlichen Regelungen. Zudem fehlt jede Transparenz, das Parlament erhält nicht mehr Informationen als die Öffentlichkeit. Nehmen Sie den Konflikt um die Lieferung von Leopard 2-Panzern nach Saudi-Arabien. Was wir wissen, wissen wir aus der Presse. Wir gehen davon aus, dass der Bundessicherheitsrat eine entsprechende Voranfrage genehmigt hat. Die Bundesregierung dementiert das nicht, sie informiert aber auch nicht, sie beharrt auf Geheimhaltung. Man kann also davon ausgehen, dass grünes Licht gegeben wurde. Nun ist Saudi-Arabien ein Land, das im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung von 2009 nicht gut wegkommt: Es gibt Menschenrechtsverletzungen in vielen Bereichen; es gibt die Todesstrafe; die Opposition und die Meinungsfreiheit sind stark eingeschränkt usw. Die Bundesregierung hat bei der Exportgenehmigung offenbar nach ganz anderen Kriterien entschieden, in erster Linie wohl nach regionalen Stabilitätsinteressen. Es gilt letztlich der Grundsatz der politischen Einzelfallentscheidung.

Amosinternational Sind die angeführten Stabilitätsinteressen denn in diesem Fall nachvollziehbar?

Hoffmann Nicht wirklich. Um welche Stabilität soll es da gehen? Stabilität ist kein Wert an sich, sondern dient der Gewährleistung menschlicher Sicherheit. Aber wo Menschenrechte verletzt werden sind Menschen nicht sicher. Welches andere Land könnte es auf diesem Hintergrund überhaupt noch geben, dem Deutschland die politische Genehmigung zur Waffenlieferung verweigern kann, wenn Panzer nach Saudi-Arabien gehen? All diese Fragen müssten dringend in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Amosinternational Bei der ebenfalls geplanten Lieferung von weiteren U-Booten an Israel sehen Sie wegen der besonderen Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel keine Probleme?

Hoffmann Die besonderen Sicherheitsbedürfnissen Israels stehen nicht zur Debatte. Aber Israel ist ein robust auftretender Akteur im Nahostkonflikt. Erinnern sie sich an den Krieg im Gazastreifen vor drei Jahren und an die aktuellen Drohgebärden gegenüber dem Iran. Einen solchen Konflikt durch Waffenlieferungen anzuheizen, ganz gleich an welches Land, ist hoch problematisch. Daher stehe ich auch sehr kritisch zu den U-Boot-Lieferungen an Israel. Bei den zur Diskussion stehenden U-Booten kommt hinzu: Es ist unklar, ob sie nicht umgerüstet und mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet werden können. Nimmt Deutschland wissentlich hin, dass seine U-Boote für Atomsprengköpfe nachgerüstet werden? Auch das gehört in die politische Diskussion.

Amosinternational Zur Meinungsbildung und Vorbereitung politischer Entscheidungen tragen bei uns besonders die Parteien bei. Das ist jedenfalls ihre Hauptaufgabe. Gibt es denn unter den parlamentarisch vertretenen Parteien die Position, jeglichen Rüstungsexport in Krisen- und Konfliktregionen oder in nichtdemokratische autoritäre Staaten rigoros abzulehnen?

Hoffmann Von den im Deutschen Bundestag vertreten Parteien lehnt *Die Linke* zurzeit jeden Waffenexport ab. Das ist eine klare aber im Kontext bestehender europäischer Verpflichtungen schwer haltbare Position. CDU/CSU, FDP, Die Grünen und die SPD sind oder waren allesamt mehr oder weniger häufig beteiligt am Bundessicherheitsrat und dessen Entscheidungen zur Genehmigung von Rüstungsexporten. Manchmal kommt es mir vor als stünden wir einer Allparteienkoalition der Rüstungsexporteure gegenüber, in die sich alle einreihen, sobald sie einmal an der Regierung beteiligt waren. SPD und Grüne haben im Jahre 2000 die auch heute noch geltenden „Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ entwickelt. Das ist ein Verdienst. Aber auch unter Rot/Grün und in der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD sind Entscheidungen gefallen, die diese Grundsätze konterkarieren.

Amosinternational Und anders als bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt es bei den Entscheidungen des Bundessicherheitsrates zu Rüstungsexporten keinerlei parlamentarische Kontrolle.

Hoffmann So ist es. Es gibt nicht einmal eine Information des Bundessicherheitsrates an das Parlament geschweige denn an den Souverän, die Bevölkerung, mit welchen Argumenten Lieferungen wie bspw. die Lizenz zum Bau des G36 Gewehrs von Heckler& Koch, einem der tödlichsten Gewehre der Welt an Saudi-Arabien begründet wird. Diese Fabrik steht mittlerweile und wirbt auf Rüstungsmessen für diese Waffe. Das Parlament ist an den Entscheidung über Rüstungsexporte in keiner Weise beteiligt. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Die meisten Entscheidungen werden in einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde abgewickelt. Nur wenn's ganz heikel erscheint wird ein Antrag hochgereicht und ein kleines Gremium – der Bundessicherheitsrat - trifft diese weit reichenden Entscheidungen unter Geheimhaltung.

Amosinternational Und wer ist Mitglied dieses Gremiums?

Hoffmann Der Bundessicherheitsrat hat neun reguläre Mitglieder: die Bundeskanzlerin, den Kanzleramtsminister, die Bundesminister des Auswärtigen, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Entscheidungen werden mehrheitlich getroffen. So hat denn auch die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul gelegentlich erkennen lassen, dass sie nicht mit allen Entscheidungen glücklich ist, die während ihrer Amtszeit hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Heute unterstützt sie unsere Kampagne.

Amosinternational Da halten Sie es vermutlich für längst überfällig, dass diese Türen geöffnet werden?

Hoffmann Ja, unbedingt. Jeder Schritt hin zu mehr Transparenz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings genügen geöffnete Türen nicht. Mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel“! setzen wir uns dafür ein, dass im Grundgesetz in Artikel 26.2 eine Klarstellung erfolgt, dass Rüstungsexporte grundsätzlich verboten sind und Näheres in einem Rüstungsexport-

gesetz geregelt wird. Dieses Gesetz muss Strafverfolgung ermöglichen, Lizenzvergabe und Hermes-Bürgschaften für Waffenhandel verbieten und viele weitere Fragen regeln.

Amosinternational Bei der Kampagne sind verschiedene christliche Gruppierungen stark engagiert. Finden die auch Unterstützung bei den Parteien, die das C im Namen tragen?

Hoffmann Es gib auch in der CDU Abgeordnete, die beim Thema Rüstungsexporte kritisch sind. Aber sie sind zurzeit klar in der Minderheit . In den Bundestagsdebatten im vergangenen Jahr hat sich auch der Dortmunder CDU-Abgeordnete Erich Fritz kritisch zur bestehenden Exportpraxis geäußert. Für *pax christi* sind solche Politiker aus dem christlichen Kontext – in allen demokratischen Parteien - wichtige Ansprechpartner. Denn wir brauchen Mehrheiten um die jetzige Politik zu verändern, Mehrheiten in allen Parteien nicht nur in der CDU. Wir brauchen Politiker, die nicht schweigen, wenn friedensethisch immer wieder die rote Linie überschritten wird.

Amosinternational Nicht nur viele Politiker sind bei diesem Thema erstaunlich wenig interessiert, auch die Öffentlichkeit scheint gegenüber den kritischen Stimmen eher schwerhörig zu sein. Sie haben die Kampagne, für die Sie zum Sprecherkreis gehören, wohl nicht von ungefähr „Aktion Aufschrei“ genannt. Das klingt nach höchster Dringlichkeitsstufe. Können sie diese Aktion einmal kurz vorstellen?

Hoffmann Gestartet haben wir die Kampagne, deren Ziel es ist, den Waffenhandel zu stoppen, am 6. Mai 2011. Unsere Strategie lautet: den Opfern Stimme, den Tätern Namen und Gesicht.

Amosinternational Den Opfern Stimme geben, den Tätern Name und Gesicht – wie wollen Sie das machen?

Hoffmann Wir setzen dabei auf Menschen aus Ländern, in die deutsche Waffen geliefert wurden. Wir laden sie ein zu berichten, welche Wirkung das in ihren Ländern hat. Wir haben z.B. Opferzeugen aus Afrika eingeladen, die die Lage dort schildern, die etwas dazu sagen können, wie sehr den Menschen die Ressourcen, die Finanzmittel fehlen, die durch den Kauf von Rüstungsgütern in unvorstellbarem Ausmaß gebunden sind. Emanuel Matondo, ein Journalist und Kriegsdienstverweigerer aus Angola hat bereits viele Informationsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne gemacht und über die Bedeutung von Waffenlieferungen nach Angola berichtet. Angola braucht keine Waffen und keine deutschen Fregatten, Angola braucht Entwicklung.

Amosinternational Sie haben es allerdings mit einer starken Gegenmacht zu tun, der Rüstungslobby. Oder sehen Sie das anders?

Hoffmann Die Rüstungsindustrie hat eine der stärksten Lobbys in Deutschland und Europa. Klar ist das eine große Herausforderung. Man kann sich da schon vorkommen wie im Kampf des David gegen Goliath. Wir wissen aber auch, dass David gewinnen kann. Uns bleibt als überzeugten Demokraten nichts anderes, als mit den Mitteln der Aufklärung, der Information und Argumentation für unsere Ziele zu kämpfen. Wir werden bis zur Bundestagswahl bei möglichst vielen Menschen ein Bewusstsein und Sensibilität dafür schaffen, was deutsche Waffen in anderen Ländern anrichten, schon indem sie beim Kauf Unmengen an Geld verschlingen, und erst recht, wenn sie eingesetzt werden. Niemand soll sich mit Unwissenheit herausreden können. Viele werden ihre Abgeordneten zur Rede stellen.

Amosinternational Wie müsste denn nun ihrer Meinung nach die Gesetzeslage genau aussehen, damit die offensichtlichen Schlupflöcher für den Rüstungsexport geschlossen werden? Muss das Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 2 um ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten ergänzt werden, wie das manche Friedensaktivisten fordern?

Hoffmann Ja, wie gesagt, *pax christi* sammelt zusammen mit anderen Trägern der „Aktion Aufschrei“ Unterschriften für eine Klarstellung in Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes. In Artikel 26 Abs. 2 GG ist bereits jetzt festgeschrieben, dass zur Kriegsführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden dürfen. Ergänzend heißt es: Näheres regelt ein Bundesgesetz. Daraus sind vor mehr als 50 Jahren, Franz-Josef Strauss war damals Verteidigungsminister, in der Praxis statt ein schließlich zwei Bundesgesetze geworden: das Kriegswaffenkontrollgesetz, das deutlich definiert, was Kriegswaffen sind und daher nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden darf. Für diese Waffen ist demnach selbst dann eine Genehmigung der Regierung erforderlich, wenn sie von einem Firmengelände zum Hafen transportiert werden sollen. Hier gilt: nichts geht ohne ausdrückliche Genehmigung. Dann kam damals jedoch der „Sündenfall“ mit dem zweiten Gesetz, dem Außenwirtschaftsgesetz, das gilt sobald ein Produkt den deutschen Hafen verlassen hat. Der Trick liegt darin, dass nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz all das verboten ist, was nicht ausdrücklich genehmigt wurde. Das Außenwirtschaftsgesetz dagegen erlaubt alles, was nicht ausdrücklich verboten ist. Diese zweite Regel erweist sich jedoch beim Rüstungsexport als verheerend. Viele Dual-Use-Güter, chemische Substanzen, neue technische Entwicklungen und zahlreiche andere Produkte sind längst außer Landes gebracht, bevor ihr Zweck einer militärischen Verwendung erkannt wird. Da könnte allein die Verpflichtung zur Genehmigung Abhilfe schaffen.

Amosinternational Ausnahmen vom grundsätzlichen Exportverbot könnte es dann immer noch geben?

Hoffmann Ja, aber eben nur gesetzlich festgeschriebene, das heißt demokratisch legitimierte Ausnahmen. Man könnte die Ausfuhr z. B. auf EU-Länder oder EU- und NATO-Mitglieder einschränken. Die Hintertür über den Bundessicherheitsrat und dessen nichtöffentliche Entscheidungen wäre verschlossen.

Amosinternational Wie wollen Sie bei diesem Vorhaben den zu erwartenden Widerstand der Rüstungslobby überwinden?

Hoffmann Auf demokratischem Weg. Laut einer Emnid-Umfrage aus dem vergangenen Herbst ist die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen jede Art von Rüstungsexporten. Wir wissen um die Stärke der Lobbyisten, die sich zum Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zusammengenommen haben. An der Spitze des Verbandes agiert zurzeit Georg Wilhelm Adamowitsch, früher einmal als SPD-Politiker Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, als Geschäftsführer und Chef-Lobbyist. Er kennt das betreffende politische Geschäft.

Amosinternational Die Vertreter der Rüstungsindustrie werden eher mit der Wirtschaftskraft, der technischen Innovation, den Arbeitsplätzen argumentieren.

Hoffmann Um wie viele Arbeitsplätze geht es denn eigentlich? Vergleichsweise sind es doch nur sehr

wenige. Selbst der eigene Dachverband der Rüstungsindustrie spricht nur von 80.000 Arbeitsplätzen. Zum Vergleich: Allein die Einrichtungen des Caritasverbands haben deutschlandweit 500.000 Beschäftigte, die Diakonie noch einmal so viele. 80.000 in der Rüstungsindustrie – das sind 0,2 % der über 41 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland. Und wir wollen ja nicht, dass diese Arbeitsplätze wegfallen, wir fordern Konversion, die Umstellung von der Waffenproduktion auf die Produktion ziviler Güter. Ingenieure und andere hochqualifizierte Mitarbeiter werden zurzeit in Deutschland gesucht. Es gibt durchaus nachahmenswerte Beispiele für gelungene Konversion. Es geht um Alternativen, nicht um den Abbau von Arbeitsplätzen und Qualifikationen.

Amosinternational Die Frage wird sein, ob die Alternativen ähnlich hohe Gewinnspannen in Aussicht stellen, wie sie beim Rüstungsgeschäft erzielt werden.

Hoffmann Sicherlich spielt das eine wichtige Rolle. Wir sollten aber auch andere Motive nicht außer Acht lassen. Nicht nur die Konzerne, auch unser eigenes Militär, die Bundeswehr und die Sicherheitspolitik haben mächtige Interessen: Eine starke und exportkräftige Rüstungsindustrie treibt die Erforschung und Entwicklung neuer Waffensysteme voran, bietet der eigenen Armee Zugang zu modernster Ausrüstung und Bewaffnung auf höchstem Niveau. Steckt dahinter nicht eine Philosophie der Aufrüstung, die Vorstellung von einer bestens ausgerüsteten Bundeswehr, die sich irgendwo in der Welt im Einsatz befindet oder jedenfalls einsatzbereit ist?

Amosinternational Widerspricht das nicht ganz den aktuell geltenden Beschlüssen zur Abrüstung und speziell zur weiteren Verkleinerung der Bundeswehr?

Hoffmann Das Ziel einer Verkleinerung der Bundeswehr und das Selbstverständnis als bewegliche Armee im weltweiten Einsatz widersprechen sich nicht unbedingt. In jedem Fall aber widerspricht diese Philosophie der Erfahrung, dass Frieden ein Prozess ist, der nur durch Dialog, durch Versöhnung, durch gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung gefördert werden kann. Es ist überfällig, einmal genau zu evaluieren, was die sogenannten humanitären Einsätze der vergangenen Jahre wirklich zum Schutz der Menschenrechte beigetragen haben. Solange die Bundesregierung den Afghanistaneinsatz nicht von unabhängigen Experten evaluieren lässt, muss man annehmen, dass sie selber Zweifel daran hat, mit dem ganzen Aufwand, mit den vielen Opfern überhaupt etwas zum Schutz der Menschenrechte beigetragen zu haben. Die regierungseigenen sogenannten Fortschrittsberichte benennen viele richtige Fakten scheuen aber die fällige Bewertung, dass der Einsatz längst gescheitert ist.

Amosinternational Gehört zu den Leitlinien deutscher Außenpolitik denn nicht auch die Bündnistreue innerhalb der NATO, die Einbindung in die Sicherheitspolitik der EU und auch die angemessene Beteiligung an den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen?

Hoffmann Die Zukunft sehe ich nicht in der Sicherung von Staatsgrenzen sondern im Konzept der menschlichen Sicherheit, der Sicherheit der Individuen – aller Individuen weltweit. Um ein solches Sicherheitskonzept umzusetzen, bedarf es nicht der militärischen Sicherung Nationen und Bündnisgebieten; es bedarf vielmehr einer solidarischen Wirtschaftspolitik, eines gerechten Ausgleiches weltweit, es bedarf gemeinsamer Anstrengungen für den Klimaschutz, es bedarf der Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Millenniumsziele, es bedarf der Reduzierung von Hunger, der Bekämpfung von Krankheiten.

Amosinternational Kann die Verfolgung dieser Ziele, die vermutlich niemand bestreiten wird, nicht Hand in Hand gehen mit der Sicherheitspolitik und auch mit den humanitär begründeten Militäreinsätzen, wie sie von den genannten Bündnissen betrieben werden? Außerdem gibt es Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten.

Hoffmann Deutschland hat 1992 auf dem Erdgipfel von Rio mit vielen anderen Ländern zusammen versprochen, 0,7 Prozent der Staatsausgaben für die Entwicklungshilfe einzusetzen. Im vergangenen Jahr hat Deutschland 0,38 Prozent eingesetzt. Die europäischen Staaten haben sich jetzt geeinigt, sich für 2015 noch einmal höhere Ziele zu setzen, und da verspricht Deutschland, 0,56 Prozent zu erreichen. Was also das Thema Verpflichtungen und Verlässlichkeit angeht: Seit 1992 hält Deutschland die internationalen Verabredungen für den Bereich der Entwicklungspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht ein. Stattdessen investiert Deutschland massiv und anhaltend in den Afghanistaneinsatz – unter anderem. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat die Bundeswehr-Mission in den vergangenen zehn Jahren 17 Milliarden Euro gekostet. Das ist drei Mal so viel wie die von der Bundesregierung offiziell veranschlagten 5,5 Milliarden Euro. Diese Mittel können aber nur einmal eingesetzt werden, sie fehlen beim Einsatz für die o.g. Ziele. Es handelt sich um eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt dass der gesamte Entwicklungshilfeetat für 2012 trotz Steigerung nur 6,4 Mrd. Euro beträgt.

Amosinternational Trotzdem spricht das nicht dagegen, die eingegangenen Verpflichtungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch einzuhalten.

Hoffmann Deutschland war zu keiner Zeit verpflichtet, sich in Afghanistan militärisch zu engagieren. Die Bundesregierung unter Schröder hat sich damals geradezu aufgedrängt, bei der Afghanistan-Mission mitbeteiligt zu werden. Der Wunsch kam keineswegs von den USA. Die Bundesregierung wollte es unbedingt so. Das sollte man im Hinterkopf behalten.

Amosinternational Was wollen Sie gegen die „Vergesslichkeit“ der Bevölkerungsmehrheit und für mehr Öffentlichkeit zu Militäreinsätzen und Rüstungsexporten tun?

Hoffmann Ich sehe das nicht so pessimistisch. Dass wir schon einiges erreicht haben, zeigt z.B. eine Emnid-Umfrage, bei der sich 78 Prozent der Bevölkerung grundsätzlich gegen Rüstungsexporte ausgesprochen haben. Die Mehrheit will eindeutig nicht, dass Diktatoren mit Rüstungsgütern aus Deutschland aufgerüstet werden. Im Einzelnen gibt es noch viel Informationsbedarf. Dem versuchen wir mit unserer Kampagne nachzukommen. Wir wollen aufrütteln und wir erleben eine wachsende Resonanz. Wöchentlich bzw. inzwischen vierzehntägig schließen sich neue Gruppen dem Aktionsbündnis an. Zu den Trägern gehören nicht nur die bekannten Gruppen der Friedensbewegung, sondern auch die großen Hilfswerke wie Misericord und Brot für die Welt. Das hilft bei der Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit. Die schweigende Mehrheit, die gegen Rüstungsexporte ist, muss zu einer sprechenden Mehrheit werden.

Amosinternational Sehen Sie denn Chancen, auch die Basis, etwa die Kirchengemeinden vor Ort, mobilisieren zu können?

Hoffmann Der Diözesanrat der Katholiken in Aachen und sein Pendant in Trier sind Mitglied des Aktionsbündnisses, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auf Diözesanebene ist die Diskussion vielfach

geführt worden. Der Weg von dort bis in die Gemeinden ist manchmal weit. Das ist sehr unterschiedlich und es gibt sicher eine Menge zu tun in den nächsten Wochen und Monaten. Dabei ist es selbstverständlich nicht leicht, über Rüstungsexporte zu sprechen, es ist nie leicht über Krieg zu reden; die Menschen wollen sich lieber für etwas Positives engagieren. Uns geht es darum, bei allem positiven Engagement, zum Beispiel in der Eine-Welt-Bewegung, wachsam zu bleiben und zu verhindern, dass das Positive konterkariert oder zerstört wird durch die Auswirkungen des Waffenhandels. Wenn Deutschland mit der einen Hand Entwicklungshilfe leistet und mit der anderen Hand durch Waffenlieferungen den gleichen Ländern weit höhere Summen aus der Tasche zieht, dann stimmt etwas nicht. Diese Zusammenhänge müssen deutlich gemacht werden.

Amosinternational Die gesonderte, von anderen Fragen isolierte Behandlung der Rüstungsausgaben scheint ein stark verbreitetes Phänomen zu sein.

Hoffmann Ja, dieser Punkt steht im Zentrum unserer Kritik. Wie kann die Bundesrepublik deutschen Firmen den Verkauf von Rüstungsgütern für horrenden Summen an Länder genehmigen, die gleichzeitig und mit guten Gründen Entwicklungshilfe aus Deutschland beziehen? Es ist das Gleiche, was wir zurzeit auch in Europa sehen: Griechenland und Portugal haben völlig überdimensionierte Budgets für den Kauf von modernsten Rüstungsgütern. Sie kaufen diese nicht zuletzt in den europäischen Ländern, bei deutschen Firmen vor allem, die davon immens profitieren. Wenn man dann andererseits sieht, wie Griechenland gezwungen wird, im sozialen Bereich zu kürzen und wie die Gläubigerbanken Mitteln der öffentlichen Hand aus Deutschland und anderen Ländern erhalten, dann kann das nicht richtig sein.

Das Gespräch führte Richard Geisen

8. Pressemeldungen der Kampagne

26.02.2013 | Unsere Waffen töten

Kampagne gegen Rüstungsexporte stellt Pistolen-Skulptur mit entknotetem Lauf vor das Kanzleramt - Die Bundesregierung hat das Friedenssymbol der verknoteten Pistole nicht verdient, denn die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen: Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenhändler
Die Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ hat heute Morgen in Berlin der Bundesregierung für ihre zweifelhaften Verdienste im Rüstungsexport die Skulptur „Unsere Waffen töten“ verliehen. Sie stellt eine entknotete Replik des berühmten Friedenssymbols der verknoteten Pistole dar. 2005 hatte der schwedische Künstler Reuterswärd die „Non-Violence“ - Skulptur der Bundesregierung als Anerkennung für ihre Nichtbeteiligung am Irakkrieg geschenkt.

„Eine Pistole, deren Lauf verknotet ist, steht im Bundeskanzlergarten. Non-Violence steht darunter, Gewaltlosigkeit. Eine schöne Utopie, aber leider nicht die Realität. Eine unverknotete Pistole verleihen wir dieser Bundesregierung. 'Unsere Waffen töten' steht darunter, denn Gewalt geht von Deutschland aus, um des lieben Geldes willen“, erklärte der Franziskaner Bruder Jürgen Neitzert bei der Enthüllung der Skulptur. Er ergänzte: „Alle Bundesregierungen haben am Waffenexport teilgenommen.“ „Die Bundesregierung hat das berühmte Friedenssymbol nicht verdient! Denn die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen: Bundesregierungen aller Couleur haben seit dem Ende des Kalten Krieges behauptet, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sei menschenrechtsorientiert und von Werten geleitet. Im Namen der Menschenrechte haben diese Regierungen Waffenexporte genehmigt, bis die Bundesrepublik zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen war.

Unter der Flagge der Menschenrechte nahm die Bundeswehr an Auslandseinsätzen teil, bis in Deutschland wieder offen von Krieg und Gefallenen gesprochen wurde. Um der Menschenrechte willen meint die derzeitige Bundesregierung, auch autoritäre Regime durch Rüstungsexporte und Ausbildungshilfen „ertüchtigen“, – ja so nennt es Angela Merkel – „ertüchtigen“ zu müssen, damit sie gemeinsam mit uns oder gar für uns eine uns genehme Weltordnung aufrecht erhalten“ kritisierte Christine Hoffmann, die pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Monty Schädel, der politische Geschäftsführer der DFG-VK betonte: „Es ist eine menschenfeindliche Politik, die die Bundesregierung und die Rüstungskonzerne bis hin zu den Gewerkschaften betreiben, wenn sie zur Rechtfertigung von Waffenproduktion und Waffenlieferungen die Bewahrung des eigenen Wohlstands heranziehen. Wer Waffen baut und liefert ist egoistisch und mitschuldig an millionenfachem Mord, Krieg und Zerstörung. Der Waffenhandel muss beendet werden.“

08.12.2012 | Die deutsche Kampagne gegen Rüstungsexporte „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gratuliert der britischen Campaign Against Arms Trade (CAAT) anlässlich der heutigen Überreichung des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award)

„Wir freuen uns über die Auszeichnung der britischen Kolleginnen und Kollegen mit dem alternativen Nobelpreis. Der Preis ist eine hohe Anerkennung des jahrzehntelangen Engagements für einen Stopp der Waffenexporte aus Großbritannien. Mit kreativem Protest hat die Gruppe seit 1974 das Thema immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt - unter anderem mit Protestaktionen vor Waffenmessen und in der Londoner Innenstadt“, betont pax christi Generalsekretärin und Kampagnensprecherin Christine Hoffmann. Kampagnensprecher Paul Russmann und Sprecher der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben ergänzt: „Auch wenn der britische Waffenexport noch nicht gestoppt

werden konnte, hat Campaign Against Arms Trade auf innovative und effektive Weise mehrere Einrichtungen wie Universitäten und Behörden dazu gebracht, nicht mehr in Firmen zu investieren, die mit Waffen handeln.“

„Großbritannien praktiziert seit Jahrzehnten eine gnadenlose Rüstungsexportpolitik, die auch deutschen Rüstungsproduzenten profitable Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete erleichtert“, erklärte Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel‘ und der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Symptomatisch ist die Zulieferung deutscher Teile der Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter/Typhoon. Deren Endmontage erfolgt in Großbritannien, die Exporte erfolgten an das menschenrechtsverletzte Militär in Saudi-Arabien,“ so Grässlin. „Wir begrüßen die gewaltfreien Aktionen von CAAT gegen den Waffenhandel und gratulieren von ganzem Herzen zur Preisverleihung!“ Die im Sommer 2011 gegründete Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist das größte Netzwerk gegen Waffenexporte in der Geschichte Deutschlands und fordert ein grundsätzliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Aktion Aufschrei wurde am 22. November 2012 mit dem „Stuttgarter Friedenspreis 2012“ ausgezeichnet.

14.11.2012 | Mitteilung an die Medien anlässlich der heutigen Vorstellung des Rüstungsexportberichts 2011 im Bundeskabinett

„Blendwerk auf Zeit: Jede exportierte Kriegswaffe bleibt eine zuviel“ - „Bundesregierung macht sich mitschuldig am Einsatz deutscher Waffen“ - Forderung nach Umkehr und Grundgesetzergänzung Art. 26 (2)

„Mit dem neuen Rüstungsexportbericht wird der falsche Eindruck erweckt, das Blatt wende sich zum Besseren. Trotz geringerer Kriegswaffenexporte bleibt jede Kriegswaffe, die geliefert wird, eine zuviel“, sagt Jürgen Grässlin, Sprecher der Aufschrei-Kampagne und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Der schöne Schein trügt. Denn der letzte Rüstungsexportbericht vor der Bundestagswahl 2013 ist angesichts stark gestiegener Einzelausfuhrgenehmigungen, exorbitant hoher Kriegswaffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten und in Diktaturen sowie neuer milliardenschwerer Vertragsabschlüsse im Jahr 2012 allenfalls ein Blendwerk auf Zeit.“ Kampagnensprecher Grässlin verweist darauf, dass in diesem Jahr allein mit Algerien Vereinbarungen für neue Kriegswaffenlieferungen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro getroffen worden sind.

„Wer in gewaltigem Umfang Kriegswaffen in die Kriegs- und Krisenregion des Nahen und Mittleren Osten liefert, macht sich mitschuldig am Einsatz dieser Waffen“, bewertet Paul Russmann, Sprecher der Kampagne und der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben (ORL), die umfangreichen Kriegswaffenlieferungen an Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. „Beide Länder zählen mit Exportgenehmigungen in Höhe von 139,5 und 357 Millionen Euro erneut zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Kriegswaffen“, erklärt Russmann. „Gerade Gewehre und Kampfpanzer werden zur weiteren Unterdrückung der Demokratiebewegungen und religiöser Minderheiten eingesetzt. Auch deshalb muss die Bundesregierung die geplanten Exporte von Kampf- bzw. Spürpanzern an Saudi-Arabien, Katar, Algerien und Indonesien unbedingt unterbinden.“

„Wenn es stimmt, dass 42 Prozent der Ausfuhrgenehmigungen für Exporte in Drittstaaten gingen, dann hat Deutschland 2011 zehn Prozent häufiger als 2010 entscheiden, Krisenherde in der Welt militärisch aufzurüsten. Ist das die neue außenpolitische Linie?“, fragt Christine Hoffmann, Kampagnensprecherin und pax christi-Generalsekretärin. „Auch die massive Steigerung der Einzelgenehmi-

gungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern von 4,75 Milliarden Euro 2010 auf 5,41 Milliarden Euro 2011 weist in eine falsche Richtung“, kritisiert Hoffmann. „Wir fordern mit unserer Kampagne eine grundlegende Umkehr in der Rüstungsexportpolitik. Artikel 26 (2) des Grundgesetzes muss ergänzt werden: ‚Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.‘“ Dies sei laut Hoffmann ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum angestrebten Stopp des Waffenhandels.

13.11.2012 | Menschenrechte achten – Waffenhandel ächten!

Kampagne gegen Waffenhandel fordert Rücknahme der Exportgenehmigungen

„Statt die Menschenrechte zu achten und den Waffenhandel zu ächten, erteilte die Bundesregierung nicht nur neue Einzelausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen im Jahr 2011, sondern steigerte sie auch noch um 13,9 Prozent auf insgesamt 5,414 Milliarden Euro“, kritisiert Paul Russmann, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und Sprecher der ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung Leben“ die ersten bekannt gewordenen Zahlen des morgen erscheinenden Rüstungsexportberichts.

„Wir fordern die Rücknahme der Exportgenehmigungen, die Abschaffung des geheim tagenden Bundessicherheitsrates zugunsten einer öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle über die Rüstungsexportpolitik sowie eine zeitnahe Veröffentlichung des Rüstungsexportberichtes im ersten Quartal des darauffolgenden Jahres“, erklärte Jürgen Grässlin, Kampagnensprecher und Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten – wer dagegen Panzer und Kriegsschiffe in Kriegs- und Krisengebiete wie den Nahen Osten liefert, tritt die Menschenrechte mit Füßen und heizt das Wettrüsten auf unverantwortliche Weise weiter an“, so der Kommentar der Kampagnensprecherin und Generalsekretärin von pax christi, Christine Hoffmann. „Deshalb fordern wir mit der ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel‘ ein grundsätzliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und Rüstungsgütern!“

27.10.2012 | Ausgezeichnet!

Internationaler Deutscher PR-Preis für „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Vor dem Berliner Reichstag gingen symbolisch Bomben in die Luft und zwar gleich 100 Stück. Ungefährlich aber das Ganze. Es waren heliumgefüllte Ballons. Die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ wollte damit öffentlichkeitswirksam auf den deutschen Rüstungsexport aufmerksam machen, der in den letzten Jahren um ein Vielfaches zugenommen hat. Jetzt wurde die bundesweit beachtete Aktion der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und die einreichende Agentur Scholz & Friends mit dem Internationalen Deutschen Public Relations-Preis in Wiesbaden in der Kategorie „Non-Profit-Organisationen“ ausgezeichnet. Der Internationale Deutsche PR-Preis ist die höchste und renommierteste Auszeichnung der PR-Branche im deutschsprachigen Raum.

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist das bisher größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern aus Deutschland. Neben traditionellen Friedensorganisationen wie die katholische Friedensbewegung pax christi, die ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) engagieren sich seit Mai 2011 auch kirchliche Werke der Entwicklungszusammenarbeit wie Brot für die Welt und Misereor, die Kinderrechtsorganisation terre des hommes und die NaturFreunde Deutschlands, um nur einige der bekannteren Organisationen zu nennen. Ziel der Kampagne ist es ein grundsätzliches Verbot des Exportes aller Kriegswaffen und Rüstungsgüter zu erreichen.

27.09.2012 | Der Protest gegen Waffenhandel zeigt Erfolg

Die deutsche Kampagne gegen Rüstungsexporte „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gratuliert der britischen Campaign Against Arms Trade zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award)

„Wir sehen in der Preisverleihung an die britischen Kolleginnen und Kollegen eine hohe Anerkennung und Erfolg des jahrzehntelangen Engagements für einen Stopp der Waffenexporte aus Großbritannien. Mit kreativem Protest hat die Gruppe seit 1974 das Thema immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt unter anderem mit Protestaktionen vor Waffenmessen und in der Londoner Innenstadt“, betont pax christi Generalsekretärin und Kampagnensprecherin Christine Hoffmann.

Kampagnensprecher Paul Russmann ergänzt: „Auch wenn der britische Waffenexport noch nicht gestoppt werden konnte, hat Campaign Against Arms Trade mehrere Einrichtungen wie Universitäten und Behörden dazu gebracht, nicht mehr in Firmen zu investieren, die mit Waffen handeln.“ „Großbritannien praktiziert seit Jahrzehnten eine gnadenlose Rüstungsexportpolitik, die auch deutschen Rüstungsproduzenten profitable Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete erleichtert“, erklärte Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel‘ und der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Symptomatisch ist die Zulieferung deutscher Teile der Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter/Typhoon. Deren Endmontage erfolgt in Großbritannien, die Exporte erfolgten an das menschenrechtsverletzte Militäris in Saudi-Arabien,“ so Grässlin. „Wir begrüßen die gewaltfreien Aktionen von CAAT gegen den Waffenhandel und gratulieren von Herzen zur Verleihung des Alternativen Friedensnobelpreises.“

13.09.2012 | Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ lehnt eine Fusion von EADS mit BAE Systems strikt ab

„Die Risiken sind weitaus höher als die Chancen“ - „Gefahr grenzenloser Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete“

Vehement spricht sich die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gegen die drohende Fusion von EADS mit BAE Systems aus. „Die Risiken dieses Zusammenschlusses sind für EADS weitaus höher einzuschätzen als die Chancen“, sagt Jürgen Grässlin, Sprecher der Aufschrei-Kampagne und der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK). Theoretisch bestünde die Chance, dass der deutsch-französische Luft- und Raumfahrtkonzern zukünftig auch das britische Know-how nutzt, um eine ökologischere Triebwerksflotte zur Serienreife zu bringen. Die Aufschrei-Kampagne sieht die gegenteilige Entwicklung als viel wahrscheinlicher an. „Mit BAE Systems holt sich die EADS Europas führenden Rüstungskonzern an Bord, öffnet neue Exportzugänge auf den US-Rüstungsmarkt und wird zur Nummer 1 der Weltwaffenexporteure“, warnt Grässlin nachdrücklich vor dem Zusammenschluss.

„Mit dem Zusammenschluss wird die bisherige EADS-Produktionspalette von Kampfflugzeugen, Militärhelikoptern und Atomwaffenträgersystemen um Flugzeugträger, Zerstörer und Atom-U-Boote erweitert“, sagt Grässlin. „Wir fordern statt dessen die vollständige Umstellung der EADS-Produktion auf eine zivile Fertigung. „EADS muss seine Forschungs- und Entwicklungsgelder zu 100 Prozent in die Ökologisierung der zivilen Flugzeuge stecken und nicht für Waffenentwicklungen verschwenden“, so Grässlin. „Sollte es zur EADS-BAE-Fusionshauptversammlung kommen, so werden wir uns klar gegen den Zusammenschluss positionieren“, kündigt Kampagnensprecher Jürgen Grässlin an. Denn auch für Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern würde die Fusion nur Nachteile mit sich bringen. Anstatt mit ziviler Fertigung mehr Beschäftigung zu schaffen, würde rationalisiert und damit Arbeitsplätze abgebaut.

27.08.2012 | Aufschrei-Kampagne spitzt Konflikt um Leopard-Lieferungen und Kleinwaffen-Exporte zu

Bundesweit Kundgebungen, Konzerte und Aktionen zum Antikriegstag am 1. September 2012

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ rief heute in Berlin in einer Pressekonferenz zur Teilnahme und aktiven Unterstützung der bundesweit mehr als 50 Protestveranstaltungen gegen Waffenhandel auf. Diese finden um den 1. September, dem Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs und Antikriegstag, bis in den Oktober hinein statt. „Angesichts des Massenmordens mit den deutschen Sturmgewehren G3 und G36 und Maschinenpistolen MP5 und MP7“, forderte Jürgen Grässlin, Kampagnensprecher und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), „einen vollständigen Stopp von Kleinwaffenexporten“. Indem die Bundesregierung Rüstungsexporte und Lizenzvergaben an menschenrechtsverletzende Staaten wie Saudi-Arabien genehmige, mache sie sich laut Grässlin „mit-schuldig am tödlichen Einsatz deutscher Waffen“. Bis zum heutigen Tag seien nach Grässlins Berechnungen weit mehr als 1,6 Millionen Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von Waffen der Oberndorfer Firma Heckler & Koch (H&K) erschossen worden – „Tendenz stark steigend“.

Am 1. September 2012 protestieren Aktivisten aus der Friedensbewegung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Villingen nahe Oberndorf für Frieden und Abrüstung, um den Opfern Stimme und den Tätern Name und Gesicht zu geben. Unterstützt von der Aufschrei-Kampagne führen rund hundert Musikerinnen und Musiker am 02. und 03.09.2012 in Villingen und vor dem H&K-Werkstor klassische Konzerte auf, kündigte Sabine Albrecht von LEBENSLAUTE an. „Im Rahmen der Rüstungskonversion muss H&K zukünftig Sinnvolles wie Medizin- oder Umwelttechnik fertigen.“ Sollte sich das Unternehmen dieser Umstellung verweigern, „dann muss Europas tödlichstem Unternehmen die Produktionsgenehmigung für Waffen entzogen werden“, so Jürgen Grässlin.

Die Bundesregierung plant den Export von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien, Katar und Indonesien. In den Niederlanden wurde der Verkauf von Panzern an Indonesien aufgrund der prekären Menschenrechtslage parlamentarisch untersagt. „In Deutschland besteht dazu noch keine Chance, weil die Bundesregierung auf geheime Beschlüsse ihres Bundessicherheitsrates setzt“, kritisierte Kampagnensprecherin und pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann die Anbahnung der Panzer-Lieferungen durch Krauss-Maffei Wegmann. „Mittlerweile ist die Argumentation der Koalitionspolitiker auf das Niveau gesunken: Wenn wir nicht liefern, liefern andere. Das ist ein Schlag ins Gesicht für Opposition und Minderheiten in den Empfängerländern.“ Zudem konterkarieren die geplanten Kriegswaffenexporte die Politischen Richtlinien der Bundesregierung zum Rüstungsexport, da diese Waffengeschäfte mit menschenrechtsverletzenden Staaten ausschließen. „Deshalb muss das Grundgesetz in Artikel 26(2) ergänzt werden: Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“, so Christine Hoffmann.

In enger Kooperation mit der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ steht ein vom Berliner Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian initiiertes Bündnis "Legt den Leo an die Kette". Dieses Personenbündnis will mit vielfältigen Aktionen die Lieferung von bis zu 800 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien verhindern. Am 31.08.2012 sind zentrale und dezentrale Aktionen vor Krauss-Maffei Wegmann in Berlin, Kassel und München geplant. Eine zeitnahe Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Organklage zur verweigerter Auskunft über die Genehmigung von Rüstungsgeschäften aus dem geheim beschließenden Bundessicherheitsrates ans Parlament erwartet Christian Ströbele, MdB, der als Gast an der Pressekonferenz teilnahm.

Einladung zur Pressekonferenz am 27.08. 2012

Konflikt um Waffenhandel und Leopard-Exporte spitzt sich zu

Legt den Leo an die Kette – ist das Motto von Kundgebungen, Konzerten bis zu Aktionen zivilen Ungehorsams in Berlin, Oberndorf, Kassel, am Bodensee und weiteren Orten. Verbietet das Bundesverfassungsgericht demnächst Rüstungsexporte in Krisengebiete? Der 1. September, Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs und Antikriegstag wird von vielfältigen Protestaktionen umrahmt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vom 31.8.2012 bis zum 3.9.2012 finden im Rahmen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ vielfältige Proteste gegen Rüstungsexporte, insbesondere gegen die Lieferung von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien und den Handel mit Kleinwaffen statt. Als Gast-Beitrag bieten wir Hintergrundinformationen zur Klage beim Bundesverfassungsgericht, die die Geheimhaltungspraxis des Bundessicherheitsrates zu Rüstungsgeschäften auf den Prüfstand der Demokratie stellt.

Es sprechen:

Christine Hoffmann: Das Bündnis „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und der zivilgesellschaftliche Protest wachsen

Prof. Peter Grottian, Initiator des Personenbündnisses „Legt den Leo an die Kette!“: Das Drehbuch der Aktionen „Legt den Leo an die Kette!“ (31.8.-3.9.2012) bis zum zivilen Ungehorsam in Berlin, Kassel und dem Bodenseeraum – demnächst in Düsseldorf und Freiburg

Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK und Kampagnensprecher: Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch an einer Waffe der Firma Heckler & Koch

Lebenslaute: Waffenhandwerk schafft nur Unheil - Ein Konzert der besonderen Art und mehr am 3.9.2012 vor der Waffenfabrik Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar, ca. 70 km südlich von Stuttgart
Hans-Christian Ströbele, MdB, Rechtsanwalt: Wie viel Geheimhaltung ist noch demokratisch? Zu Stand und Gegenstand der Klage gegen verweigerte Auskunft aus dem Bundessicherheitsrates ans Parlament

14. 07.2012 | Rüstungsexporte: Verbieten statt vereinfachen

Aktion Aufschrei kritisiert Bundesregierung als „willfähiges Werkzeug der Waffenindustrie“ Rüstungslieferungen an Algerien verstoßen gegen Menschenrechtsklausel

Auf scharfe Kritik der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ stößt die Absicht der Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern zu vereinfachen und damit der Industrie entgegenzukommen: „Die Bundesregierung wird immer mehr zum willfähigen Werkzeug der deutschen Waffenindustrie und heizt an führender Stelle den weltweiten Rüstungswettlauf an“, sagte Paul Russmann, einer der Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel.“: Wer wie die Bundesregierung der Ansicht sei, „deutsche Exporteure würden gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligt, leidet offensichtlich an Realitätsverlust, angesichts der Tatsache dass Deutschland schon heute auf Platz drei bei der weltweiten Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern liegt – noch vor Frankreich und England.“ Während, so Russmann, gegenüber dem vorherigen Fünfjahreszeitraum die Rüstungsausfuhren weltweit zwischen 2007 und 2011 um 25 Prozent gestiegen sind, stiegen die deutschen Waffenexporte im gleichen Zeitraum um 37 Prozent. „Statt den Export von Rüstungsgütern noch weiter zu vereinfachen und damit billigend weitere Opfer bewußt in Kauf zu nehmen muß die Bundesregierung endlich die Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in einem Rüstungsexportgesetz zusammenfassen, ein Gesetz das jeden Rüstungsexport grundsätzlich verbietet und damit dem Friedengebot des Grundgesetzes entspricht“, fordert Rechtsanwalt Dr. Hol-

ger Rothbauer für die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ Denn so Rothbauer „Die Beispiele Ägypten, Libyen, Saudi-Arabien und Syrien machen deutlich: Waffen in Händen von Diktatoren werden skrupellos gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt!“

Die aktuell bekannt gewordene Lieferung von zwei Fregatten und Bordhubschraubern im Wert von 400 Millionen Euro an Algerien kommentiert Kampagnensprecher Jürgen Grässlin: „Auch mit dieser Rüstungslieferung verstößt die Bundesregierung gegen ihre politischen Richtlinien zum Rüstungsexport, die die Lieferung an Staaten verbieten, die wie Algerien die Menschenrechte verletzen und in einer Krisenregion liegen. Zudem ist die Gefahr groß, dass in Algerien unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen.“

Einladung an die Medien zum Hintergrundgespräch am 13.07.2012

Zivilgesellschaft macht mobil gegen Waffenhandel und Leo-Export

Am 6. Mai 2011 präsentierten wir mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht“ seit Jahrzehnten das breiteste zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rüstungsexporte mit Organisationen aus Friedensbewegung, Entwicklungspolitik und Kirchen.

Seitdem hat sich die Lage in Sachen deutsche Rüstungsexporte zugespitzt: Nach einer vehementen Debatte über den Export von bis zu 270 Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien im Juni/Juli 2011 und einer Stille hinter der Wolke der Geheimhaltung brodeln seit Wochen die Fakten und Gerüchte: Krauss-Maffei Wegmann stehe vor dem Abschluss weiterer Panzerverträge mit Indonesien, Katar, Algerien und Brasilien. Verwirrung stiftete die offenkundig aus dem spanischen Verteidigungsministerium lancierte Meldung, Spanien wolle die Panzer nach Saudi-Arabien – mit deutscher Lizenz – selbst liefern. Ein Anteilseigner-Streit bei Krauss-Maffei Wegmann beflügelte weitere Phantasien. Kunstaktionen in Berlin forderten die individuelle, berufliche und politische Verantwortlichkeit der Waffenhersteller heraus. Und die Bundesregierung setzte das Thema Waffenexporte für den Juli auf die Tagesordnung des Bundessicherheitsrates – um die Sitzung anschließend zu verschieben. Kurz: Das Schweigen der Bundesregierung im Vorfeld der Bundestagswahl wird nicht mehr lange durchzuhalten sein.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist mittlerweile stetig gewachsen. Am 01. 09.2011 wurde Strafanzeige gegen Heckler & Koch gestellt, am 03.11.2011 Schirmherrin Prof. Margot Käßmann präsentiert, am 26.02.2012 symbolisierte die Kunstaktion mit 100 bombenförmigen Ballons vorm Deutschen Bundestag: Von Deutschland geht Krieg aus! Bundesweit fanden Aktionen, Demonstrationen und Informationsveranstaltungen statt. Im Sommer 2012 steigern wir die Aktionen.

Wir wollen Sie in einem Gespräch über folgende Aktivitäten im August/September 2012 unterrichten:

Christine Hoffmann: Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! – eine erste Zwischenbilanz

Monty Schädel (DFG-VK): Von Deutschland geht Krieg aus. Stoppt den Waffenhandel!

Prof. Dr. Peter Grottian: Legt den Leo an die Kette - Aktionen zum zivilen Ungehorsam

- Illuminationsprojekt in Berlin mit Panzerkommandantin Merkel (letzte Augustwoche)
- Protestaktionen bis zum zivilen Ungehorsam in Berlin, Kassel und im Bodenseeraum (31.8.)
- Lebenslaute, Open-Air-Konzert der anderen Art vor Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar (30.8.-3.9.)

Als Experte in Sachen Rüstungsexporte aus Deutschland wird **Otfried Nassauer** vom **Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit – BITS** dabei sein, der selten eine Detailfrage nicht beantworten kann.

06.07.2012 | Kein Panzer-Deal mit Indonesien

Aktion Aufschrei fordert Bundesregierung zum Verzicht auf dieses Geschäft auf Menschenrechtsverteidiger in Indonesien brauchen Unterstützung

„Wir fordern Kanzlerin Angela Merkel auf, Anfragen aus Indonesien zum Kauf von Leopard-2 Panzern abzulehnen. Der Verkauf von Panzern an die indonesische Regierung, wäre ein falsches Signal. Minderheiten in Indonesien sind Repressionen durch Polizei und Armee ausgesetzt. In der Vergangenheit hat es vielfach Tote bei Übergriffen von Polizei und Armee gegeben. Opposition und religiöse Minderheiten werden eingeschüchtert und attackiert. Den Sicherheitskräften werden immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen und der Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt angelastet. Morde, Vergewaltigungen und Misshandlungen bleiben straffrei“ erklärt pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann heute in Berlin. „Statt Waffengeschäften braucht Indonesien deutliche Signale der Unterstützung für die Menschenrechtsverteidiger und Minderheiten im Land. Die Bundesregierung sollte ihre Möglichkeiten nutzen, die indonesische Regierung zum aktiven Menschenrechtsschutz und zur Bekämpfung der Korruption auffordern“ so Hoffmann, die zugleich Sprecherin der Kampagne gegen Rüstungsexport „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist. In den Niederlanden wurde der Verkauf gebrauchter Leopard-2-Panzer an Indonesien nach heftigem Protest aus der Bevölkerung durch das Parlament gestoppt. Die Menschenrechtsslage in Indonesien spielte dabei eine entscheidende Rolle. „Es wäre fatal, wenn gerade Deutschland die kluge, richtige Entscheidung der Niederlande unterlaufen würde“, sagte Hoffmann. Indonesien interessiert sich für den Kauf von rund 100 Leopard-Panzern aus Bundeswehrbeständen.

15. 05.2012 | Heidemarie Wieczorek-Zeul unterschreibt die Kampagnenforderung

Erstmals unterzeichnet ein ehemaliges Mitglied des Bundessicherheitsrats die Forderung nach Klarstellung im Grundgesetz: Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.

„Solch prominente Unterstützung bestärkt uns natürlich in unserem Engagement“, freut sich Christine Hoffmann, Sprecherin der ‚Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!‘. „Mit Heidemarie Wieczorek-Zeul unterstützt erstmals ein ehemaliges Mitglied des Bundessicherheitsrates unsere Forderung nach Klarstellung im Grundgesetz. Jetzt geht es darum die SPD - genau wie alle anderen Parteien - zu konkreten Schritten auf dem Weg zum Stopp des Waffenhandels zu bewegen.“ „Das Thema Rüstungsexporte braucht kritische Öffentlichkeit, deshalb begrüße und unterstütze ich die Kampagne ‚Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!‘“, betont die ehemalige Bundesministerin für Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit, die von 1998 bis 2009 Mitglied des Bundessicherheitsrates war.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei Stoppt den Waffenhandel!“ setzt sich durch Informationsveranstaltungen, Mahnwachen und Protestaktionen für konkrete politische Schritte hin zum Stopp des deutschen Waffenexports ein. Sie sammelt Unterschriften für eine Klarstellung im Artikel 26.2 des Grundgesetzes. Künftig soll dieser heißen: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“

19.03.2012 | Deutscher Waffenhandel heizt weltweites Wettrüsten an

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ kommentiert aktuelle SIPRI-Zahlen

„Die Bundesregierung heizt an führender Stelle mit ihren Waffenlieferungen erneut auf unverantwortliche Weise das weltweite konventionelle Wettrüsten an“ kommentierte Paul Russmann, Sprecher der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ die aktuellen Zahlen zum Rüstungsexport des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI.

„Wer wie die Bundesregierung immer mehr Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer in Kriegs- und Krisenregionen liefert und weiter liefern will, gießt nicht nur zusätzlich Öl ins Feuer bestehender Konflikte, sondern konterkariert auch die Bemühungen der Vereinten Nationen den Waffenhandel mit einem Waffenhandelsvertrag einzuschränken“, so Kampagnensprecherin Christine Hoffmann. „Der deutsche Weltmarktanteil von neun Prozent am Waffenhandel macht den Ausverkauf jeglicher Rüstungsexportkontrolle deutlich und stellt Art. 26 des Grundgesetzes auf den Kopf“ so das Fazit der Kampagnensprecher/innen. „Es wird höchste Zeit für ein grundsätzliches Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern.“

In den vergangenen fünf Jahren erhöhte sich nach den aktuellen Zahlen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI das Volumen der Rüstungsgeschäfte rund um den Globus im Vergleich zum Zeitraum 2002-2006 um 24 Prozent. Nach den USA (30 Prozent) und Russland (24 Prozent) folgt Deutschland auf Platz drei mit 9 Prozent. Die Bundesrepublik exportierte laut SIPRI unter anderem U-Boote und Fregatten. Die wichtigsten Absatzmärkte seien Griechenland, Südkorea und Südafrika gewesen

26.02.2012 | Von Deutschland geht Krieg aus Stoppt den Waffenhandel!

Zum Aktionstag der Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" forderte das Bündnis heute in Berlin zwischen Bundestag und Kanzleramt eine Umkehr in der Rüstungspolitik.

Mit 100 Ballons und mehr als doppelt so viel Friedensaktivisten setzte das Kampagnenbündnis den Protest gegen deutsche Rüstungsexporte gekonnt und erfolgreich ins Bild.

„Waffenhandel aus Deutschland trägt weltweit zur Eskalation von Konflikten bei. Es muss endlich gesetzliche Regelungen geben, die diesen Export nicht als Wirtschaftsförderung sondern wie die Androhung von Gewalt behandeln. Die Rüstungsexporte aus Deutschland müssen gestoppt werden! Mit unserer Aktion zwischen Kanzleramt und Reichstagsgebäude senden wir ein klares Signal an die Regierenden: Die Bevölkerung will nicht, dass von Deutschland Krieg und Gewalt ausgehen“, begründet Generalsekretärin Christine Hoffmann die Aktion.

21.02.2012 Kunstaktion gegen Rüstungsexporte

Aktion für Fotografen und Kamerateams besonders geeignet

Am Aktionstag der Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ am 26.2.2012 bringt das Bündnis mit einer künstlerischen Aktion den Protest gegen den von Deutschland ausgehenden Waffenhandel zum Ausdruck. Auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude werden 100 große, bombenförmige, Helium-gefüllte Ballons symbolisch vom Deutschen Bundestag ausgehend an Schnüren in die Luft gelassen. „Die Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU) und Guido Westerwelle bzw. Philipp Rösler (FDP) hat den Waffenhandel exorbitant gesteigert.“

Unter Schwarz-Gelb ist er von 1,3 Milliarden im Jahr 2009 auf über zwei Milliarden Euro 2010 gewachsen. In den vergangenen zehn Jahren wuchs das Waffenhandelsvolumen um das Sechsfache. Deutsche Rüstungskonzerne beliefern kriegführende Staaten wie die USA, Frankreich, Großbritannien, die Türkei sowie Länder, in denen Diktatoren Menschenrechte eklatant verletzen“, betont DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin. „Waffenhandel aus Deutschland trägt weltweit zur Eskalation von Konflikten bei. Es muss endlich gesetzliche Regelungen geben, die diesen Export nicht als Wirtschaftsförderung sondern wie die Androhung von Gewalt behandeln. Die Rüstungsexporte aus Deutschland müssen gestoppt werden! Mit unserer Aktion zwischen Kanzleramt und Reichstagsgebäude senden wir ein klares Signal an die Regierenden: Die Bevölkerung will nicht, dass von Deutschland Krieg und Gewalt ausgehen“, begründet Christine Hoffmann, Generalsekretärin von pax christi Deutschland die Aktion.

Treffpunkt zur Aktion ist um 10:30 Uhr auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag (Platz der Republik). Die Aktion selbst wird um 11:30 Uhr starten und 30-45 Minuten andauern.

Für aktuelle Informationen zum Protest gegen die Panzerlieferungen nach Saudi Arabien und andere Skandale des deutschen Waffenhandels werden die KampagnensprecherInnen Jürgen Grässlin (DFG-VK) und Christine Hoffmann (pax christi) sowie AktivistInnen aus der Kampagne vor Ort zur Verfügung stehen.

28.11.2011 | „Vorsätzlich Öl ins Feuer bestehender Konflikte“

Rüstungsexportkampagne kritisiert drastische Steigerung der Kriegswaffenausfuhr und fordert grundsätzliches Verbot

„Während nach einer aktuellen Emnid-Umfrage über 70 Prozent der Bevölkerung für ein Verbot von Rüstungsexporten sind, gibt es für die Bundesregierung beim Waffenhandel so gut wie keine Grenzenmehr. Wer immer mehr U-Boote, Kriegsschiffe, Panzer und Maschinengewehre in Kriegs- und Krisenregionen liefert, gießt vorsätzlich Öl ins Feuer bestehender Konfliktherde.“, kritisiert Paul Russmann, einer der Sprecher der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ und Geschäftsführer der ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung Leben“ die bereits bekannt gewordenen Zahlen aus dem aktuellen Rüstungsexportbericht 2010 der Bundesregierung, der am Mittwoch im Kabinett verabschiedet werden soll.

„Diese neuerlichen Rekordzahlen sind der Ausverkauf jeglicher Rüstungsexportkontrolle und stellen Art. 26des Grundgesetzes auf den Kopf“ lautet das Fazit von Rechtsanwalt Dr. Holger Rothbauer.

„Wir fordern mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ ein grundsätzliches Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern.“ „

Zwei Aspekte des neuen Rüstungsexportbericht der Bundesregierung geben mir besonders zu denken: das ist zum einen ein Rekordwert bei den gelieferten Kriegswaffen. Da wird es mit rund zwei Milliarden Eurowohl den höchsten Wert geben, den es je gab. Der zweite Skandal ist politisch-strategischer Natur: Die Bundesregierung verantwortet einen politischen Kurs, der die Ausstattung anderer Länder mit deutscher Waffenhochtechnologie beinhaltet. Das ermöglicht eine Zukunft, in der Deutschland nicht mehr wie in Afghanistan selbst Krieg führt, sondern am Krieg zwar verdient, sich selbst aber als Friedensmachtdarstellen kann. Solche Politik ist doppelzünftig.“, kommentiert pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann, Sprecherin der Kampagne.

„Besonders erschreckend ist die Entwicklung im Bereich so genannter ‚Kleinwaffen‘, so Jürgen Grässlin, ebenfalls Sprecher der Kampagne und Bundessprecher der DFG-VK. „Denn zwei Drittel aller

Kriegsopfer werden durch Gewehrkugeln getötet. Nach der bereits 2008 erfolgten Lizenzvergabe für das Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch konnte das menschenrechtsverletzende Saudi-Arabien 2010 eine eigene Gewehrfabrik in deutscher Lizenz erstellen. Zudem gelangten offenbar illegal G36-Sturmgewehre in verbotene Provinzen Mexikos und nach Libyen. Unsere Strafanzeigen und die laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen H&K sind auch Folge einer Regierungspolitik, die beim G36-Weiterexport auf Kontrollen vor Ort verzichtet. Damit öffnet die Bundesregierung selbst dem illegalem Waffenhandel Tür und Tor.“ Laut ersten Informationen erhöhte die Bundesregierung innerhalb eines Jahres die Ausfuhr von Kriegswaffen auf zwei Milliarden Euro. Zudem wurden neue Verträge über zukünftige Rüstungslieferungen im Wert von über fünf Milliarden Euro geschlossen. Ein Drittel der neuen Genehmigungen betreffen Länder außerhalb der EU und NATO – darunter Afrika und die Golfstaaten.

10.11.2011 | Macht die Bundesregierung sich zum Handlager der Rüstungsindustrie?

Grässlin: Bund muss über die KfW-Bank Einfluss geltend machen

„Zetsches Konzentration auf das Kerngeschäft des Autobauens ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch nur halbherzig vollzogen. Nach BAE Systems ist die EADS Europas zweitgrößter Rüstungsexporteur. Hemmungslos wurden und werden selbst Diktaturen mit Waffen beliefert. Der Bund muss zukünftig über die KfW-Bank seinen Einfluss geltend machen, um den Waffenhandel der EADS zu stoppen – oder die Bundesregierung macht sich zum Handlager der Rüstungsindustrie.“ Kommentiert Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

01.09.2011 | Aktion Aufschrei stellt Strafanzeige gegen Heckler & Koch

Lieferung von G 36 an Gaddafi massiver Rechtsbruch

Mit scharfer Kritik reagieren die Sprecher der Rüstungsexportkampagne auf die Lieferung von G-36 Gewehren nach Libyen und stellten über ihren Rechtsanwalt Holger Rothbauer Strafanzeige gegen die Firma Heckler & Koch wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, gegen das Außenwirtschaftsgesetz sowie wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

„G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch zählen zu den tödlichsten Waffen weltweit“, weiß Rüstungskritiker Jürgen Grässlin. „Sie kommen in mehr als 30 Staaten zum tödlichen Einsatz, darunter Georgien und Mexiko – und jetzt sogar auch Libyen.“ Die Berliner Kampagnensprecherin Christine Hoffmann fordert: „Die Bundesregierung steht in der Pflicht, drängende Fragen zum Tatort Libyen zweifelsfrei zu klären: Hat die Firma Heckler & Koch eine G 36-Ausfuhrgenehmigung für Libyen erhalten? Wenn nein: Auf welchem Weg gelangten die Sturmgewehre nach Libyen?“

Der Stuttgarter Kampagnensprecher Paul Russmann fordert die Bundesregierung auf, „den Export und die Lizenzvergaben von G36-Lieferungen in jedwede Krisen- und Kriegsgebiete zu unterbinden, vergebene G 36-Lizenzen zurückzuziehen und keine neuen zu vergeben.“ Die Rüstungsexportkampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“ fordert, eine Klarstellung im Grundgesetz, dass Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportiert werden.

04.07.2011 | Bundessicherheitsrat genehmigt Waffen-Export nach Saudi-Arabien und Algerien

Keine Waffen für Diktatoren

Der Bundessicherheitsrat hat Medienangaben zufolge dem Export von Waffen nach Saudi-Arabien und Algerien zugestimmt. Dabei handele es sich um Rüstungs- und Sicherheitsprojekte in Algerien in Höhe von zehn Milliarden Euro sowie um zweihundert Leopard II-Panzer, die für Saudi-Arabien gebaut werden sollen. Die Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" appelliert an die Bundesregierung, aufgrund der Missachtung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte in beide Länder keine Waffen und Rüstungsgüter zu liefern. "Es ist skandalös, dass die Bundesregierung Waffen an Diktatoren liefert, die in ihrem Land die Menschenrechte mit Füßen treten. König Abdullah Bin Abdul Aziz al-Saud gewährt zudem dem gestürzten tunesischen Diktator Ben Ali Asyl und unterstützt das totalitäre Regime in Bahrain bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung", kritisiert Kampagnen-Sprecher Paul Russmann.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gehört Saudi-Arabien seit 2008 zu den Top Ten der Empfängerländer deutscher Waffen. Im Jahr 2009 genehmigte der Bund unter anderem den Export von Teilen für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Teile für Kampfflugzeuge, Tankflugzeuge, Teile für Raketen, Granaten, elektronische Kampfführung und Grenzsicherungssysteme. Der Transfer von Waffen und Rüstungsgütern für Saudi-Arabien umfasste 2009 den Genehmigungswert von 167,9 Millionen Euro. Die Firma EADS erhielt am 30. Juni 2009 die Genehmigung, das saudiarabische Grenzsicherungsprogramm zu bauen. Mit dem EADS-Grenzsicherungsprogramm lassen sich zum Beispiel Fluchtversuche aus dem Land überwachen und gegebenenfalls unterbinden.

Seit 2005 regiert der saudi-arabische König mit harter Hand. Als Premierminister und militärischer Oberbefehlshaber in Person lässt er keine Opposition zu. "Die Behörden unterdrückten weiterhin das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte", bilanziert die Menschenrechtsorganisation amnesty international in ihrem "Report 2010". Tausende Personen, die "aus Sicherheitsgründen" festgenommen wurden, befinden sich in Haft, darunter gewaltlose politische Gefangene. Die Haftbedingungen sind katastrophal: Misshandlungen und Folter werden systematisch angewandt. Frauen leiden "unter schwerer Diskriminierung". Auch wird die Todesstrafe weiterhin angewendet. Laut amnesty international wurden 2009 mindestens 69 Menschen hingerichtet - darunter selbst Jugendliche.

29.06.2011 | Mitschuldig an den Opfern – de Maizière mutiert vom Verteidigungs- zum Kriegsminister

Rüstungsexportkampagne kritisiert Bundesregierung wegen geplanter Waffenlieferungen für Libyen-Krieg / Deutsche Waffen bereits jetzt bei verfeindeten Konfliktparteien im Libyen-Krieg im Einsatz / Krieg auf Verhandlungswege friedlich beilegen

Mit scharfer Kritik reagierten Christine Hoffmann, Jürgen Grässlin und Paul Russmann, die Sprecher/innen der Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“, auf die Ankündigung von Waffenlieferungen für den Libyen-Krieg. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte geäußert, eine entsprechende Anfrage der zuständigen NATO-Logistikagentur „positiv zu beantworten“.

„Aufgrund der hemmungslosen Genehmigungspolitik führen die drei Konfliktparteien in Libyen bereits heute Krieg mit deutschen Waffen und Rüstungsgütern“, erklärte der Freiburger Rüstungsexper-

te und Kampagnensprecher Jürgen Grässlin. „Wenn die Bundesregierung jetzt weitere Waffenexporte für den Libyen-Krieg genehmigt, gießt sie erneut Öl ins Feuer dieses Krieges und macht sich mit-schuldig. Sie nimmt sehenden Auges weitere Opfer in der Zivilbevölkerung in Kauf.“

„Wenn Verteidigungsminister de Maizière Bauteile für Bomben und Präzisionsmunition an kriegsführende Staaten der NATO liefern will, verstößt er gegen das Gebot des Grundgesetzes, dem Frieden in der Welt zu dienen“, sagte Paul Russmann, Stuttgarter Sprecher der Kampagne Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel! „Mit Waffenlieferungen in den Libyen-Krieg mutiert de Maizière vom Verteidigungs- zum Kriegsminister.“

„Wer, wie die Bundesregierung, zuerst den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Libyen ablehnt, danach aber Waffen liefert, macht sich trotz aller schönen Worte zur Kriegspartei“, sagte die Berliner Kampagnensprecherin Christine Hoffmann. „Wir dürfen keinerlei Waffen nach Libyen, in kriegsführende Staaten und an menschenrechtsverletzende Regime liefern. Die Aufschrei-Kampagne fordert einen grundsätzlichen Stopp des Waffenhandels und eine friedliche Beilegung des Libyen-Krieges auf dem Verhandlungswege.“

06.05.2011 | Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ gestartet

Deutsche Waffenhilfe für autoritäre Regime in Arabien

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen. Deutschland hat Waffen an die autoritären Regime in Tunesien und Ägypten exportiert, den libyschen Diktator Gaddafi aufgerüstet und die Genehmigung für die Lizenzproduktion des Sturmgewehres G36 von Heckler & Koch an Saudi-Arabien erteilt. „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel“ – heißt eine Kampagne gegen deutsche Rüstungsexporte, die zehn Nichtregierungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit heute starten. Ziel ist mit einer Klarstellung des Grundgesetzes ein allgemeines Verbot deutscher Rüstungsexporte zu erreichen. Als ersten Schritt wollen wir bis zur Bundestagswahl 2013 die Aufnahme unserer Forderung in die Wahlprogramme der Bundestagsparteien erreichen.

„Die Umstürze in Ägypten und Tunesien und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Libyen führen uns in bedrückender Weise vor Augen, dass die Zeit zur Umkehr gekommen ist. Deutschland darf nicht länger mit seinen Waffenlieferungen zur weltweiten Gewalteskalation beitragen. Eine Politik, die die weltweite Wahrung von Menschenrechten einfordert und zugleich menschenrechtsverletzende Staaten in aller Welt mit Waffen und Rüstungsgütern aus- und hochrüstet, verspielt jede Glaubwürdigkeit und handelt moralisch verwerflich“, erklärt Kampagnensprecher und DFG-VK-Sprecher Jürgen Grässlin. Kleinwaffen, einer der Exportschlager der deutschen Rüstungsindustrie, fordern weltweit den größten Teil der Todesopfer in Kriegen und Bürgerkriegen. „Als Ärzte haben wir die Aufgabe, die Opfer zu behandeln. Einer unserer wichtigsten Beiträge für das Wohlergehen der Patienten ist, vermeidbaren Gefahren für deren Gesundheit vorzubeugen. Die deutschen Rüstungsexporte sind ein Gesundheitsrisiko, das wir nicht in Kauf nehmen dürfen. Uns als Ärzte für den Stopp des Waffenhandels einzusetzen, ist eine moralische Verpflichtung“, sagt IPPNW-Vorstandsmitglied Ursula Völker.

„Die Kirchen weisen seit nunmehr vierzehn Rüstungsexportberichten insbesondere auf den Schaden hin, den Waffenexport mit Blick auf die Bekämpfung von Armut und Hunger anrichtet. Das Geld, das in die Rüstung fließt fehlt für die Erreichung der Millenniumsziele – und das gilt für die Länder des Südens ebenso wie für Deutschland“, erklärt die pax-christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann.

„Vor genau 50 Jahren begann mit einem juristischen Kniff die Grundlage für den heutigen Skandal der massenhaft legalen Rüstungsexporte aus Deutschland in alle Welt. Die Zuordnung des Rüstungsexports zum Außenwirtschaftsgesetz stellt aus meiner Sicht einen Systembruch dar, den die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 nicht wollten. Die Präambel und Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes stehen dieser Dimension von Rüstungsexporten klar entgegen. Deshalb muss das Grundgesetz im Sinne seiner Verfasser verändert werden“, sagt Dr. Holger Rothbauer, Rechtsanwalt und Sprecher von „Ohne Rüstung Leben“.

9. Material zur Kampagne

Das folgende Material kann kostenlos im Sekretariat von pax christi bestellt werden:
über sekretariat@paxchristi.de.

Kampagnenflyer



Unterschriftenliste

The form is titled 'Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!'. It contains introductory text in German explaining the campaign's goal to stop arms exports to Saudi Arabia. Below the text is a table for collecting signatures:

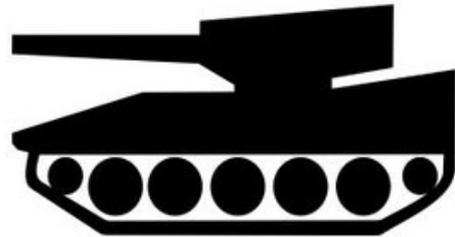
Nr.	Name	Strasse	PLZ	Ort	Land	Telefon	E-Mail	Stempel
1								
2								
3								

At the bottom, there is a section for 'Den Opfern Stimme - den Tätern Name und Gesicht' and the website 'www.aufschrei-waffenhandel.de'.

Argumentationshilfe – Stoppt den Waffenhandel Hrsg. vom Sprecher/innenkreis der Kampagne



Holz-Leos



10. Wahlprüfsteine der Kampagne zur Bundestagswahl 2013

Paul Russmann | Christine Hoffmann | Jürgen Grässlin (Sprecher/innen der Kampagne)

Deutschland gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, wie z.B. Militärfahrzeugen. Durch den Einsatz der aus Deutschland gelieferten oder in deutscher Lizenz gefertigten Kriegswaffen sterben tagtäglich zahlreiche Menschen, viele sind zeitlebens traumatisiert. Mit diesen Waffen wird unendlich viel Leid angerichtet. Ihr Einsatz fördert Unfrieden, verhindert Entwicklung und Gerechtigkeit in den Empfängerländern.

Mit ihren mehr als hundert Mitgliedsorganisationen gibt die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ den Opfern deutscher Rüstungsexporte Stimme, den Tätern Name und Gesicht (siehe www.aufschrei-waffenhandel.de). Auf gesetzlicher Ebene fordert die Kampagne: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert!“ Auf dem Weg zu diesem Ziel begrüßt die Kampagne Zwischenschritte in Richtung des Stopps von Waffenhandel.

Wir empfehlen diese Fragen in Gespräche mit Kandidat/innen für den Deutschen Bundestag einzubringen oder als Vorlage für Podiumsdiskussionen. Falls die Antworten schriftlich vorliegen und die Politiker/innen zustimmen, könnten diese Wahlprüfsteine auch für die jeweilige Lokalpresse ein interessanter Aspekt sein, um das Thema Rüstungsexporte aufzugreifen.

1. Grundsätzliches Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!

Angesichts unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen und fehlendem politischen Willens konnte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Kaum ein Krieg, in dem nicht deutsche Waffen – vielfach beiderseits der Front – zum Einsatz kommen.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung:

2. Keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten!

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden können?

3. Keine Rüstungsexporte an kriegführende Staaten!

Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Kriege oder Bürgerkriege verwickelt; dessen ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an kriegführende Staaten zu.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden?

4. Exportverbot für Kleinwaffen!

Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz sogenannter „Kleinwaffen“, wie Pistolen, Maschinenpistolen oder Gewehren. Deutschland ist auch drittgrößter Kleinwaffenexporteur der Welt.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland ein?

5. Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen!

Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen, dass die Vergabe von Nachbaurechten (Lizenzen) für Kriegswaffen zu einer unkontrollierbaren Produktion, Weiterverbreitung und zum Einsatz dieser Waffen führt.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter ein?

6. Keine Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften!

Mit Hermes-Bürgschaften sichert der Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler/innen ab.

Frage: Setzen Sie sich im Fall Ihrer Wahl für die Forderung nach einem Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein?

7. Transparenz beim Waffenhandel!

Rüstungsexportgeschäfte sind höchst intransparent: Brisante Exportgenehmigungen werden in geheimer Sitzung des Bundessicherheitsrats (Kanzler/in und acht Minister/innen) mit Mehrheit entschieden, unzureichende Rüstungsexportberichte erst Ende des Folgejahres publiziert.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, namentliche Abstimmungen und für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages sowie für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden?

11. Trägerorganisationen der Kampagne

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) • aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V. • Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR • Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • NaturFreunde Deutschlands • Internationale katholische Friedensbewegung pax christi - Deutsche Sektion • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung • RüstungsinformationsBüro (RIB e.V.) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfG)

Mitglieder im Aktionsbündnis der Kampagne

Aachener Friedenspreis e.V. • AK Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Spiritaner • Aktion 3% e.V. Föhren • Aktion Selbstbesteuerung e.V. • Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. • Arbeitsgemeinschaft Katholischer Erwachsenenverbände im Bistum Freiburg • Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung e.V. • Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung • Arbeitsstelle kokon – für konstruktive Konfliktbearbeitung • attac Deutschland • Augsburger Friedensinitiative • AWC Deutschland e.V. Deutscher Zweig der Vereinigung der Weltbürgerinnen und Weltbürger • Bischöfliche Kommission für Mission, Entwicklung und Frieden in der Diözese Osnabrück • Bund der Deutschen Katholischen Jugend – Diözese Trier • Bund für Soziale Verteidigung e.V. • Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB e.V. • Darmstädter Signal • Diözesankomitee der Katholiken im Bistum Münster • Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen • Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart • Diözesanrat der Katholiken im Bistum Würzburg • EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V. • Evangelische Französisch-reformierte Gemeinde • Evangelische Kirche in Hessen Nassau • Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden • Forum für gesellschaftlichen Frieden, Karlsruhe • Frauennetzwerk für Frieden e.V. • Freiburger Kant-Stiftung • Friedensbewegung Ingolstadt Region 10 • Women's Network for Peace • Friedensbewegung Ingolstadt Region 10 • Friedensfestival Berlin e.V. • Friedensplenum Mannheim • Friedenszentrum Braunschweig e.V. • Hagener Friedenszeichen e.V. • Heidelberger Friedensratschlag • Initiative gegen Waffen vom Bodensee • Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit • Internationales Frauenzentrum Bonn e.V. • Kampagne Tatort Kurdistan • Katholikenrat im Bistum Trier • Katholische Kirchengemeinde St. Antonius von Padua aus Stuttgart-Zuffenhausen • Katholische Kirchengemeinde St. Fides und Markus Söden • Konstanzer Friedensinitiative • Kooperation für den Frieden • Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. • medico international • NaturwissenschaftlerInnen-Initiative • Ökopax e.V. • Ökumenisches Netz in Deutschland • Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar • pax christi Bistumsstelle Augsburg, Fulda, Limburg, Mainz, Münster, • Osnabrück/Hamburg, Rottenburg-Stuttgart, Trier • Stage Divers(e) • Theologische Sozietät in Baden • Kurt Tucholsky-Gesellschaft e.V. • Würselener Initiative für den Frieden • Zentrum für Politische Schönheit